

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Nach den Wahlen Parteien, Gewerkschaften, Innenpolitik



Wahlergebnis in den Gremien gründlich analysieren". Als wenn es da etwas zu analysieren gäbe. Die SPD hat in den zurückliegenden Jahren eine Politik gegen ihre traditionelle Klientel gemacht. Dafür hat sie bei dieser Wahl verdienstermaßen die Rechnung bekommen. Es hat ihr auch nicht geholfen, dass sie seit dem zurückliegenden Jahr punktuell ihr „soziales Gewissen“ wieder gefunden hat. Die Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn alleine ist zu wenig, wenn man weder Hartz IV revidieren will, noch bereit ist den Renteneintritt mit 67 zurückzunehmen. Es ist daher die logische Konsequenz, dass ein großer Teil ihrer ehemaligen Stammwählerschaft zur Partei DIE LINKE abwandert und ein noch größerer Teil am Wahlsonntag zu Hause blieb. Mit 72 Prozent erreichte auch die Wahlbeteiligung ihren vorläufigen Tiefpunkt und war für die Sozialdemokratie geradezu tödlich.

Aber auch die Unionsparteien mussten kräftig Federn lassen. CDU/
Fortsetzung auf Seite 3

Mit dem Wahlsieg von Schwarz-Gelb liegt ein Wahlergebnis auf dem Tisch, das den abhängig Beschäftigten erst einmal nichts Gutes verspricht. Zwar wurde ein solches Ergebnis auf Grund der Umfragen der Meinungsforscher mehr oder weniger erwartet, doch hat die deaströse Abstrafung der SPD durch die Wähler schon überrascht. Mehr als elf Prozent erhielt die Sozialdemokratie weniger an Stimmen gegenüber dem Jahr 2005. Betrachtet man den Niedergang in absoluten Zahlen über einen längeren Zeitraum, so wird der Zerfall der SPD noch deutlicher. Im Jahr 1998, als Rot-Grün an die Regierung kam, wählten noch 20 Millionen Wähler SPD, 2009 waren es nur noch 10 Millionen. Damit hat die SPD ihr schlechtestes Wahlergebnis in der Nachkriegsgeschichte der BRD kassiert und so ihren vorläufigen Tiefpunkt erreicht.

Steinmeier, Müntefering und Genossen verstanden am Wahlabend die Welt nicht mehr und faselten das immer Gleiche: „man hätte den Wählern die eigene Politik nicht richtig vermittelt“ und „...man müsse jetzt das

Inhalt

- Nach den Wahlen S. 1
- SPD 2010 – Schuld und Sühne S. 9
- Die Jahreskonferenz der Gruppe S. 13
- Zur Lage der Gruppe S. 14
- Darf in Lateinamerika wieder geputscht werden? S. 16
- Der Durchbruch der BNP S. 21
- Rezension: Den Hitler jag ich in die Luft S. 22
- Rezension: Zieglers heiliger Zorn S. 24
- Rezension: Eine indische Stimme gegen unseren Wahn S. 24
- Rezension: Kommunismus in Österreich S. 27
- Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken – Teil II S. 30
- Mumia Abu-Jamal S. 38

In eigener Sache

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat eine Regierungskoalition der Rechtsparteien ermöglicht, die auch als Folge der Finanzkrise, sozialpolitisch einen noch schärferen Kurs fahren wird. Die auch schon mit der SPD als Partner praktizierte Umverteilung von unten nach oben wird forciert fortgesetzt, die Spaltung der Gesellschaft nimmt weiter zu. Polarisierung ist also angesagt, nicht nur beim Kampf um die „Kopfpauschale“. Wenn die Konturen einer aggressiveren Regierungspolitik klarer werden, müssen wir uns ausführlich in den nächsten Nummern der *Arbeiterstimme* damit beschäftigen.

Das hervorstechendste Merkmal der Bundestagswahl war der Niedergang der SPD, den wir in einem Artikel in den historischen Rahmen stellen. Die Sozialdemokratie hat nun eindeutig die Quittung erhalten für eine jahrzehntelange Politik des Verrats an ihrem eigenen sozialen Anspruch, der ihr bisher traditionell zu gesprochen wurde. Der Sturz der SPD in den Abgrund gab der Klientelpartei FDP erst ihre Bedeutung, die für eine Politik der beschleunigten Entsolidarisierung und Privatisierung steht, deren Irrwitz gerade die Weltwirtschaftskrise belegt. Zwar kommt die SPD nun dem 20%-Turm nahe, innenpolitisch bleibt sie doch ein gewichtiger Faktor. Deshalb ist es wichtig, wie es mit dieser Partei weitergeht. So ist es kein Zufall, dass in der SPD, die aus mehreren Flügeln besteht, eine wirkliche Analyse gescheut wird. Wie hieß es doch

im Leitantrag zu Dresden, der von 38 der 40 Mitglieder des Parteivorstands abgenickt wurde: es sei so, dass „*die Reformen zwar objektiv richtig waren*“, aber „*subjektiv als Bedrohung wahrgenommen wurden*“. Das hieße doch, die Agenda-Politik war richtig, man hat sie nur nicht gut genug erklärt. Das also ist die neue Politik einer Parteiführung, die sich putschgleich (Steinmeier) noch am Wahlabend selbst installierte.

Die Partei „Die Linke“ hat vom Vertrauensverlust der früheren SPD-Wähler profitiert und sich auch im Westen durchgesetzt. Ihr Potential scheint nun ziemlich ausgeschöpft zu sein.

Im Arsti-Artikel über den Niedergang der SPD, der vom „Projekt Arbeiterpartei“ stammt, werden im letzten Absatz („*Anteile des Nichtwählerblocks...*“) Ansichten und Hoffnungen geäußert, die wir nicht teilen und wofür wir keine Kräfte erkennen können.

Unsere Jahreskonferenz und die dort gehaltenen Referate stehen im Mittelpunkt dieses Heftes. Wir diskutieren zuerst die Lage der Gruppe unter den herrschenden ungünstigen Verhältnissen. Da ist es schon viel, wenn die Gruppe die Kraft aufbringt, im bisherigen bescheidenen Umfang weiter zu wirken. In einer umfangreichen innenpolitischen Analyse befasste sich der folgende Referent mit der herrschenden Politik, den Klassenverhältnissen und unserem Umfeld. Auch im Zeichen der Krise des Kapitalismus vermögen die Ge-

werkschaften es nicht, sich von ihrer orientierungslosen Politik zu lösen. Dafür mangelt es aber auch an einer breiteren Bewegung von unten.

Ausgehend vom Referat über die Lage in Honduras wurden die neuesten Ereignisse dort mit einbezogen. Der Ausgang des Putsches macht deutlich, wie wenig sich eigentlich nach dem Amtsantritt Obamas geändert hat. Der deutschen Regierung und der FDP-nahen „Friedrich-Naumann-Stiftung“, die dabei kräftig mitgemischt haben, müßten künftig eigentlich die Phrasen von Demokratie und Menschenrechten im Hals stecken bleiben.

Ein britischer Genosse berichtete über die Politik in Großbritannien, besonders über den Aufschwung der rechtsradikalen BNP. Wir haben seinen Artikel übersetzt.

Wie angekündigt, veröffentlichen wir den zweiten Teil von Jörg Wollenbergs historischer Betrachtung über die „Arbeiterpolitik“ der Bremer Linken.

Drei Rezensionen runden das Heft ab: Zunächst wird ein Buch über die Geschichte der KPÖ vorgestellt. Heiner Jestrabek empfiehlt eine Neuerscheinung über den Hitler-Attentäter Georg Elser. Ein Schweizer Genosse nimmt das neue Buch von Jean Ziegler zum Anlaß, auf den Hunger und das Elend in einer ungerechten Welt hinzuweisen und die Schuldigen und ihre ausbeuterische Politik anzuprangern.

**Wir danken wieder allen Zahlern
und Spendern! Sie schaffen die
Voraussetzung für unsere Arbeit.**

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg
 Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
 Verleger, Zuschriften:
 Thomas Gradl, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
 Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: I ban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

CSU erhielten das zweitschlechteste Wahlergebnis seit ihrer Gründung. Sie lagen bei gerade mal 33,8 Prozent. In absoluten Zahlen sind das 1,3 Millionen Stimmen, die ihnen verloren gingen. Geschockt über das Ergebnis waren auch die CSU-Oberen in München. Nur 42,6 Prozent der Stimmen fielen auf die CSU, die in der Vergangenheit Bayern immer als ihren Erbhof betrachtet hat. Und nun das! Das schlechteste Ergebnis seit 1949! Die Unionsparteien haben heute nur noch eine Mehrheit bei den über 60jährigen. Hier holte die Union 42 Prozent. Sie bleibt aber in allen anderen Altersgruppen unter ihrem Gesamtergebnis. Verloren hat sie auch bei Wählern aus dem christlichen „Arbeitnehmerlager“. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern lag der Stimmenanteil für die beiden Unionsparteien bei 24 Prozent.

Gewinner FDP

Eindeutiger Gewinner im bürgerlichen Lager ist die FDP. Sie gewann 1,7 Millionen Stimmen, im Vergleich zu den Wahlen 2005, hinzu. Auf den ersten Blick erscheint es widersinnig, dass ausgerechnet die Partei des reinen Neoliberalismus derartige Stimmenzuwächse erzielt. Aber offensichtlich haben diese Wähler die FDP nicht nur in ihrer ideologischen Ausrichtung gesehen, sondern sehr pragmatisch, als eine Partei, die ihnen persönlichen Nutzen bringt. Westerwelles „Steuern runter“ und „mehr Markt“ hat zum einen jene Teile des Kleinbürgertums angesprochen, die durch die Wirtschaftskrise zunehmend unter Druck geraten. Dazu gehören inzwischen auch abhängig Beschäftigte, die sich selbst dem so genannten Mittelstand zurechnen. Eine Wahlanalyse der IG Metall brachte zu Tage, dass insgesamt neun Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, davon 11 Prozent Arbeiter, die Liberalen gewählt haben. Ganz konkret verspricht sich dieser Teil der Wählerschaft „mehr Netto vom Brutto“, wie es von der FDP versprochen wurde. Nur mit deren Politik sehen sie die Möglichkeit, ihren unsicher gewordenen und gefährdeten Lebensstandard aufrechtzuerhalten.

Von infratest dimap gibt es eine wenige Wochen alte Meinungsum-

frage zum Gerechtigkeitsempfinden der Menschen in der BRD. Es ist interessant, dass die Hälfte der FDP-Anhänger die Verhältnisse im Land als „eher ungerecht“ empfindet. Sie sehen sich selbst als „Leistungsträger“ in der Gesellschaft, die mehr und mehr, ohne Eigenverschulden, auf die Verliererstraße gedrängt werden. Bei ihnen zeigt die mehr als 20 Jahre andauernde ideologische Luft- und Ideologiehoheit des Neoliberalismus besondere Wirkung. Für sie ist tatsächlich der Kapitalismus, das „Ende aller Geschichte“. Aber das gilt leider nicht nur für diesen Personenkreis. Trotz der schlimmsten Wirtschaftskrise seit 1929 kann sich eine Mehrheit in allen gesellschaftlichen Klassen, auch in der Arbeiterklasse, nicht vorstellen, dass es zum Kapitalismus eine Alternative gibt. Deshalb kann in ihren Augen auch diese Krise nur mit Hilfe der Marktwirtschaft überwunden werden. Aufgrund solcher Wählerüberlegungen haben die Parteien, bei denen die größte marktwirtschaftliche Kompetenz vermutet wird, die besseren Chancen gewählt zu werden. Und diese Kompetenz hat für 55 Prozent der Wähler die FDP, gefolgt von der CDU mit 53 Prozent. Zum ändern hat die FDP natürlich auch nach wie vor die entsprechende Unterstützung aus den Kreisen ihrer traditionellen Klientel. Jener Klasse, die von der neoliberalen Umverteilungspolitik der vergangenen Jahre am stärksten profitiert hat und die jetzt ihre Vermögenspositionen mit Zähnen und Klauen verteidigt. Für diese Kreise kommt nur die Abwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten in Frage. Und sie sind davon überzeugt, dass die FDP dafür sorgen wird.

Der Göttinger Politologe Franz Walter wird dazu im *Sozialismus* (10/09) folgendermaßen zitiert:

„Geht eine Epoche zu Ende, implodiert ein politisches oder soziales System – übrig bleiben immer auch die Nutznießer des Überkommenen, die sich dann besonders eng um die politische Prätorianergarde der alten Herrschaftsideologie scharen.“

Doch wie zu sehen ist, sind es nicht nur die Nutznießer, die sich um die FDP scharen, sondern auch die potentiellen Verlierer der Krise. Diese Schichten könnten, wenn sie von der FDP-Politik enttäuscht wer-

den – und das kommt zwangsläufig – das Potential für eine neue Rechtsbewegung bilden, wie wir das aus der Geschichte oder aus anderen europäischen Ländern kennen. Nach links werden sie sich in dem Fall sicher nicht orientieren.

Zunehmende Widersprüche – zunehmende Polarisierung

Die Bundestagswahl 2009 bedeutet aber zunächst einmal die Zunahme der politischen Polarisierung in den kommenden Monaten und Jahren. Die Verluste von SPD und Union zeigen, dass der klassenübergreifende Charakter der so genannten Volksparteien zunehmend verloren geht. Beide Blöcke werden weiter erodieren, weil die über Jahrzehnte praktizierte Klassenkooperation des rheinischen Kapitalismus abhängig ist von den realen Verteilungsspielräumen im System. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sind diese Spielräume aber schlicht nicht mehr vorhanden. Gleichgültig, wie die Koalitionsvereinbarung zwischen Union und FDP am Ende aussieht, sicher wird sein, dass die Republik und die Bundesregierung vor heftigen Verteilungsauseinandersetzungen stehen. Diese Auseinandersetzungen werden nicht nur Regierung, parlamentarische und außerparlamentarische Opposition betreffen, sondern auch das bürgerliche Lager selbst. Zu groß sind dort die widersprüchlichen Erwartungshaltungen der verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Fraktionen. Und zu groß sind die Probleme vor denen diese neue Regierung steht. Die Staatsverschuldung ist gigantisch und wird in Zukunft weiter anwachsen. Die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten drastisch steigen und wie es mit der Konjunktorentwicklung weiter geht weiß im Grunde niemand. Zwar gibt es jede Menge Konjunkturgesundbeter in den Wirtschaftsverbänden und Instituten. Doch gehen deren Phantastereien, dass die Weltwirtschaft vor einem Aufschwung steht, mehr auf das Konto „Liebe, Glaube, Hoffnung“, als auf gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse zurück. Wahrscheinlicher ist, dass sich die Krise spürbar verschärft und sich noch über Jahre hinzieht.

Vielleicht auch deshalb meldet das Kapital über seine Verbände jetzt so schnell seine Forderungen an die zukünftige Regierung an. Die Berliner Zeitung hat unmittelbar nach der Wahl, die Wünsche der Kapitalisten zusammengetragen. Unisono fordern die Herren Präsidenten der verschiedenen Kapitalverbände Steuerersenkungen für die Unternehmen auf allen Ebenen. Jetzt müsse alles getan werden, um Deutschland nachhaltig aus der Krise zu führen, meint beispielsweise der VDMA-Präsident Manfred Wittgenstein und fordert: „eine Steuerstrukturreform zur Stärkung der Unternehmen sei genauso notwendig wie die gesetzliche Verankerung betrieblicher Bündnisse für Arbeit“. In der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) ist man der Auffassung, dass ganz oben auf der Agenda ebenfalls die kurzfristige Korrektur der Unternehmens- und Erbschaftssteuer stehen muss. Das Wahlergebnis sei „ein klares Votum für mutige Reformen“, meint man dort.

Der Forderungskatalog ließe sich beliebig weiter fortsetzen. Besonders phantasievoll ist er allerdings nicht. Sein Kredo ist: *Profitsteigerung, Profitsteigerung, Profitsteigerung!* Mehr Profite durch Steuerersenkungen für die Kapitalisten und mehr Profit durch Lohn- und Sozialabbau. Eigentlich ist das alles wie gehabt, doch jetzt sehr viel drastischer als unter Rosa-Schwarz.

Natürlich ist den Kapitalisten klar, dass das Thema Steuerersenkungen bei der aktuellen staatlichen Finanzlage ein schwieriges Feld ist, das sich nur schwer beackern lässt. Man macht sich in diesen Kreisen deshalb auch Gedanken zur Gegenfinanzierung. So wurde vom DIHK die Erhöhung der Mehrwertsteuer um sechs Prozentpunkte ins Spiel gebracht, die das erforderliche Geld in die leeren Haushaltskassen spülen soll. „Auch lieb gewonnene Staatsausgaben – bei Sozialtransfers ebenso wie bei Subventionen und Förderprogrammen – müssen daher im Zweifel jetzt in Frage gestellt werden“. Dann soll der Mittelstand entlastet werden, unter anderem über die Senkung der Lohnnebenkosten. In der Arbeitslosenversicherung und bei den Berufsgenossenschaften sol-

len in Zukunft die so genannten versicherungsfremden Leistungen über Steuern finanziert werden.

Alle diese Forderungen decken sich mit der konservativ/liberalen Parteiprogrammatik. Mit neoliberalen Mitteln soll die Krise überwunden werden, was heißt: weitere Umverteilung von Unten nach Oben. Entlastung der Besitzenden und Belastung der Besitzlosen mit Massensteuern und Sozialabbau. Verbunden soll das werden mit grundlegenden gesellschaftlichen Strukturverände-



runge, welche die Vermögens- und Herrschaftsansprüche der bürgerlichen Klasse auf Dauer sichern. Als Beispiel sei hier die Forderung genannt, die betrieblichen Bündnisse für Arbeit, gesetzlich zu verankern. Eine Forderung, die in der Gesellschaft, wahrscheinlich nicht einmal in den Betrieben, für eine richtig große Aufregung sorgen würde, die aber die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse maßgeblich zu Gunsten des Kapitals verändern würde, sollte sie Realität werden. Schon unter Schröder wurde das Thema diskutiert. Um aber den Konflikt mit den Gewerkschaften zu vermeiden, ließ man es schließlich wieder fallen. Diese Hemmschwelle wird es unter Schwarz-Gelb nicht

mehr geben. Würde die Forderung realisiert, könnten die Kapitalisten innerhalb kürzester Zeit bestehende Tarifverträge aushebeln und die Gewerkschaften entscheidend schwächen. Dass sie nicht vor der Erpressung und Nötigung von Betriebsräten und Belegschaften zurückschrecken, haben sie in der zurückliegenden Zeit mehr als einmal demonstriert.

Das schlimmste kommt noch

„Aber so schlimm wird's schon nicht kommen“. Das ist wenigstens die dominierende Auffassung in der Bevölkerung. Nur noch 28 Prozent der Bundesbürger sind der Meinung, dass das Schlimmste der Krise noch bevorstehe. Im Frühjahr des Jahres waren es noch 42 Prozent gewesen. Der Meinungsumschwung verwundert nicht. Ist doch die Krise für sehr viele Menschen noch nicht real spürbar. Fast ist sie wie ein Phantom. Ständig wird von ihr geredet, doch die Mehrheit hat sie noch nicht kennen gelernt. Das ist auch der Grund, dass Ängste und Pessimismus schwinden, dass, bei denen die es haben, Kauflaune eintritt und sich allgemein Optimismus breit macht.

Das kommt nicht von ungefähr. Daran wurde intensiv gearbeitet. Und sie haben es gut gemacht, die Medienvertreter in den Agenturen der ökonomisch und politisch Herrschenden. Ihnen ist gelungen, die Krise klein zu reden und zu verharmlosen. Verging doch in den zurückliegenden Monaten fast kein Tag mit positiven Meldungen, dass es wieder aufwärts geht, dass man die Krise im Griff habe. Bereits im Mai dieses Jahres meldete die Financial Times Deutschland (FTD), dass der Absturz der Konjunktur gestoppt sei und dass sich weltweit die Anzeichen mehrten für ein baldiges Ende des konjunkturellen Absturzes. „An allen Ecken und Enden sieht man jetzt, dass die Weltwirtschaft nicht weiter abstürzt“, zitiert die FTD Dirk Schumacher, den Chefvolkswirt von Goldman Sachs. Allerdings wäre es auch mehr als verwunderlich, wenn momentan die Weltwirtschaft weiter

ins bodenlose abstürzen würde. Immerhin wurden weltweit Konjunkturprogramme in Dollar-Billionenhöhe aufgelegt. Kleinlaut zitiert deshalb auch die FTD die Skeptiker unter den Ökonomen. *„Die Börsen feiern derzeit ein konjunkturelles Strohfeuer“*, sagt beispielsweise ein Ökonom von Unicredit. *„Laufen diese aus, fällt die Weltwirtschaft zurück in die Rezession“*. Ähnlich sieht es auch der Internationale Währungsfond. In diesem wird bezweifelt, dass es schnell zu einer Erholung kommt.

Jetzt nach der Bundestagswahl wird allerdings Fraktur geredet. Ein Bericht in der FTD kurz vor der Wahl veröffentlicht, klingt deshalb recht glaubhaft, wonach es *„eine Art Stillhalteabkommen zwischen Industrie und Regierung“* gab. Danach plant die Wirtschaft für die Zeit nach der Bundestagswahl einen Jobkahlschlag. Darüber sollten die Wähler vor der Wahl möglichst nichts erfahren. Den MAN-Vorstandsvorsitzenden zitiert die FTD mit den Worten: *„Nach der Wahl wird sich die Botschaft ändern. Das ist ganz normal“*.

Ob es nun ein förmliches Stillhalteabkommen gab oder nicht, ist im Grunde gleichgültig. Es würde lediglich die Verkommenheit der Bourgeoisie im Umgang mit der eigenen Verfassung noch deutlicher machen als sie schon ist. Für den politisch Interessierten war unabhängig davon klar, dass nach den Wahlen auf allen Ebenen Einschnitte erfolgen.

Auf jeden Fall meldet die FAZ bereits am 28. September *„Die Kurzarbeit hat ihren Zenit überschritten“*, der Stellenabbau sei schon im Gange. Danach planen nach einer Umfrage dieser Zeitung, von den großen Industrieunternehmen 38 Prozent, die Kurzarbeit im letzten Quartal zurückzufahren. Diese Entwicklung wird sich dann im nächsten Jahr verstärkt fortsetzen, wenn für die Mehrheit der Kurzarbeiter die derzeitige Kurzarbeitsregelung von 24 Monaten ausläuft. Dann wird die Kurzarbeit in die Arbeitslosigkeit münden. Allerdings ist es fraglich, ob die Kapitalisten solange mit Entlassungen warten. Für sie sind Entlassungen allemal billiger als eine Belegschaft in Kurzarbeit zu halten. Rücksicht auf das Wahlverhalten ihrer Beschäftigten brauchen sie auch nicht mehr nehmen. Diese haben ihre Stimme schließlich für die

nächsten fünf Jahre abgegeben. Deshalb werden diese Wirtschaftskrise und ihre Folgen auch für die Mehrheit der abhängig Beschäftigten, die sich bislang in relativer Sicherheit gewiegt haben, in Kürze sehr konkret. Die Arbeitslosigkeit wird massiv ansteigen. Die Bundesagentur rechnet im kommenden Jahr mit bis zu fünf Millionen Arbeitslosen. Mit ihren Konjunkturstützungsprogrammen und der Ausweitung der Kurzarbeitsmöglichkeit auf zwei Jahre hat die Bundesregierung erreicht, dass neben der Exportkonjunktur, nicht auch noch die Binnenkonjunktur völlig abstürzt. Das war mehr wahltaktischen Überlegungen geschuldet als ökonomischer Vernunft. Diese Konjunkturstütze aber ist bei einem massiven Anstieg der Massenarbeitslosigkeit stark gefährdet. Eine steigende Arbeitslosenzahl führt zwangsläufig und verstärkt alle ökonomischen und haushaltspolitischen Probleme, die bereits heute schon gigantisch sind. Die Krise entwickelt eine zusätzliche negative Dynamik. Abhilfe würde nur ein kräftiges Wirtschaftswachstum bringen. Doch das ist nicht in Sicht. Nach Berechnungen der Bundesregierung wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr um ca. sechs Prozent unter dem Niveau des Jahres 2008 liegen. Das ist ein gewaltiger Rückgang. Und er ist doppelt so hoch wie in den USA. Übertroffen wird er innerhalb der G7-Industriestaaten nur noch von Japan. Dort schrumpfte die Wirtschaft im Jahr 2008 um 8,3 Prozent.

Jetzt rächt sich die jahrelange Exportweltmeisterschaft Deutschlands. Auf Kosten der Binnennachfrage wurden die Exportanteile deutlich gesteigert. Zustande kam das durch Lohnabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Sozialabbau. Gelernt aus den negativen Erfahrungen haben die Herrschenden und bürgerlichen Politiker allerdings nichts. Nach wie vor ist für sie die Pflege der Exportindustrie die Voraussetzung einer wirtschaftlichen Erholung. Aber auch Merkel und Westerwelle werden merken, dass sie einer Schimäre aufgesessen sind. Im Sozialismus 10/09 schreibt Joachim Bischoff richtig:

„Die Erwartung nach der Krise an den Exportboom der Vorjahre anknüpfen

zu können, ist unreal. Die Asymmetrie der Handelsstrukturen auf dem Weltmarkt mit den USA als ‚consumer of last resort‘ und Deutschland, China und Japan als profitierende Exportnationen wird nicht zu rekonstruieren sein. (...) Deutschland wird auch in Europa... die Erfahrung machen, dass sich die von der Krise gebeutelten Nachbarn nicht auf Dauer zu Opfern einer deutschen ‚beggar my neighbour policy‘ machen lassen.“

Deindustrialisierung droht

Was das in der bundesrepublikanischen Realität bereits heute und noch mehr morgen bedeutet, ist in den Medien selten zu lesen. Doch vor kurzem brachte die TAZ eine Reportage über die Situation in Baden-Württemberg. Hier gibt es besonders viele exportabhängige Unternehmen, neben der dominierenden Automobil- und Zulieferindustrie. Im Moment ist der deutsche Südwesten die Region, die am härtesten von der Krise getroffen ist. Die Wirtschaftsleistung wird in diesem Jahr deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen, nämlich bei runden minus acht Prozent. *„Entlassungen, Kurzarbeit, Insolvenzen: In Baden-Württemberg geht es dem einstmals höchst erfolgreichen Mittelstand an den Kragen“*, schreibt die TAZ. Dann berichtet sie aus der IGM-Verwaltungsstelle Esslingen und zitiert deren Bevollmächtigten Sieghard Bender. Von den 130 Unternehmen in der Verwaltungsstelle, geht es gerade einmal 10 Prozent gut. Rund die Hälfte davon ist, wird sich die Lage nicht ändern, in ihrer Existenz bedroht. Das gilt besonders für die Betriebe des Maschinenbaus, sowie der Kfz-Zulieferindustrie. Die vielen kleinen mittelständischen Betriebe sind dabei das eigentliche Problem. Bis zu 90 Prozent sind dort laut TAZ die Aufträge weg gebrochen. Daher geht ihnen nach monatelanger Durststrecke langsam aber sicher das Geld aus. Sie können nicht wie die Konzerne Daimler, Porsche oder Bosch aus eigener Finanzkraft die Krisenzeit überbrücken; sie brauchen von den Banken Liquiditätskredite. Aber die bekommen sie nicht. *„Die Großen kriegen Kredite und die Kleinen verhungern“*, sagt Gunter Ketterer, ein Maschinenbaufabrikant aus der Region. Ja, so sind sie die Gesetze des freien

kapitalistischen Marktes. Das führt zu Konsequenzen. Und Bender ist sich sicher, dass nach der Wahl die Konkurse beginnen. Die IG Metall fordert deshalb eine aktive Strukturpolitik mit einem Regionalfond von 500 Mio. Euro. Damit sollen Mittelständler gerettet werden und eine Deindustrialisierung der Region verhindert werden. Bender war lange Jahre für die IG Metall in Chemnitz. Wenn er also von Deindustrialisierung spricht, dann weiß er was das ist. Aber die Politik will von den IGM-Vorschlägen nichts wissen. Auch das ist eine Erfahrung aus dem Osten.

Sicherlich ist die Lage nicht in allen Bundesländern und Regionen gleich trübe und direkt vergleichbar, doch wenn man die Situation der Schlüsselbranche Metall- und Elektroindustrie generell betrachtet, so lässt sich die Momentaufnahme aus Esslingen mehr oder weniger auf alle Industriezentren in der BRD übertragen. So beschreibt der IGM-Vorstand die Situation in seinem Wirkungsbereich folgendermaßen: *„Seit Mai 2008 gehen immer weniger Aufträge ein. So brach in den ersten beiden Monaten 2009 der Auftragseingang im Vergleich zum Januar und Februar 2008 um 40 Prozent ein. Aus dem Ausland gingen 33 Prozent weniger Bestellungen ein. Die Auslandsaufträge schrumpften um 45 Prozent.“*

Im Überblick entwickelten sich die Branchen folgendermaßen:

In der Kfz-Industrie ging die Produktion um 44 Prozent zurück. In der Stahlindustrie wurde 34 Prozent weniger Stahl erzeugt. Die Unternehmen, die Metallerzeugnisse herstellen, meldeten ein Minus von 29 Prozent und die Elektroausrüster einen Rückgang von 27 Prozent. Im Maschinenbau ging die Produktion um 23, bei den Herstellern von Datenverarbeitungsgeräten, Elektronik und Optik um acht Prozent zurück“.

Diese Situationsbeschreibung deckt sich wahrlich nicht mit der Schönfärberei, die für die Öffentlichkeit betrieben wird. Von wegen: Licht am Ende des Tunnels. Und von wegen: die Konjunktur springt gerade wieder an! Wie die Analyse der IG Metall zeigt, ist die Autoindustrie am stärksten von der Krise betroffen. 44 Prozent Produktionsrückgang sind kein Pappenstil. Zwar hat die Abwrackprämie dem einen und anderen Konzern geholfen nicht ganz ins

Bodenlose zu fallen. Aber jetzt nach dem Auslaufen des Programms wird die Ernüchterung umso größer sein. Konnte die Abwrackprämie schon den Exporteinbruch nicht auffangen, reißt das Auslaufen der Prämie jetzt ein zusätzliches Loch in die Absatzzahlen der Automobilkonzerne. Die Automobilbranche ist in Deutschland und Europa nicht nur irgendeine Branche. Sie ist die zentrale Schlüsselindustrie, an der neben der Kfz-Zulieferindustrie auch erhebliche Teile der Grundstoffindustrien, wie Stahl und Chemie, der Spezialmaschinenbau und große Bereiche des Dienstleistungssektors hängen. Seit Jahren ist in Europa die Nachfrage nach Autos rückläufig. Die Kapazitäten konnten nur durch den Export in die USA und die Schwellenländer einigermaßen ausgelastet werden. Dazu muss man wissen, dass die deutsche Automobilindustrie 70 Prozent ihrer Fahrzeuge ins Ausland verkauft. Kommt diese Nachfrage jetzt zum Stillstand hat das weit reichende Konsequenzen für die deutsche und europäische Industrie. Jetzt werden die bestehenden Überkapazitäten in der Branche deutlicher sichtbar. Von der IG Metall wird eingeschätzt, dass diese weltweit zwischen 15 und 25 Prozent liegen. Und erst wenn das darin investierte Kapital durch die Krise vernichtet ist, kann es zur wirtschaftlichen Erholung kommen. Kurzfristig wird das allerdings nicht der Fall sein. Was aber dann? Bis zum heutigen Zeitpunkt ist es bei den Stammebelegschaften nicht zu Entlassungen im größeren Stil gekommen. Das geschah nicht zuletzt durch weitgehende Zugeständnisse der Betriebsräte und der IG Metall an die Konzerne. In einem Interview mit der *Zeit* formuliert das der Daimler-Betriebsratsvorsitzende Erich Klemm, folgendermaßen: *„Den großen Personalabbau sehe ich nicht. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass wir bis zum Ende der Krise mit den Instrumenten der Kurzarbeit und des Beschäftigungssicherungstarifvertrags, der etwa Arbeitszeitverkürzungen ermöglicht, unsere Stammebelegschaft halten können“.* Am Beispiel Daimler heißt das für die Stammebelegschaft, dass sie für den Konzern blutet. Anfang September wurde dort vereinbart, dass die Löhne und Gehälter der Beschäftigten gekürzt werden. Rund 60.000 Angestellte werden 8,75 Prozent weniger

verdienen, mit der Zusage (vorerst) nicht entlassen zu werden. Runde 1,6 Milliarden Euro will der Konzern auf diese Weise einsparen. Die Leiharbeiter sind von der Maßnahme nicht betroffen. Sie befinden sich schon seit Monaten unter der Betreuung der Arbeitsagentur.

Daimler steht mit diesem Beispiel nicht alleine. Das was dort geschieht ist heute Praxis in praktisch allen größeren Industriebetrieben. Und nicht nur bei den Großen. Nach einer Umfrage des, zur Hans-Böckler-Stiftung gehörenden, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts, gibt es in jedem vierten Betrieb, der über 20 Beschäftigte und einen Betriebsrat hat, eine *„Beschäftigungsgarantie“*. Der Preis dafür sind unbezahlte Mehrarbeit, weniger, oder kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld, oder gleich direkte Lohnkürzungen.

Beschäftigungsgarantie – eine Illusion

Dabei wird bei diesen *„Beschäftigungsgarantien“* gar nichts garantiert. In allen Vereinbarungen gibt es Klauseln, die Entlassungen ermöglichen, wenn sich die *„wesentlichen Grundannahmen“*, verändern. Und die verändern sich ständig. Das wird inzwischen wohl auch der IG Metall klar. Auf einer Automobil- und Zuliefererkonferenz im März des Jahres geht IGM-Vorsitzender Berthold Huber selbst davon aus, dass Dramatisches geschieht. Er führt dort aus, dass es bis jetzt wegen der IG Metall nicht zu großen Entlassungswellen gekommen sei, aber, so Huber, *„wenn ich die Berichte aus den Unternehmen richtig deute, könnte sich das ab Sommer drastisch ändern“*. Huber erkennt richtig, dass mit der Abwrackprämie und der verlängerten Kurzarbeitsdauer *„Zeit gewonnen (wurde) und nicht mehr“*. Das ist offensichtlich die Revision seiner anfänglichen Fehleinschätzung, dass durch die Finanzkrise, die Realwirtschaft nur am Rande getroffen wird. Noch während der Metall-Tarifrunde 2008 wurde von Huber die Aussage gemacht: *„Krise? ich sehe keine Krise!“*. Doch dieser Fehleinschätzung ist nicht nur er aufgesessen. Das dachten zu der Zeit auch Betriebsräte und ganze Belegschaften. Aber jetzt werden sie allesamt von der Real-

tät geweckt. Jetzt kommt auf die Belegschaften, auch auf die der großen Konzerne, einiges zu. Das große Jammern und Zähneklappern beginnt. Und je länger die Krise andauert, desto schlimmer wird es.

Sozialabbau und Widerstand

Die Bundesregierung wird in diesem Prozess nur noch die von der Krise und der eigenen Ideologie Getriebene sein. Insgesamt klafft zwischen den projektierten Ausgaben der öffentlichen Hand und deren Einnahmen in den Jahren 2009 bis 2013 eine Lücke in Höhe von 511 Mrd. Euro (Sozialismus 10/2009 S.7). Zum Vergleich: die Einnahmen der öffentlichen Haushalte betragen laut

statistischem Bundesamt im Jahr 2008 245,1 Mrd. Euro. Das heißt, dass die Regierung keinerlei finanziellen Spielraum für die aktive Gestaltung der Politik haben wird, zumal der Krieg in Afghanistan vor einer Expansion steht und seine Kosten unkalkulierbar werden könnten. Selbst ihre eigene Klientel wird sie dann nur beschränkt bedienen können. Wenn sie auf keinen massiven Wi-

derstand trifft heißt das, dass der Sozialstaat weitgehend geschliffen wird. Es ist dann damit zu rechnen, dass die Leistungen bei der Bundesagentur für Arbeit und den Krankenkassen massiv eingeschränkt werden. Dass es zu einseitigen Beitragserhöhungen der Sozialversicherungen kommt. Dass die Renten weiter gekürzt werden und dass man mit Privatisierungsmaßnahmen die Krankheits- und Altersvorsorge den Finanzmärkten übergibt. Das alles bei gleichzeitiger massiver Erhöhung der Massen- und Verbrauchssteuern.

Doch so reibungslos wird das allerdings nicht ablaufen. Da wären zuerst einmal die Gewerkschaften, die eine solche Politik bei Strafe ihres Untergangs nicht akzeptieren können. Sie werden die Zerstörung der sozialen Errungenschaften

nicht kommentar- und widerstandslos hinnehmen können. Die Frage allerdings ist, wie weit ihr Widerstandswille reicht. Sie sind allesamt nach wie vor auf grenzenlose Sozialpartnerschaft fixiert. Zwar haben Sommer und auch andere Gewerkschafter vor einer schwarz-gelben Koalition gewarnt und eine solche als die denkbar schlechteste Option bezeichnet. Aber Sommer musste noch am Wahlabend betonen, dass er zur Kanzlerin Vertrauen hätte, schließlich hätte sie vor der Wahl erklärt, dass sie den Kündigungsschutz nicht antasten würde. Darüber hinaus sprach er sich für eine produktive Zusammenarbeit mit der neuen schwarz-gelben Regierung aus, wobei er sie allerdings vor einer arbeitnehmerfeindlichen Politik



warnte. Auch IG Metallchef Huber ließ von sich hören. „Deutschland ist immer dann gut gefahren, wenn Kooperation und nicht Konfrontation die Politik beherrschte. Gemeinsam mit den Arbeitnehmern müssen jetzt Lösungen gefunden werden für die dringendsten Probleme“. Und er kündigte an, dass die IG Metall mit der neuen Regierung die Kooperation suchen werde, auch wenn das aufgrund der Beteiligung der FDP schwieriger werde. Eine Verschärfung von Konflikten zwischen Unternehmern und Beschäftigten unter der neuen Regierungskonstellation erwartet der IG-Metall-Vorsitzende nicht. Er rechne „nicht per se“ damit, so Huber auf die entsprechende Frage am Montag nach der Wahl im ZDF-Morgenmagazin. So spricht ein wahrer sozialdemokratischer „Arbeiterführer“.

Es mag sein, dass ein Teil der Zusammenarbeitsangebote der Gewerkschaften taktischer Natur sind. Dass sie gemacht werden, um auf dem Verhandlungswege wenigstens das Schlimmste zu verhindern. Aber war das schon bei den sozialdemokratischen Freunden nicht möglich, so wird es unter der jetzigen Konstellation erst recht nicht möglich sein. Ein Teil der Gewerkschaftsführungen, und dazu gehört auch Huber, hofft darüber hinaus, dass die Krise klassenübergreifend mit der Vernunft der entsprechenden politischen Akteure gesteuert werden kann. So hat beispielsweise Huber auf der besagten Automobilkonferenz der IG Metall durchaus vernünftige Vorschläge gemacht, die die Strukturkrise in dieser Schlüsselbranche

zumindest mildern würde. Im Einzelnen soll folgendes geschehen: „Die Errichtung eines öffentlich Beteiligungsfonds für die produzierende Wirtschaft, und die stärkere Ausrichtung des Insolvenzrechts an der Fortführung des Betriebs. Dazu gehört, dass der Staat jetzt massiv in die Bereiche investiert, in denen sich die Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft entscheidet. Das sind: Öffentliche Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovation und ökologischer Umbau“.

Und Huber meint weiter: „Deshalb brauchen zukunftsfähige Betriebe der produzierenden Wirtschaft staatliche Absicherung und einen Schutzschirm, wenn es hagelt. Und wir brauchen eine Renaissance einer aktiven Industrie- und Strukturpolitik. Deshalb unser Vorschlag eines Fonds für öffentliche Beteiligungen. Natürlich: Das erfordert enorme Finanzmittel. Deshalb müssen hohe Einkommen und Vermögen wieder stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Das geht nur, wenn Steueroasen ausgetrocknet werden. Nicht nur wir sind gefordert. Es ist eine ureigene Aufgabe des Staates, den notwendigen Strukturwandel sozial, demokratisch und ökologisch zu gestalten. Wir können es nicht nur den Unternehmen und dem Markt überlassen. Ich fordere

deshalb die Bundesregierung auf, zusammen mit den Gewerkschaften, den Industrie-Verbänden und den Unternehmen Zukunftsszenarien zu erarbeiten. Wir wollen nicht nur auf Krisen reagieren, sondern vorausschauend Entwicklungswege gestalten.“

Soweit Berthold Huber, Vorsitzender der IG Metall. Die zentrale Botschaft zur Umsetzung seiner „vernünftigen“ und staatstragenden Vorschläge ist: wir machen das ganz große „Bündnis für Arbeit“. Sozusagen eine klassenübergreifende Arbeitsgemeinschaft auf Staatsebene zur Lösung des Krisenproblems. Huber übersieht allerdings, dass seine Vorschläge teilweise ganz klar die Klasseninteressen der Kapitalisten berühren und er außerdem damit einige heilige Kühe des Neoliberalismus schlachten will. Selbst wenn sich seine Gegner auf seinen Vorschlag einlassen würden, würde nichts dabei herauskommen, wenn er selbst nichts weiter einbringt, als die reine Vernunft der IG Metall.

Denn noch immer ist es so: Rechtsfragen sind Machtfragen und diese klärt man nicht am Verhandlungstisch, sondern auf der Straße. Doch davor hat der Apparat Angst. Unter dem Eindruck der Krise befürchtet man, dass sich mobilisierte Belegschaften nicht mehr steuern lassen. Das aber würde, so meint man in den Führungsebenen, der eigenen Reputation schaden und den gewerkschaftlichen Einfluss in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft mindern. Für die Gewerkschaften gibt es deshalb keine Alternative zur Sozialpartnerschaft. Vielleicht wird aber der Krisenverlauf die Führungen der Gewerkschaften zu einer anderen Einsicht zwingen. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Monaten heftige Angriffe auf die Gewerkschaften aus dem Unternehmerlager kommen. Es werden die Kapitalisten sein, die die Sozialpartnerschaft aufkündigen. Mit Sicherheit werden sie versuchen auf breiter Front Tarifverträge auszuhebeln oder auf andere Art die Belegschaften anzugreifen. Die

Forderung der Unternehmer an die neue Bundesregierung, die betrieblichen „Bündnisse für Arbeit“ juristisch abzusichern, kommt nicht von ungefähr. Für das Kapital ist die Krise die Chance, mit dem „Sozialklimbim“, der sich in den zurückliegenden Jahren angesammelt hat, aufzuräumen. Wenn es dazu kommt, ist nicht zu erwarten, dass die Belegschaften überall die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen ohne Widerstand hinnehmen. Auch die Gewerkschaften, besonders auf den örtlichen Ebenen, werden nicht umhinkommen Gegendruck zu organisieren und Abwehr-



kämpfe zu führen. Aufgrund der verschärften Krisensituation kommt es auch verstärkt zu Insolvenzen, Betriebsschließungen und Verlagerungen. Man kann davon ausgehen, dass es in manchen dieser Fälle zu spektakuläreren Auseinandersetzungen kommt, die in ihrem Verlauf radikaler sind, als wir es bislang gewohnt sind. Das hat weniger mit dem Willen zum Klassenkampf einer Belegschaft zu tun, sondern eher mit der Verzweiflung der Betroffenen, die eigene Existenz zu verteidigen.

Der Wert solcher Kämpfe ist, dass sich die Betroffenen ihrer eigenen gesellschaftlichen Stellung bewusst werden. Sie nehmen sich selbst als Klasse wahr. Und das ist die Voraussetzung, dass sich Klassenbewusstsein bildet.

In der Vergangenheit gab es verschiedene große Streiks und Betriebsbesetzungen. Zum Beispiel bei Krupp in Rheinhausen, der Betriebsbesetzung der Kalikumpel im Eichsfeld, die Betriebsbesetzung bei LIP in Frankreich oder auch der militant

geführte große Bergarbeiterstreik in England. Diese Kämpfe wurden beispielhaft für sozialen Widerstand und Solidarität und hatten Bedeutung über die nationalen Grenzen hinaus.

Wenn solche Kämpfe in einer Krise wie der jetzigen geführt werden, besteht die Chance für eine soziale Widerstandsbewegung, die über die direkt Betroffenen hinausgeht und auch andere Krisenopfer integriert.

Nur eine breite soziale Widerstandsbewegung, die auch die Antiatomkraft- und Friedensbewegung einschließt, kann die Macht aufbauen, die erforderlich ist um die neoliberale Hegemonie zu brechen. Allerdings kann sie sich in ihrer Zielstellung nicht damit begnügen, den abgewirtschafteten kapitalistischen Status quo wieder herzustellen. Es ist unumgänglich in der Bewegung Alternativen zum Kapitalismus zu entwickeln. Das wird nicht leicht werden in einem sozialen Bündnis hierzu Konsens

herzustellen. Das gilt insbesondere für die Gewerkschaften. Sommer will, wie er es in einem Interview ausdrückte, die „Renaissance der sozialen Marktwirtschaft“ und Huber die „Rückbesinnung auf den rheinischen Kapitalismus westdeutscher Prägung“. Diese Positionen zeigen, welche Illusionen man sich in den Gewerkschaftsvorständen immer noch über die aktuellen Zustände macht. Illusionen über den Verlauf und Charakter der Krise und auch über die eigene Rolle die man in diesem Prozess spielt.

Die nächsten Monate werden zeigen, dass es ein Widerstandspotential gibt. Wahrscheinlich wird es seine eigene Dynamik entwickeln. Doch ist kaum anzunehmen, dass bereits Schlussfolgerungen gezogen werden, die über die jetzige Wirtschaftsordnung hinausgehen.

Das kann nur von den schwachen Kräften der Linken geleistet werden. Sie hat keine andere Wahl. Sie muss die Diskussion über Alternativen des Kapitalismus in eine solche Bewegung tragen.

SPD 2010 – Schuld und Sühne

Ein weiteres Kapitel der Parteigeschichte im langen Weg des Niedergangs

Das die Regierungsübernahme von SPD und „Grünen“ 1998 nur mit schmerzlichen sozialpolitischen Einschnitten enden konnte, musste jeder kritische Zeitgenosse mit einigen historischen Kenntnissen befürchten. Leitete die Bildung der Großen Koalition Ende 1966 aus CDU/CSU und SPD über in eine Modernisierung der bundesdeutschen Gesellschaft durch eine liberalisierte Gesetzgebung, Ausbau und Öffnung des Bildungswesens, sollte das keynesianisch inspirierte Instrumentarium der „Globalsteuerung“ hinfort der Krisenanfälligkeit des Konjunkturverlaufs entgegensteuern und eine Notstandsgesetzgebung für den Fall des Falles das Grundgesetz von 1949 jetzt für den Ausnahmezustand tauglich machen. Um darin souverän zu bleiben, benötigte die herrschende Eigentumsordnung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln einen legitimierenden Handlungsrahmen. Die Akzeptanz repressiver Gewalt in Vorwegnahme etwaiger „Bürgerkriegszustände“ zur Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse war für die Parteiführung der SPD kein Tabubruch. Mit den Namen Ebert und Noske verbindet sich die seit 1918/19 mit Hilfe reaktionärer Freikorps unter Beweis gestellte „Vaterlandstreue“ oder „Verantwortung für das Ganze“.*) Der historische Verweis lässt die Grundlinien des spezifischen SPD-Reformismus durchscheinen: Um mehrheitsfähig zu werden und zu bleiben, kann solcherart Partei ohne massenhafte Bestätigung durch lohnabhängige Wähler nicht existieren und nur durch positiv erfahrenen sozialpolitischen Fortschritt ihre dauerhafte Bindung gewährleisten. Verlieren die Wachstumsimpulse der kapitalistischen Ökonomie an selbstinduzierter Kraft, tritt alsbald



der prokapitalistische Grundcharakter dieser Partei offen in den Vordergrund: Wenn zusätzliche staatliche Nachfragestimulation in wachsende staatliche Verschuldung ohne wachstumsgestützte Aussicht auf baldigen Schuldenabbau mündet, zudem die fortschreitende Produktivität dann auch noch für ein wachsendes Heer überschüssiger Arbeitskräfte sorgt, deren Versorgung mit Transferleistungen bei gleichzeitigem Beitragsausfall die Kassen der lohnbasierten Sozialversicherungszweige mehr und mehr beansprucht, ist der angebotstheoretische Paradigmenwechsel zur Kostensenkung bei Löhnen und Gewinnsteuern nicht mehr weit, um nur die Profite zu begünstigen. In dieser Situation befand sich nach 1980 die sozialdemokratisch dominierte Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt. Bei einer Bruttolohnquote von 73,6 % vom Volkseinkommen 1981 (1970: 65,6 %) wurde es trotz begonnener Beschneidung des sozialstaatlichen „Wildwuchses“ – so lautete der SPD-Jargon – für den wirtschaftsliberalen Partner FDP höchste Zeit, mit

der CDU/CSU die „Beseitigung von Investitionshemmnissen“ des BRD-Kapitals ab Ende 1982 entschiedener anzugehen. Sechzehn Jahre später machte der neue SPD-Kanzler Schröder nicht dort weiter, wo Parteigenosse Helmut Schmidt aufhörte, sondern wo Helmut Kohl noch zögerte. Der Leitbegriff „Reform“ als „Modernisierung“ des „zu fett“ gewordenen Wohlfahrtsstaates hin zum verschlankten Wettbewerbsstaat, der vom Kapital geringere Abgabenquoten einfordert, galt nun zuallererst für einen von breitem ideologischen Trommelfeuer („Generationenlast“ durch „demografischen Wandel“) unterstützten Angriff auf die sicher gewählte Höhe der Rentenbemessung zukünftiger Rentnerjahrgänge. In der folgenden Legislaturperiode ab 2002 ging es mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe rigoros den Langzeiterwerbslosen an den Kragen. Aus Lohnersatzbeziehern (*Alhi*) wurden ab 2005 Sozialfürsorgeempfänger, beschönigend *Arbeitslosengeld II-Bezieher* tituliert. Diese bewusst separiert vollzogene gezielte soziale Degradation bestimmter Segmente der Wahlbevölkerung musste im nachhinein CDU-Kanzler Kohl als letzten gutmütigen Patron des bundesdeutschen Sozialstaates erscheinen lassen. Obwohl sein CDU-Sozialminister Norbert Blüm sich selbst am Ende seiner Amtszeit der vorgenommenen Leistungseinschnitte von jährlich etwa neunzig Milliarden DM im Sozialetat rühmte, fiel es diesem hinterher nicht schwer, mit guten Argumenten als Barrikadenkämpfer des alten BRD-Sozialstaats aufzutreten. Seinem Ausruf „Die Rente ist sicher“ fehlte nur die Konsequenz: „Wenn Ihr sie Euch durch konsequente Massenaktionen und nicht die Wahl der falschen Parteien sichert!“

Hätte die SPD/Grünenkoalition nach 1998 länger als eine Legislaturperiode durchgehalten, wenn sie sofort zu Beginn mit Verteuerungen bzw. Verschlechterungen in der Gesundheitspolitik aufgewartet hät-

*) Hierzu stets empfehlenswert: Sebastian Haffner, *Die deutsche Revolution 1918/19*, Rowohlt TB Reinbek 2007, 253 S., 8.90 Euro

te? Wohl kaum. Ein reduzierter Leistungskatalog und das „Steuerungsinstrument“ einer von den Arztpraxen eingetriebenen vierteljährlichen Konsultationsgebühr von zehn Euro lassen jeden fragen, wem er das zu verdanken hat. Das merkwürdigerweise mit Steuermilliarden geförderte stufenweise Zwangssparen von schließlich vier Prozent des Einkommens für die *Riesterrente* in Regie von Finanzkonzernen mögen viele nicht als „Enteignung“ empfinden. Aber es soll eine Lohnsenkung zugunsten der Unternehmer kompensieren, die bei gesetzlicher Rentenkürzung ihre Lohnsumme reduzieren, weil der kollektiv verwaltete Lohnbestandteil Rentenbeitrag nicht über zwanzig Prozent steigen soll. Und wenn dann noch die Rentenanwartschaft auf mehr Beitragsjahre bis zum 67. Lebensjahr gestreckt wird, fällt der Rentenanspruch um so geringer aus, je früher man aus dem Arbeitsleben ausscheidet. Für die meisten ist inzwischen spätestens nach 63 Lebensjahren der Übergang in die Altersrente angesagt. Wer da nicht kontinuierlich und einigermaßen tariflich gut verdient hat, ist eher arm dran. Das sind bereits diejenigen Teilzeitbeschäftigten, deren Zahl seit Inkrafttreten des *zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* seit 2003 innerhalb von fünf Jahren von mehr als zehn Millionen auf über zwölf Millionen anstieg.**)

Die Zerlegung von Vollzeitstellen in Minijobs erspart erhebliche Sozialbeiträge und weitete den Niedriglohnsektor aus. Weil Vollzeitstellen nicht mehr zu finden sind, wird Teilzeitbeschäftigung besonders in Ostdeutschland zwangsläufig eine gängige Erwerbsform, obwohl zwei Drittel der Teilzeitbeschäftigten dort lieber Vollzeit arbeiten würden (siehe DGB info-service *einblick* 8/09). Unverhohlene Reduktion der Menschen auf möglichst billige ökonomische Größen, die dafür noch dankbar sein sollen – diesem Menschenbild der sozialdemokratischen Modernisierer versagten sich nach 2000 wachsende

Anteile der über zwanzig Millionen SPD-Wähler von 1998.

Wo aber noch mehr als zwei Drittel aller Beschäftigten eine normale Vollzeitbeschäftigung ausüben, dürften Bedenken und Ängste älterer Jahrgänge vor Dauererwerbslosigkeit (*Hartz IV*) und unzureichender Altersrente im Vordergrund stehen.



Die Hauptgründe der Wahlniederlage bestätigte dann auch der hessische SPD-Generalsekretär Michael Roth am 29.9.09 in der *Frankfurter Rundschau*: „Ich würde zu Hartz IV noch die Rente mit 67 hinzufügen.“ Sein abgestrafter Kanzlerkandidat und neuer SPD-Fraktionschef im Bundestag Frank-Walter Steinmeier ist eher „stolz auf das, was die SPD geleistet hat“. Wie er sich rechtfertigt, zeigt die Antwort auf die Frage in der *FR* vom 17.10.09: „Ihr künftiger Parteivize Wowerit fordert die Rücknahme der Rente mit 67, ‚auch‘, wie er sagt, ‚wenn wissenschaftlich oder mathematisch etwas anderes geboten wäre‘.“ F.-W. Steinmeier: „Wir dürfen den Menschen nichts vormachen. Die Menschen leben länger, bekommen länger Rente, und weniger Junge zahlen in die Rentenkasse ein. Das ist Mathematik und die schlichte Wahrheit.“ Oder nur die Halbwahrheit, um solche politischen Zweckklügen zu

kaschieren? Fragen wir eher, wieviel vom jährlichen Gesamtprodukt wem zufließt. Nimmt das ab, bloß weil die Vollzeitbeschäftigten im wiedervereinigten Deutschland seit 1991 von 29,6 Millionen bis 2008 auf 23,8 Millionen abnahmen, die Teilzeitbeschäftigung jedoch gleichzeitig von 5,5 Millionen auf 12,1 Millionen anstieg? Müssen deshalb die Zuflüsse in die Rentenkasse abnehmen und zu kleineren Portionen gestreckt werden, wenn Billigjobs mit geringen Sozialabgaben politisch gewollt Vollzeit Arbeitsplätze ersetzen? Wie kommt es, dass im gleichen Zeitraum das Bruttoinlandsprodukt von 1,5 Billionen Euro auf 2,49 Billionen Euro anstieg, obwohl das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen von damals bis heute von 59,8 auf 57,7 Milliarden Arbeitsstunden aufgrund wachsender Produktivität absank und dennoch die feststellbaren Netto-Unternehmens- und Vermögenseinkommen von 289 Milliarden Euro auf 567 Milliarden Euro anwuchsen? Ein auf Dauer stets wachsendes gesellschaftliches Gesamtprodukt soll nicht mehr als die zwanzig Milliarden Euro pro Monat hergeben, welche die Rentenzahlungen derzeit abfordern?***)

Denjenigen nehmen, die mehr brauchen und denjenigen noch mehr zuschanzen, die damit nur ihre Vermögenstitel und Gewinnansprüche erhöhen: Was hat das noch mit sozialer und demokratischer Politik dem Wort nach zu tun? Der Niedergang auf 23 % bei 9,989 Millionen Wählerstimmen (2005 ca. 16,195 Millionen) könnte auch als eher glimpflich gelten in Anbetracht der sozialen Auswirkungen der Politik gegen lohnabhängige Wähler, den die Schröder/Münchenering/Steinmeier-SPD einschlug.

Bundespolitisch ist die SPD nun auf eine politische Größe ähnlich wie in den fünfziger Jahren der BRD zurückgeworfen. Um den Absturz nicht unbedingt stimmig, aber weitaus unbefangener als andere Sozialdemokraten zu erklären, sprach Gesine Schwan in der *Berliner Zeitung* vom 10.10.09 u.a. folgendes an: „(...) Das Hauptziel der SPD, die Gerechtigkeit, ist in der Zeit der westlichen demokratischen Nationalstaaten recht gut verwirklicht worden. Aber seit dem Ende der 70-er Jahre, seit dem Schub der ökonomischen

**) Mehr darüber: DGB Positionen + Hintergründe Nr. 8/Februar 2008
Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik/Mini-Jobs im Widerstreit politischer Interessen

***) Obwohl gerade die Niedrigrentner es nötig hätten, würde eine monatliche Rentenerhöhung um hundert Euro etwa zwei Milliarden Euro zusätzlich erfordern (24 Mrd. jährlich). Eine einprozentige Beitragserhöhung würde dafür ausreichen.

Globalisierung und erst recht seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, gab es nicht mehr die Bedrohung, dass wir in einer Diktatur enden, wenn wir die Demokratie nicht auch sozial stärken. Damit begann der ‚Zeitgeist‘ der Deregulierung, der dann der SPD in der Regierungsverantwortung Wege nahe gelegt hat, die heute negative Folgen haben. (...) Das



Kennzeichen der ökonomischen Deregulierung war ein Geist der alles durchwirkenden Konkurrenz – überall, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in der Bildung. (...) Und diese Entsolidarisierung der Gesellschaft hat die SPD nicht deutlich genug bekämpft, sondern hat im Gegenteil sogar noch mitgemacht, in der Bildungspolitik und indem sie de facto die Arbeitslosigkeit zum Ergebnis individuellen Versagens erklärt hat. (...) Deswegen müssen wir jetzt auch überprüfen, wie die sogenannte Agenda-Politik mit unserer historischen Mission zu legitimieren war und heute noch ist. Und was von dieser Legitimation uns möglicherweise dazu führt, an der Agenda-Politik etwas zu verändern.“

Während in der Großen Koalition nach 2005 die SPD den beschrittenen Weg in der Gesundheits-, der Renten- und Verkehrspolitik (Plan

zum Verkauf von Aktienpaketen der Bahn-AG an der Börse) zusammen mit der CDU klammheimlich fortsetzte, versuchte eine mehrheitliche Strömung der hessischen SPD mit ihrer Vorsitzenden Andrea Ypsilanti auf der Landesebene durch mehr bildungspolitische Chancengleichheit und einen Umstieg zu effizienterer

Energiepolitik einen Seitenausbruch links vom kapitalfrommen SPD-Kurs. Mit dem Konzept „soziale Moderne“****) erlangte Anfang 2008 die SPD dort wieder 37,6 % der abgegebenen Stimmen. Doch das von der Parteiführung abgenötigte Versprechen, keine Koalition mit der Linkspartei (5,1 %) einzugehen, die dadurch unter die Fünfprozenthürde gedrückt werden sollte, nutzte der rechte Parteiflügel mit Unterstützung der Medien zur politischen wie persönlichen Demontage der Spitzenkandidatin, sodass kein Regierungswechsel zustande kam. In Folge servierte das Spitzen-Duo Müntefering/Steinmeier den Parteivorsitzenden Kurt Beck gleich mit ab. Er konnte nicht einsehen, Koalitionen mit der Linkspartei im Westen zu verweigern, wo sie im Osten längst zum politischen Alltag

****) Dennoch ist das alles nicht besonders „links“. In einem Interview des „Freitag“ vom 12.11.09 lehnte Andrea Ypsilanti die Forderung nach der 30-Stunden-Woche ab. „Ich denke, dass man mit solchen Festlegungen auch nicht viel weiter kommt. Wir brauchen flexible Konzepte, Jahres- und Lebensarbeitszeitkonten und dergleichen.“ An gleicher Stelle favorisierte sie die „solidarische Bürgerversicherung“, eine Art Krankenvolksversicherung im Kapitalismus, in die alle einzahlen sollen. Versicherungskonzerne und diejenigen, die solche Versicherung nicht brauchen, werden es zu verhindern wissen. Den Glauben an Luftschlöser verbreiten und den Finanzierungsproblemen der gesetzlichen Krankenversicherung tatenlos zuschauen, ist schlicht fahrlässig. Nur mehr Beitragszahler erhöhen sofort die Geldzuflüsse – dies aber setzt generelle Arbeitsumverteilung voraus, die zu mehr Vollzeitbeschäftigung führt.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 165 Herbst 2009, 32 S.

- Nicaragua: Pragmatismus oder Verrat?
- Ein schwerer Verlust: Peter ist tot!
- „Wir bleiben hier. dafür kämpfen wir“
- „Septemberstreiks“ 1969
- Vor 25 Jahren: Bergarbeiterstreik in Großbritannien
- Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken
- Klassengesellschaft/Klassenverhältnisse
- Mit Demographie und Demagogie zur Demontage des Sozialstaats
- Internationalisten an den antifaschistischen Fronten

Nr. 164 Winter 2008/09, 36 S.

- Hilflos gegen die Krise
- Ruhe vor dem Sturm?
- Dunkle Wolken an Zentralamerikas Horizont
- Südkonferenz 2009 in München
- Zur Bundestagswahl
- Tschechische KP: Wie geht es weiter?
- Lateinamerika: Reform als Revolution
- Der Kaiser ging, der Führer ging – die Waffenschmieden blieben
- Perspektive für einen neuen Internationalismus
- Arbeitszeitverkürzung: Notwendiger denn je

Nr. 163 Frühjahr 2009, 44 S.

- Die Krise – und was zu tun ist
- „Die Stunde der politischen Ökonomie“
- Der Gipfel der Erbärmlichkeit
- Die Weltwirtschaftskrise verschärft sich dramatisch
- Streiks in Anlagen-Bau in Großbritannien
- Bewegt sich Uruguay weiter nach links?
- Vietnam – der etwas andere Sozialismus?
- Israel und Hamas haben gesiegt – und wer hat verloren?
- Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?
- November 1918 – Versuchte Revolution

Nr. 162 Winter 2008/09, 44 S.

- Krise: Das dicke Ende kommt erst noch!
- Der Metallabschluss – Kein fauler Kompromiss
- Unsere Jahreskonferenz
- Die soziale Kluft wird größer
- Kolumbien: Neue Achse Berlin – Bogota?
- Zeitgemäße Sozialismuskonzeption
- Spanien: 30. Jahrestag der Verfassung
- Novemberrevolution in München
- Salvador Allende. Eine Chronik

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

gehören. Dieses Platzhirschgehabe formaler Diktate, Parteienkonkurrenz von links aus dem parlamentarischen Revier zu quetschen, verfehlte schon beim Aufkommen der „Grünen“ in den achtziger Jahren das Ziel. Die Methode, mit Ausgrenzung und Diffamierung trotz schlechter Politik möglichst viel Mandate einzusacken, um reichlich Parteikarrieren und Finanzierungszuflüsse offen zu halten, erhielt am 27. September 2009 ihre Quittung: Die Zahl der Bundestagsmandate der SPD verengte sich von 222 auf 146! Dieser Umstand wird die Fraktionsdisziplin der Davongekommenen und Verbliebenen gewiss nicht lockern.

Der SPD-Parteitag in Dresden Mitte November wich dann auch nicht von der Grundlinie der Regierungsjahre seit 1998 ab. Es rückten jüngere Personen in die erste Reihe, denen eben nicht nur politische Hehlerei aus dieser Zeit nachzusagen ist. Vor allem weiter koalitionsfähig nach rechts bleiben – dieser Perspektive stehen höhere Hartz-IV-Regelsätze für Kinder, erweiterte Schonvermögen und längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für Ältere nicht entgegen. Ansonsten wenig neues, was der jetzige Vorsitzende Sigmar Gabriel dem *Tagesspiegel* vom 28.11.09 mitteilte: „Das Hauptproblem in unserem Land ist die seit Jahren sinkende Investitionsquote. Steuerliche Vorteile müssen den Unternehmen Anreize geben, mehr zu investieren. Das schafft Arbeitsplätze. Auch der Staat muss seine Investitionen eher noch ausbauen.“ Mit einer Schuldenbremse im Grundgesetz, für die sich die SPD eben gerade hergab? Und das niedrigere Unternehmenssteuern Arbeitsplätze schaffen – dieses „Erfolgsrezept“ findet ja seit 30 Jahren tüchtig Anwendung. Im Hinblick auf

die Bankenpolitik wurde Genosse Gabriel richtig heftig: „Eigentum verpflichtet, sagt das Grundgesetz. Das sollten wir mit Gesetzen konkretisieren. Wir kommen nicht weiter, wenn der Staat kein scharfes Schwert hat. Der Staat muss es ja nicht benutzen, aber er muss zeigen, welche Mittel er einsetzen wird, wenn sich der Bankensektor weiterhin so gemeinwohlschädigend verhält.“



Noch klammern sich weite Teile der bundesdeutschen politischen Linken an die Hoffnung, aus dem Ergebnis der anstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen eine SPD/Grüne/Linkspartei-Koalition als Etappensieg auf dem Weg zur Regierungsübernahme auch im Bund zu bilden. Zwei Hartz-IV-Parteien sollen zusammengehen mit einer Partei, die ihr neoreformistisches Profil über die Sozialpolitik von SPD und Grünen herausbildete.*****) Wenn auch kryptisch zugespitzt, weist der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der *FR* vom 9.11.09 bestimmten Parteien einen anderen Stellenwert in ihrer Funktion zu: „Die sozialdemokratische Partei ist die älteste Partei in Deutschland. Während ihrer gesamten Geschichte hat es immer Fragen nach der Entwicklung ihres linken Flügels gegeben. Das war schon in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik so. Die zukünftige Aufgabe der SPD

ist es, Wähler in Richtung Mitte zu finden. Das ist wichtiger als weitere 20 Jahre darüber nachzudenken, dass es alle möglichen Wurzeln in der Linken gibt, die wir nur mit den Buchstaben SED verstehen.“ Diese Aufforderung, alle möglichen Strömungen der Linken unter dem Dach der Linkspartei zu domestizieren – nach 1945 wurde ja von der KPD im Osten und von der

SPD im Westen fast alles aufgesogen – ist ein intelligenter Wunsch, die schärfer hervortretenden Klassenunterschiede über das parlamentarische Parteiengefüge im Zaum zu halten. Die bürgerliche Hegemonie des herrschenden prokapitalistischen Interessensblocks lässt sich so weder infragestellen noch aufbrechen. Der Unmut der unter Druck geratenen Bevölkerungsteile äussert sich vor allem in Wahlenthaltung. Die be-

triebene Sozialstaatsdemontage findet in enttäuschter Abwendung von der SPD, aber auch der CDU/CSU ihren Ausdruck. Die Distanz zur Linkspartei dürfte im Westen eher soziokulturelle Gründe haben. Ihre Aktivisten agieren aus einer Randszene heraus eher als Verliererpartei. Was könnte wenigstens Anteile des Nichtwählerblocks hindern, sich einem Programm für eine erneuerte soziale Republik zuzuwenden, das durch ein fortschrittliches Arbeitszeitgesetz mittels kurzer Vollzeit für alle (sechs Stunden täglich ohne Lohnverlust) mehr Beschäftigungschancen eröffnet und damit die Produktivkraftentwicklung endlich wieder mehr gesellschaftlich nützlich umsetzt? Sichere Daseinsvorsorge im Alter, bei Krankheit und Erwerbsausfall kann nur ein regulierter Gesamtarbeiter garantieren, indem alle Erwerbsfähigen unter angeglichenen Zeitstrukturen ihren Platz finden. Passiv dem Aufwachen einer SPD zuzuschauen, die den Leuten wieder was vormacht, ist Zeitvergeudung, bevor die rötlich-grün schillernden politischen Seifenblasen zerplatzen und die Resignation innerhalb der auf Lohnerwerb angewiesenen Bevölkerung weiter um sich greift.

*****) „Die Grünen stehen mitte-links. Aber wir lassen uns im Bundestag nicht so einfach in ein rot-rot-grünes Oppositionslager einordnen. Wir sind eine eigenständige Partei und machen eine eigenständige grüne Politik. Die Verstaatlichungspolitik und die unbezahlbaren Versprechungen der Linken machen wir nicht mit. Andererseits gibt es zum Beispiel in der Atom-, Umwelt- und Sozialpolitik natürlich auch viele Übereinstimmungen.“ Bärbel Höhn, Vize-Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, in: Berliner Zeitung vom 13.10.2009

Die Jahreskonferenz der Gruppe

Wie schon seit vielen Jahren üblich, fand die Jahreskonferenz der *Gruppe Arbeiterstimme* auch heuer wieder im Nachbarschaftshaus in Nürnberg statt. Obwohl der Termin kurzfristig auf den 17. und 18. Oktober verschoben werden musste, nahmen an beiden Tagen immerhin insgesamt 17 Teilnehmer an der Konferenz teil. Darunter waren, neben Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppe, befreundete Genossen aus Österreich und Großbritannien, ein Mitglied der *Gruppe Arbeiterpolitik*, ein Mitglied der Gruppe *International* aus Dorfen, sowie zwei Genossen der DKP, wobei der Genosse aus Nürnberg aus terminlichen Gründen nur am Sonntag teilnehmen konnte.

Mehrere Genossen und uns nahe Stehende waren aus verschiedenen Gründen verhindert.

Die Konferenz verlief in einer harmonischen Atmosphäre. Die einzelnen Referate werden wie immer in dieser Nummer der *Arbeiterstimme* in leicht geänderter Form abgedruckt. Die sich anschließenden Diskussionen fanden wieder in solidarischer und konstruktiver Art und Weise statt.

Zu Beginn der Tagung gedachten wir noch einmal unseres

vor wenigen Wochen verstorbenen Freundes und Genossen Peter aus München, dessen Tod für uns ein schwerer Schlag ist.

Dann erfolgte der Bericht zur politischen und organisatorischen Lage der Gruppe. Nachdem ein Anzahl von Teilnehmern die jeweilige Lage vor Ort geschildert hatten, kam es zu einer längeren Diskussion über die Frage, wie die Außenwirkung und Bekanntheit linker Gruppen allgemein und unserer Gruppe im besonderen verbessert werden könne sowie über eine bessere Zusammenarbeit im linken Spektrum.

Im Anschluss an den Kassenbericht fanden die Entlastung der alten und die Neuwahl der Redaktion statt.

Es erfolgte dann noch ein Bericht zur aktuellen Lage in Bezug auf die drohende Hinrichtung von Mumia Abu Jamal verbunden mit einem Appell, die laufenden Kampagnen und Aufrufe zu unterstützen.

Ein Hauptteil der Tagung stand unter den Ergebnissen der Bundestagswahl, die einen weiteren Schritt nach rechts bedeutet und deutliche Verschlechterungen für die abhängig Beschäftigten nach sich ziehen wird. Das wurde in dem Referat *Zur sozialen Lage* angesprochen. Hier waren

die Schwerpunkte Einkommensentwicklung in der BRD, Altersarmut, Umverteilung, Rolle der Gewerkschaften, Zustand der IGM und das Grundeinkommen

Nach ausführlicher Diskussion schlossen wir den innenpolitischen Teil der Jahreskonferenz ab und wandten uns der Außenpolitik zu.

Hierzu hielt ein Genosse einen Vortrag zu den Vorfällen in Honduras der den Titel trug *Darf in Lateinamerika jetzt wieder geputscht werden?* Der Untertitel war *Deutungen und Spurensuche zwischen Honduras und hierzulande*. Der Referent bezeichnete das Ganze als eine Schmierentragödie und zeigte die bedeutende widerliche Rolle der FDP mit ihrer Friedrich Naumann Stiftung in Honduras auf. Er ging dabei auch auf eine neue Lateinamerikapolitik der USA ein, die nichts Gutes erwarten lässt.

Am Sonntag berichtete ein Genosse über seine Eindrücke, Erfahrungen und Erlebnisse seiner Reise nach China. Dem schloss sich eine lebhaft Diskussions über die Situation und die Zustände dort und ihre Einschätzung an.

Im letzten Beitrag unserer Jahreskonferenz berichtete unser Genosse aus England vom überraschenden Aufstieg der BNP in Großbritannien.

Die Referate der Jahreskonferenz drucken wir wie üblich in leicht überarbeiteter Form in dieser Nummer ab.



Als eine praktische Form der internationalen Solidarität führten wir auch dieses Jahr wieder eine Sammlung für Kuba durch, die 530 Euro ergab. Wir unterstützen damit wieder die österreichische Aktion „Ein Container für Kuba“ Die Sachen werden direkt an Schulen, Waisenhäuser, Sportvereine usw. verteilt. In Österreich besteht eine ganz andere Akzeptanz für Kuba als in Deutschland.

Zur Lage der Gruppe

Die hinderlichen Bedingungen für die Weiterentwicklung linker Gruppen haben wir in den letzten Jahreskonferenzen ausführlicher behandelt, so dass wir nicht näher darauf einzugehen brauchen. Nur einige Stichworte zur Erinnerung: Der Niedergang kommunistischer und sozialistischer Gruppen wird verursacht durch das Fehlen einer Klassenbewegung bzw. durch das Verschwinden der Reste von Klassenbewusstsein. Abwehrkämpfe wie gegen Sozialabbau und Betriebsschließungen, gegen die Kriegspolitik, gegen die Atomkraftwerke, gegen die Globalisierung, gegen die verhängnisvolle Klimapolitik usw. hatten und haben keinen systemsprengenden Effekt. Meist sind sie isolierte Bewegungen, zum Teil von nicht anhaltender Kraft. Sie haben auch unserer Gruppe keine neuen Kräfte zuführen können. Soweit letzteres überhaupt erfolgte, wurde dadurch der Aufschwung der Partei „Die Linke“ gestärkt. Das ist ein historischer Fortschritt, man braucht nur die italienischen Zustände damit vergleichen, auch wenn inzwischen über den linkssozialdemokratischen Charakter dieser Partei kein Zweifel mehr besteht. Doch hat das auch einige Kräfteabwanderungen bei linken Gruppen verursacht. Eine sozialistische Perspektive hat diese Partei nicht. Auch der anhaltende Niedergang der Gewerkschaften trägt nicht zur Stärkung sozialistischer Gruppen bei.

Mit dem Ausbruch der Finanz- und Überproduktionskrise haben wir nun seit 2008 eine neue politische Situation. Vor einem Jahr haben wir uns gefragt, welche Auswirkungen das auf linke Gruppen haben würde. Nun müssen wir feststellen, dass diese tiefe Krise des Kapitalismus diesen Gruppen keinen neuen Aufschwung gebracht hat. Das rührt daher, dass die Masse der Lohnabhängigen bisher die volle Auswirkung der Krise und die Kosten für die oberflächlichen Gegenmaßnahmen im Allgemeinen noch nicht zu tragen hatte. (siehe die Politik der Kurzarbeit und aufwendige Krisenprogramme) Das

kann sich bald ändern, angesichts der Defizite und Auftragsrückgänge. Gesellschaftlich relevante Bewegungen kommen erst auf, wenn die Menschen fühlbare Einschnitte hinnehmen müssen. Fehlt auch noch die Tiefe der sozialen Betroffenheit, so haben, zumindest bei jenen, die aufnahmebereit sind, die theoretischen Auseinandersetzungen über die Krise und die Systemfrage einen größeren Stellenwert als bisher. Ohne allzu viel zu erwarten: Wenn Sozialisten und Kommunisten dies nicht zur Demaskierung des kapitalistischen Systems nutzen, wer dann und wann denn? Wir müssen dies weiterhin mit unserer Zeitschrift tun, bei allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, vor allem nach dem Tod von Peter. Im Gegensatz zu uns, die wir titeln, „*Hilflos in der Krise*“, glaubt ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, die Regierung habe gute Krisenbewältigungsarbeit geleistet und die Krise sei fast schon vorüber. Ähnlich ist es mit den Krisenursachen. Selbst viele Wähler der Linkspartei lassen sich von den systembedingten Ursachen ablenken und glauben der Propaganda von den gierigen Bankern und Spekulanten, die allein an allem schuld seien.

Auch wenn noch keine Konsequenzen gezogen werden, so ist zumindest der Mythos Kapitalismus angekratzt. Wir sollten weiter Salz in diese Wunde streuen! Auch die weltpolitischen Rahmenbedingungen haben sich entgegen mancher Erwartungen nicht wesentlich verändert. Wenn sich überhaupt die Obama- von der Bush-Politik nicht nur in der Form, sondern auch inhaltlich unterscheidet, die Kapitalistenklasse in den USA zeigt umgehend, wer dort wirklich die Macht hat. Die neue schwarz-gelbe Bundesregierung wird noch folgsamer die imperialistische Außenpolitik der USA unterstützen, mitsamt den Kriegen und Interventionen.

Das Ergebnis der Bundestagswahlen hat unterstrichen, dass die Krise in der Gesellschaft erst einmal eine Rechtswendung nach sich zieht, die auch innenpolitisch für mehr Re-

pression steht. Kein gutes Klima, den Niedergang der linken Gruppen aufzuhalten.

Die linken Gruppen in der Dauerkrise

Die natürliche Schrumpfung der Gruppen durch Alter und Tod kann nur durch Neuzugang aufgehalten werden. Bei den geschilderten ungünstigen Bedingungen bleibt dieser Neuzugang aus. Bis die Alternative Sozialismus an die Stelle eines angeschlagenen Kapitalismus, bei der belastenden Vergangenheit des Sozialismus, wieder angenommen wird, muss in der Konsumgesellschaft vieles Bestehende wegbrechen. Diese Zeit ist noch nicht gekommen. Es ist nicht mal mittelfristig eine Kraft zu erkennen, die eine Politikänderung, geschweige denn einen Systemwechsel herbeizuführen imstande wäre. Die Folgen für die linken, revolutionären Gruppen stellen sich ein: Sie kommen als Organisationen in die Krise.

Da geht es um Mitgliederschwund, zunehmende Inaktivität, Überalterung und Geldmangel. Deshalb rufen zum x-ten Mal die Gruppen zu Spenden auf, um zumindest ihr Partei- oder Gruppenorgan weiterführen zu können. So appellierte die SoZ schon vor einiger Zeit an ihre Leser und berichtete von einer Schuldenlast von 6.000 Euro, die abgetragen werden muss. Das *Neue Deutschland* schrumpfte inzwischen auf 38.800 verkaufte Exemplare. Der Verlust für den Verlag hat sich damit auf 400.000 Euro aufgetürmt.

Die bedeutendste kommunistische Gruppierung, die DKP, ist nicht nur politisch in einer Krise, wie die Flügelkämpfe um das Schlagwort des „*Revisionismus*“ zeigen. Die Partei ist auch kräftemäßig und finanziell so angeschlagen, dass bald eine Entscheidung getroffen werden muss. Monat für Monat wird der aktuelle Schuldenberg von 150.000 Euro größer, ohne dass eine Besserung in Sicht wäre. Die UZ, das Organ der Partei, mit einer schwindenden Auflage von 5.400 Exemplaren, muss entweder eingestellt werden, nur noch 14-tägig erscheinen, fusionieren oder die Parteileitung muss sich nur noch auf die Zeitung konzentrieren. Wie sehr die

finanzielle Lage mit dem politischen Niedergang zusammenhängt, zeigt eine andere Zahl: Nur 1.700, nicht mal die Hälfte der 4.000 Mitglieder, sind Abonnenten der UZ! Die Masse der UZ-Leser wiederum ignorierte den dringenden Hilferuf der Parteiführung. So erschienen in den darauf folgenden Nummern nur sehr wenige Leserschriften, die meist auch keine Vorschläge zur Verbesserung der Misere brachten. Man hatte den Eindruck, als würde man die Misere gar nicht ernst nehmen. Wie denn auch, ist doch die Krise zutiefst politisch. Muss doch der Chefredakteur indirekt zugeben, dass die Mehrheit ihrer 4.000 Mitglieder aus Parteileichen besteht; „dass es von den 4.000 Mitgliedern unserer Partei nur 1.300 Mitglieder gibt, die willens oder in der Lage sind, offensiv politisch zu wirken“. Schon vor einem Jahr mussten wir in der Arsti über die Konsequenzen berichten, die der vortragende Sekretär Christian Koberg zog: „Wenn wir keine Änderung schaffen, steht ernsthaft unsere Parteieigenschaft in Gefahr.“ Die Parteiführung hat auch den Ausgang der Kommunalwahlen in NRW als „herben Misserfolg“ bezeichnet. Die Partei Die Linke konnte dagegen 2.000 Mandate erringen, bei gerade mal 8.000 Mitgliedern. Bei der Bundestagswahl erhielt die DKP, die in Berlin kandidierte, dort ganze 0,1% der Stimmen, trotz der miserablen Politik der Liebich und Konsorten. Auch die MLPD, die bundesweit antrat, verlor ein Drittel ihrer Zweitstimmen.

Man kann wohl sagen, was die Krise des Kapitalismus in der Bevölkerung schon aufgewirbelt hat, ist in der Breite und Tiefe noch begrenzt. Politisch wird das mit dem Aufschwung der Linkspartei und ihrer reformerischen Ausrichtung voll abgedeckt. Das geht auch auf Kosten der radikalen Linken; wir sind alle davon betroffen. Bei einer Verschärfung der Systemkrise kann sich das ändern, aber es kann auch die rechtsradikale Gefahr stärker werden.

Auch wenn die marxistische Linke sich in einer sich verschärfenden Krise befindet, dürfen sich Lähmung und politisches und ideologisches Kapitulantentum nicht breit machen. Diese erste Phase der gesellschaftlichen Krise muss durchgestanden werden, auch wenn wir personell daraus keinen Vorteil ziehen

können. Gelingt das nicht, haben wir von vornherein den Kampf um Herzen und Hirne der Menschen in einer aufkommenden Bewegung verloren. Kommt etwas in Gang, wird bloßes Interessen- und Gewerkschaftsbewusstsein nicht mehr im Sinne sozialistischer Veränderungen weiterführen. Es gilt deshalb an der Entwicklung bzw. Förderung von Klassenbewusstsein und Geschichtsbewusstsein weiterzuarbeiten.

Wir haben dafür als Gruppe nicht viele andere Möglichkeiten als unsere Zeitung, die sich den geschilderten politischen Zuständen nach, vor allem an bereits politisierte Linke und linke Gewerkschafter wendet.

Obwohl wir als Gruppe manche Mängel aufweisen und weit unterbesetzt sind, haben wir in den letzten zwei Jahren die selbstgesteckten Aufgaben erfüllt. Wir konnten wieder vier Hefte im Jahr herausgeben, mit durchschnittlich 41 Seiten. Die eigenen Artikel kamen von 26 Autoren. Die Nachdrucke machten 13% aus.

Neben der Jahreskonferenz haben wir das Wochenend-Seminar in München nun zur ständigen Einrichtung gemacht. Wir führen es immer wieder zusammen mit der Gruppe International Dorfen durch und möchten auch die gute Zusammenarbeit mit diesen Genossen hervorheben. Mit der Gruppe Arbeiterpolitik sind wir weiter in Verbindung über die Berliner Genossen, auch mit dem Marxistischen Forum Leipzig.

Um unseren aktiven Kreis wird es immer enger

Wir werden uns auch dieses Jahr wieder an der Linken Literaturmesse in Nürnberg beteiligen. Die finanzielle Lage der Gruppe hat sich weiter verschlechtert. Viele unserer treuen Abonnenten von einst sind durch Tod oder Krankheit ausgeschieden. So wird es immer schwieriger die laufenden Kosten zu bewältigen. Dank an alle, die unermüdlich mitarbeiten, und Dank für die Opferbereitschaft. Doch können wir die nächste Zeit nur durchstehen, wenn wir enger zusammenrücken, vor allem nach dem Tod von Peter, wenn wir besser kooperieren und wenn die Einzelnen sich noch ein Stück mehr einbringen als bisher!

Anzeige



**Abschaffung der
Todesstrafe!
Weltweit!**

**Freiheit für
Mumia Abu-Jamal!**



ROTE HILFE e.V.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Kontonummer: 19 11 00 - 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund
Stichwort: Mumia

www.mumia-soli-muenchen.tk
www.mumia-hoerbuch.de
www.rote-hilfe.de

Darf in Lateinamerika wieder geputscht werden?

Deutungen und Spurensuche zwischen Honduras und hierzulande

Warum lohnt sich ein Blick auf die Homepage der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNS) um etwas über die aktuelle Entwicklung in Lateinamerika zu erfahren?

Da heißt es erst mal ganz allgemein und unverfänglich: *„Mit allen Kräften für eine liberale Welt: Dafür ist die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Rahmen ihrer internationalen Arbeit in aller Welt im Einsatz. Wir fördern den Aufbau demokratischer, marktwirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, damit immer mehr Menschen in liberalen, demokratischen Gesellschaften leben können. Das Kernanliegen der Stiftungsarbeit im Inland und international ist die Verwirklichung von Freiheit und Verantwortung. In diesem Sinne unterstützen wir unsere Partner weltweit bei der Erarbeitung individueller Problemlösungen.“*

Wie die Unterstützung bei individuellen Problemlösungen im Sinne der FNS aussehen kann, dafür steht das mittelamerikanische Land Honduras, ein Fleck dieser Erde, der in der gängigen Medienwelt in der Regel nicht vorkommt. Die Partner der FNS sind in der liberalen Internationale organisiert. Gesteuert wird die FNS von Deutschland aus und sie lässt sich als FDP-nahe Stiftung bezeichnen, was den Sachverhalt beschönigt, denn es gibt eine inhaltliche wie personelle Identität mit der FDP. Nur finanzieren lässt sie sich – wie die übrigen Parteistiftungen auch – über Steuermitteln und das nicht zu knapp. In Lateinamerika ist die bedeutendste und erfolgreichste Partnerorganisation der FNS die „Partido Liberal de Honduras“, die seit 2005 mit Manuel Zelaya als Präsidenten die Regierung stellt. Aber das ist inzwischen für die FNS bzw. die FDP ziemlich kompliziert. Denn das Land verfügt seit Ende Juni über zwei Präsidenten, einen gewählten und einen sog. de-facto Präsidenten

und beide sind Mitglieder dieser liberalen Partei.

Putsch mit legalem Anstrich

Bereits in den Nachtstunden des 28. Juni waren Einheiten des honduranischen Militärs in die Residenz des Präsidenten Manuel Zelaya eingedrungen und hatten ihn noch im Schlafanzug – um der Demütigung die Krone aufzusetzen – auf den US-amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Soto Cano Air Base in Palmerola verbracht und von dort aus nach Costa Rica ausgeflogen. Diese Air Base, die 1981 unter dem US-Präsidenten Reagan in Betrieb genommen worden war, um die gegen Nicaragua operierenden Contra-Banden zu steuern, ist illegal, da die Verfassung die ständige Präsenz ausländischer Streitkräfte im Land verbietet. Um dem Putsch einen legalen Anstrich

zu geben, verlas man im Parlament ein gefälschtes Rücktrittsgesuch und ließ den Parlamentspräsidenten, den Transportunternehmer Roberto Micheletti, der in der Partido Liberal ein parteiinterner Widersacher Zelayas ist, zum Interimspräsidenten wählen. Weltweite Empörung war die Folge. Nicht so bei „unserem“ FNS/FDP-Präsidenten in der Hauptstadt Tegucigalpa, dem Regionaldirektor Christian Lüth. In einem „Bericht aus aktuellem Anlass“ fasste er die wesentliche Aussage vorab zusammen: *„Honduras` abgesetzter Präsident Mel Zelaya sieht sich als Opfer eines von langer Hand geplanten Militärputsches. Dabei ist es mehr als fraglich, ob der Machtwechsel in Honduras überhaupt etwas mit einem Militärputsch zu tun hat.“* Lüth hätte auch ganz kurz und lapidar schreiben können: Der Staatsstreich war gar kein Militärputsch. Denn Herr Lüth ist mehr als nur ein kommentierender Beobachter der dramatischen

Erklärung gegen die Position der Friedrich-Naumann-Stiftung in Honduras

In Folge dokumentieren wir eine Erklärung von gut 30 lokalen Mitarbeitern - Volontären und ehemaligen Stipendiaten - der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung. Die Unterzeichner wenden sich darin gegen die Unterstützung der deutschen Stiftung für das international isolierte Putschistenregime unter Führung von Machthaber Roberto Micheletti.

Moderatoren und ehemalige Stipendiaten Friedrich-Naumann-Stiftung, Honduras

Tegucigalpa, Oktober 2009

Sehr geehrte Mitglieder der Friedrich-Naumann-Stiftung in Deutschland und Honduras, in Bezug auf den Staatsstreich vom 28. Juni 2009, der mit einer militärisch erzwungenen und illegalen Ausweisung von Manuel Zelaya Ro-

sales, dem vom Volk demokratisch und frei gewählten Präsidenten der Republik Honduras, einhergehend, erklären wir Moderatoren (1) und ehemaligen Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung in Honduras: Mit enormer Besorgnis und Ablehnung haben wir Informationen über die Hilfe zur Kenntnis genommen, welche die Friedrich-Naumann-Stiftung „für die Freiheit“ den Putschisten in Honduras hat zukommen lassen. Dieses Vorgehen begründet sich in der deutlichen Unkenntnis über die Umstände und die Realität der Geschehnisse in Honduras und es widerspricht der Meinung der Mehrheit des honduranischen Volkes, dem Liberalismus in Honduras sowie der Haltung der gesamten internationalen Gemeinschaft. (...) Das Putschregime unter Füh-

Vorgänge. Harald Neuber wies am 7. Juli auf einige Details hin, die eine aktive Verstrickung der Stiftung in die Putschvorbereitung erkennen lassen: „Nach dem Sturz Zelayas wurde deutlich, dass die liberale Organisation weit aus tiefer in den Putsch verstrickt ist, als bisher bekannt war. Auf der Internetseite der FNS berichtet eine lokale Mitarbeiterin, Rosbinda Sabillón, von dem Aufbau der Jugendorganisation ‚Generación por el cambio‘ (Generation für den Wandel). Mit Hilfe der Naumann-Stiftung hätten die jugendlichen Aktivisten vor dem Umsturz auf dem Zentralplatz von Tegucigalpa im Rahmen einer politischen Aktion die 479 Artikel der geltenden Verfassung verlesen. Das Event war als Protest gegen die erwogene Änderung des Grundgesetzes geplant – und wurde von vornherein von aggressiver Rhetorik der Stiftung flankiert: ‚Von jetzt an wird die Bevölkerung den Mut haben zu sagen, dass der von uns allen gewählte Präsident Manuel Zelaya (...) ein Vaterlandsverräter ist‘, schrieb FNS-Mitarbeiterin Sabillón über die Politaktion.“

Zelaya: Vom Mann der FDP zur Unperson

Zelaya hat in honduranischen FDP nahen Kreisen nicht immer als Vaterlandsverräter gegolten. Sonst

hätte ihm die FDP während seiner Präsidentschaftskandidatur nicht den deutschen Politikberater Peter Schröder zur Seite gestellt. Schröder, der von 1971 bis 1982 für die FDP tätig gewesen war, bekleidete zuletzt in der Bundesgeschäftsstelle die nicht unbedeutende Position eines Abteilungsleiters. Nach Angaben der Stiftung waren die FDP-Leute im Wahlkampf so aktiv, dass lt. der bereits erwähnten Rosbinda Sabillon im Parlament 39 durch die FDP-Stiftung geschulte Abgeordnete vertreten waren und vier Minister sowie vier stellvertretende Minister über eine enge Stiftungsanbindung verfügten. Hätte es in Honduras keinen Putsch gegeben, wären diese Aktivitäten einer relativ kleinen deutschen Partei wohl kaum ans Licht der Öffentlichkeit gelangt. Wie kam es nun zum Zerwürfnis zwischen den honduranischen Präsidenten Zelaya? Marina Schuster, MdB und Fachsprecherin der FDP für Globalisierungspolitik erklärt es so: „Zu Beginn seiner Regierungszeit hatte Zelaya (...) auch die Unterstützung der Liberalen in Deutschland. Allerdings wandelte sich der Regierungsstil bereits nach kurzer Zeit von einer liberalen zu einer linksorientierten Politik. Der Präsident versuchte anfangs mit Ländern wie den USA zu kooperieren, wandte sich aber immer stärker seinen la-

teinamerikanischen linksregierten Nachbarn zu.“ Das kann eine so bedeutende Partei wie die FDP nicht durchgehen lassen! Auch der ehemalige FDP-Vorsitzende und jetzige Chef der Naumann-Stiftung, Wolfgang Gerhard, nahm sich der Sache an und meinte herausgefunden zu haben, Präsident Zelaya habe verfassungswidrig versucht sich eine zweite Amtszeit zu sichern, und behauptete, dieser habe in Honduras seine „moralische Autorität“ verloren. Weil aber die FNS und mit ihr die FDP wegen der Rechtfertigung des Putsches immer mehr Kritik auf sich zog und damit auch der neue deutsche Außenminister Westerwelle beschädigt werden konnte, lud die FNS für den 5. August sog. Experten zur aktuellen politischen Krise in Honduras nach Berlin „im Bemühen um mehr Objektivität und eine differenziertere Darstellung der Ereignisse.“ Die geladenen Gäste, sämtlich uneingeschränkte Befürworter des Putsches, die nicht einmal in den USA ein Einreise-Visum erhalten hätten, repräsentierten die beiden führenden Parteien PL und PN und den sog. Privatsektor. Somit war die herrschende Oligarchie dreifach vertreten. Für Ausgewogenheit sollte der offizielle Menschenrechtsbeauftragte von Honduras dienen. Er wies, wie nicht anders zu erwarten war, „den Vorwurf systematischer Menschenrechts-

runge von Roberto Micheletti Bain hat die Wege vollends verlassen, die von der honduranischen Gesellschaft in den vergangenen 27 Jahren der Demokratie beschritten wurden, da es gebotene juristische Prozesse verletzt und der totalen Korruption im öffentlichen Wesen Vorschub leistet, indem die Justiz, die Legislative und das Militär dem Dienst bestimmter oligopolistischer und monopolistischer Wirtschaftsgruppen untergeordnet wird, die Reichtum anhäufen, ...(...)Es scheint, dass die Friedrich-Naumann-Stiftung ihre Objektivität verloren hat, indem sie in den Einfluss kleiner Phantomgrüppchen und Organisationen der extremen Rechten in Lateinamerika geraten ist, die Faschismus und Nazismus näher stehen als dem Liberalismus.(...) Was in Honduras geschieht, hat nichts mit Hugo Chávez zu tun. Es ist das Resultat der Herrschaft einer kleinen Wirtschaftselite,

deren Mitglieder sich für die Besitzer des Landes halten. Sie sind es, die sich von den Prozessen bedroht fühlen, die sie dazu zwingen würden, für einen freien Markt zu arbeiten, statt den Staat dazu zu benutzen, die Marktkonkurrenz auf nationaler und internationaler Ebene zu kontrollieren, gegen alle Prinzipien des Liberalismus. (...) Wir wissen nicht, wie es in Deutschland aufgefasst wird, dass die Fonds der Stiftung unter anderen dafür verwendet werden, eine Reise von Putschisten und Menschenrechtsverletzern nach Europa zu finanzieren oder einen Wahlprozesses in Honduras zu unterstützen, der die wahrhaftige Ausübung der demokratischen Rechte nicht garantiert. Wir erklären, dass wir, die große Mehrheit der Moderatoren und ehemaligen Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung in Honduras, gegen den Staatsstreich in Honduras sind. (...)Wir verurtei-

len alle Exmoderatoren und -stipendiaten, die Posten in der Putschregierung akzeptiert haben, die den Bruch mit dem Rechtsstaat weiter unterstützen und die – entgegen der Freiheit und Demokratie – dem Militär wieder eine entscheidende Rolle in der nationalen Politik zugebilligt haben. Wir lehnen die Position des Lokalbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung in Honduras ab, das es vorgezogen hat, sich den Putschisten anzubiedern, um sich das Wohlwollen dieses Regimes zu sichern. .

Mit freundlichem Gruß
Ehemalige Stipendiaten und Moderatoren der Friedrich-Naumann-Stiftung

(1) Als „Moderatoren“ werden lokale Volontäre der Friedrich-Naumann-Stiftung bezeichnet.

Von Redaktion amerika21.de Übersetzung und Bearbeitung: Harald Neuber

verletzungen durch die Regierung Micheletti entschieden zurück.“ Wäre er eingeladen worden, wenn er das nicht getan hätte? Einer der Moderatoren des Gesprächs war Christian Lüth.

Der holländische Pirat

Wie ausgewogen das Verhältnis der Liberalen zu den Vorgängen in Honduras ist, zeigte sich zuletzt, als zwei Wochen vor der Präsidentenwahl in Honduras der Putschpräsident Micheletti zu einem der Vizepräsidenten des internationalen Zusammenschlusses der liberalen Parteien gewählt wurde. Das Ergebnis der Wahl wurde ihm vom Präsidenten dieser Internationale, dem Niederländer Hans van Baalen mitgeteilt, nachdem dieser das Nachbarland Nicaragua gezwungenermaßen hatte verlassen müssen. Van Baalen soll sich massiv in die Innenpolitik Nicaraguas eingemischt und bei einem Gespräch mit hochrangigen Militärs die Möglichkeiten eines Putsches ausgelotet haben. Zumindest wurde das von Präsident Ortega so interpretiert und zum Anlass genommen, den „holländischen Piraten“ des Landes verweisen zu lassen. („Bedreigt, beschimpft, uitgemaakt vor Hollandse piraat.“ HvB). Anlässlich einer Debatte im Europaparlament bestätigte die deutsche FDP-Abgeordnete Gesine Meißner nicht nur die Stoßrichtung der Gespräche, indem sie äußerte: „Es wurde gesagt, dass Herrn van Baalen vorgeworfen worden ist, jetzt über einen Staatsstreich diskutiert haben zu sollen, und deswegen wurde er des Landes verwiesen.(...) Das ist, wenn es in der Öffentlichkeit geschieht, in keinster Weise – ja, das ist doch so! – das ist doch nichts, wo man sagen kann, deshalb muss jemand des Landes verwiesen werden, nur weil diskutiert wird!“ Auch in den Niederlanden ist der Europaabgeordnete der Liberalen Van Baalen seit Jahren kein Unbekannter. Er war lt. jW vom 20.11.09 „in seiner Studentenzeit offenbar Anhänger der Neo-Nazi-Partei *Nederlandse Volks-Unie*“ und musste einmal den „gerade errungenen Sitz im niederländischen Parlament aufgeben“, da eine frühere „Faszination für Nazi-Deutschland“ bekannt wurde.

Ignacio Ramonet, Direktor der Zeitung *Le Monde Diplomatique*, weist Unterstellungen, wie sie vom Spitzenpersonal der FDP in die Welt gesetzt werden, glaubwürdig zurück,

indem er die Faktenlage benennt: „Manuel Zelaya hat keinen einzigen Artikel der Verfassung verletzt oder übertreten. Er hat auch kein Referendum organisiert. Noch wollte er sein Mandat, das am 27. Januar 2010 abläuft, verlängern. Seine Absicht war es, ein unverbindliches Plebiszit zu starten und die Bürger seines Landes zu fragen: Sind Sie einverstanden, dass bei den allgemeinen Wahlen Ende November 2009 eine vierte Wahlurne aufgestellt wird, mit der entschieden werden könnte, ob eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen werden soll mit dem Auftrag, eine neue Verfassung auszuarbeiten.“ (Freitag, 20.8.09) Zelaya hatte nie vor, zu den geplanten Wahlen im November 2009 selbst als Kandidat anzutreten. Erfolgte also der Putsch wegen einer Frage, deren Beantwortung verhindert werden sollte? Natürlich nicht. Warum wurde dann wirklich geputscht? Ramonet: „Weil Honduras noch immer Eigentum von etwa 15 reichen Familien ist, die praktisch alles kontrollieren, von der Exekutive angefangen über das Parlament bis hin zur Justiz.“

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt der Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, Peter Burghardt: „Eine Elite von rechtskonservativen Geschäftsleuten klammert sich an ihre Interessen, der Transportunternehmer Micheletti ist ihr Strohmann und Zelaya ihr Feind.“ (SZ, 29.9.09) Als Präsident hatte sich Zelaya zum Reformen entwickelt, der die feudale Rückständigkeit des Landes beseitigen wollte, den Mindestlohn von 126 Euro auf 202 Euro angehoben hatte und die Privatisierung bremste. Er legte sich mit Bananen- und Pharmakonzernen an. Letzteren passte es ganz und gar nicht, dass ein Vertrag über die Lieferung von Generika mit Kuba abgeschlossen wurde. Für die für jegliche Veränderung abgeneigte Oligarchie wurde er zum Klassenverräter. Der Beitritt zu Petrocaribe und zur Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres America (ALBA) war der endgültige und unverzeihliche Sündenfall. Der Beitritt war nicht zuletzt die Folge eines Konfliktes zwischen der Regierung und dem Oligopol der Ölkonzerne Chevron, Exxon Mobil, Shell und Dippsa. Die Regierung hatte auf das Mittel einer öffentlichen Ausschreibung zurückgegriffen und sich deswegen den Vorwurf eingehandelt, gegen die Spielregeln der Marktwirtschaft verstoßen zu haben.

Und wie bewerten zwei weitere Stiftungen den Putsch?

Ähnlich wie bei der Naumann Stiftung erfolgte die Wertung des Vorgangs durch den Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die den CDU-Standpunkt vertritt. Die KAS hat im Unterschied zur FNS kein Büro in Tegucigalpa. Deshalb äußerte sich der Vertreter aus der Niederlassung in Guatemala namens Tjark Marten Egenhoff. Er schrieb am 29. Juni in einem Bericht über den Umsturz, der Nationalkongress in Tegucigalpa habe „in einem Ausdruck von Geschlossenheit über jegliche Parteigrenzen hinweg den Weg für eine neue Regierung unter (...) Micheletti“ freigemacht. Dass dissidenten Abgeordneten die Teilnahme an der Sitzung verwehrt wurde, ist nicht bis zu Herrn Egenhoff durchgedrungen.

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, den Bericht mit dem der an der SPD orientierten Friedrich-Ebert-Stiftung zu vergleichen. Eine Sarah Ganter, die SPD Frau vor Ort, stellt unter der Überschrift „Ein Putsch – ist ein Putsch – ist ein Putsch: Hintergründe des gewaltsamen Umsturzes in Honduras“ unmissverständlich fest: „Die gewaltsame Absetzung des honduranischen Präsidenten durch das Militär entspricht einem Staatsstreich und ist als solcher zu verurteilen.“ „Aus juristischer Sicht“ sei das Verhalten des Putschpräsidenten „Micheletti und seiner Anhänger nicht zu rechtfertigen.“ Außerdem sei „der Putsch nicht nur durch juristische Unzulässigkeit gekennzeichnet“, er stelle sich auch „aus politischer Sicht als hochgradig ungeschickt dar“. Hätte eine geschicktere Vorgehensweise der Zelaya gegner somit das Placet der Sozialdemokratie bekommen? Vermutlich ja, denn in der Gegnerschaft zum Projekt ALBA sind sich die deutschen Stiftungen einig.

Was wiederum nicht verwundern sollte, denn in der Zielrichtung unterscheidet sich „das Wirken“ der drei Parteistiftungen in Honduras wie in anderen lateinamerikanischen Ländern nicht wesentlich. Sie arbeiten in der täglichen Praxis eng zusammen und verstehen sich als Wegbereiter und Türöffner des deutschen Kapitals in diesen Ländern. Bevorzugt pflegen sie den Kontakt zu politischen Kräften aus dem konservativ bzw. wirtschaftsliberalen Lager und geraten deshalb schon mal in engeren Kontakt mit po-

litischen Gruppierungen, die einem Militärputsch gegen eine fortschrittliche Regierung das Wort reden und Taten folgen lassen. So war im April 2002 beim beinahe erfolgreichen Umsturzversuch gegen Präsident Chavez auch die Partei Primero Justicia involviert, die seit 2001 von der Kanrad-Adenauer-Stiftung gefördert wurde. Falsch wäre es jedoch, diesen Stiftungen generell eine Vorliebe zu dieser Form von Regime Change zu unterstellen. Die Realität ist komplizierter. Sie hätten schon lieber, dass der demokratische Schein gewahrt wird. Was aber auch nicht zu übersehen ist: Im ausführlichen Bericht über den Putsch von Sarah Ganter findet sich keine Äußerung, die als Sympathie für den gestürzten Präsidenten interpretiert werden könnte. Ihre Sorge gilt dem Umstand, dass „die Ereignisse der vergangenen Wochen das Vertrauen in die staatlichen Institutionen nachhaltig zerstört haben.“ Denn durch ihr Vorgehen habe „die honduranische De-facto-Regierung das Land destabilisiert, alle zuvor vorhandenen internationalen Sympathien verspielt und Honduras in die internationale Isolation geführt.“ Der Putsch kam insofern auch ungünstig, weil sich die Verhandlungen der zentralamerikanischen Staaten mit der EU um ein Assoziierungsabkommen in einer entscheidenden Phase befanden und sich für die EU durch eine Intervention der nicaraguanischen Regierung und den Wahlsieg der salvadorischen Linksfrente FMLN komplizierter gestalteten als ursprünglich angenommen. (vgl. ARSTI Nr.164, S.15 ff) Ob nun der Putsch das Vordringen der EU in Mittelamerika behindern sollte, ist derzeit nicht zu belegen.

Undurchsichtige Rolle der USA

Was die Rolle der US-Behörden beim Putsch betrifft, gibt es divergierende Einschätzungen. Der Journalist und Anthropologe Leo Gabriel, der Ende Juli als Vertreter des Weltsozialforums an einer Menschenrechtsmission in Honduras teilgenommen hat, erwähnt eine Begegnung mit dem US-Botschafter in Honduras: „Als der US-amerikanische Botschafter Hugo Llorens, ein in Miami aufgewachsener Exilkubaner, den Namen seines Vorgängers John Negroponte hört, verdreht er die Augen. John Negroponte war lange Jahre Bot-

schafter in Tegucigalpa und hat von dort aus während der 80er Jahre den ‚schmutzigen Krieg‘ gegen die zentralamerikanischen Revolutionäre organisiert. (...) Jetzt aber sei alles anders geworden, sagt Llorens und fügt mit einem breiten Grinsen hinzu: ‚Ich freue mich über die Proteste da draußen, denn es kommt nicht oft vor, dass wir dieselben Ziele haben wie die Demonstranten.‘ Tatsächlich haben die USA unter Präsident Barack Obama nicht nur die Militärhilfe, sondern inzwischen auch sämtliche Nettozahlungen für das Putschregime eingestellt und versichert, dass sie die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen nicht anerkennen werden, wenn Präsident Zelaya nicht zurückkehrt.“

Leo Gabriel neigt der Einschätzung zu, die man häufiger bei kritischen Journalisten antrifft, die US-Administration sei in zwei Fraktionen zu unterteilen. Die Obama-Leute, die mit Putschstrategien nichts am Hut hätten und eine aus der Republikanerzeit noch vorhandene Clique um John Negroponte, die die neue Lateinamerikapolitik des Präsidenten zu boykottieren versuche.

Dieser Einschätzung widerspricht z.B. die US-Juristin venezolanischer Abstammung, Eva Golinger, die sich seit dem Putsch gegen Chavez im Jahr 2002 intensiv mit Einmischungsversuchen der US-Administration in lateinamerikanischen Ländern beschäftigt. Für sie gilt: „Der Botschafter der USA in Tegucigalpa, Hugo Llorens, koordinierte den Sturz des Präsidenten Manuel Zelaya, gemeinsam mit dem Lateinamerika-Beauftragten in Außenministerium, Thomas Shannon, und John Negroponte, der zur Zeit Berater der Außenministerin Hillary Clinton ist.“

Hugo Llorens Acosta, noch vor der Revolution in Kuba geborener Exilkubaner, der 1981 von der Chase Manhattan Bank in New York für delicate Aufgaben auf dem diplomati-

schen Parkett rekrutiert worden ist, sollte nicht unterschätzt werden. Erst im September 2008 ist er zum Botschafter in Honduras ernannt worden. Während des Putsches gegen Chavez 2002 war er Chefberater des US-Präsidenten für Venezuela.

Eva Golinger führt weiter aus: „Niemand bezweifelt die Verwicklung Washingtons in den Staatsstreich. (...) Viele Analysten, Intellektuelle oder sogar Präsidenten haben sie benannt. Die Mehrheit stimmt jedoch darin überein, die Obama-Regierung zu entschuldigen. Sie habe keine Rolle beim Putsch gespielt. Verantwortlich wären weiterhin die Hardliner der Bush-Regierung, die immer noch in den Fluren des Weißen Hauses ein- und ausgehen. Es ist richtig, dass diese Hardliner und die Protagonisten von Staatsstreichen und Sabotageaktionen in Lateinamerika auch dieses Mal beteiligt waren. Es gibt aber auch umfangreiche Beweise, die auf die Rolle der Obama-Regierung hinweisen.“

Es würde hier zu weit führen, auf die angeführten Beweise einzugehen. Nachzulesen sind sie unter „Washington und der Honduras-Putsch: Die Fakten“ (Portal amerika 21.de)

Maurice Lemoine weist in Le Monde diplomatique auf einen weiteren Aspekt hin, der eine gewisse Plausibilität hat: „Wer im Oval Office sitzt, hat noch lange nicht alle Bereiche der Regierung und alle widerstreitenden Interessen in der Außenpolitik unter Kontrolle.“

Deutsche Medien unterstützen den Putsch

Neben dem Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung, der vor Ort agiert, hat die Putschjunta in Deutschland eine mediale Sympathisanten-szene, die von Anfang an klar Partei ergriffen hat: Diese reicht von der

Wieso sind linke Organisationen in Honduras im Gegensatz zu anderen mittelamerikanischen Staaten relativ klein?

Pavel Nunez: Wir haben hier nicht die Traditionen der Kämpfe und Revolutionen wie in anderen Ländern – hinzu kommt, dass meine Generation die erste ist, die ohne Militärputsch aufgewachsen ist. In den neunziger Jahren gab es z.B. keine ernst zu nehmende linke Studentenbewegung. Und die Gewerkschaften waren aus vielen staatlichen und privaten Firmen verschwunden. Das und die harten wirtschaftlichen Bedingungen haben viele Menschen zur politischen Passivität verführt.

Pavel Nunez ist Mitglied der Politkommission der kommunistischen Gruppe Los Necios, die Teil der Nationalen Koordination des Volkswiderstandes ist. (aus einem Interview in der jW vom 20.8.09)

FAZ über die Welt, von der Berliner Morgenpost bis zur B.Z. Zu einem Hauptfeind haben sie sich den venezolanischen Staatschef Chavez erkoren und alle Entwicklungen in und um Lateinamerika herum werden danach beurteilt wie sie zu Chavez stehen. Für die Chavez Schublade ist etwa in der FAZ-Redaktion eine Hildegard Stausberg zuständig. Ihr Schreibtisch steht in der Hauptstadt und nennen darf sie sich „Diplomatische Korrespondentin im Ressort Außenpolitik“. Bereits zwei Tage nach dem Putsch kommentierte sie diesen unter der Überschrift: „Das Märchen vom Staatsstreich in Honduras“. Damit war eigentlich alles gesagt bzw. geschrieben – könnte man meinen. Aber weit gefehlt. Die Frau schaut hinter die Kulissen: „Mit Hilfe seines engen Freundes Hugo Chávez hat Honduras Präsident Manuel Zelaya sich zum Opfer eines Militärputsches stilisiert. Doch die Wahrheit ist eine andere. Zelaya war es, der Schritt für Schritt auf einen Verfassungsbruch und einen Staatsstreich zusteuerte. Es gab keinen Staatsstreich. Es gab – auf Geheiß des Parlaments – die gewaltsame Entfernung eines Präsidenten, der Schritt für Schritt auf Verfassungsbruch und Staatsstreich zusteuerte. Dieser Präsident war Manuel Zelaya, ein enger Freund von Hugo Chávez. Wo es ums politische Zündeln geht, ist Chávez unübertroffen. Und auch seine Alliierten verstehen dies glänzend und sind untereinander aufs engste vernetzt. So ermöglichen sie jetzt Zelaya, sich auf internationaler Bühne medienwirksam in eine Opferrolle hineinzusteigern. Wer die Lage nicht kennt, fällt darauf rein.“ (30.6.09) Und ein weiterer Kommentar von ihr endet: „In Honduras steht mehr auf dem Spiel als die Zukunft einer Bananenrepublik: Es geht darum, ob Hugo Chavez ein weiteres Land unter seine Kontrolle bekommt. Dies gilt es zu verhindern.“ Und wie man inzwischen weiß, darf das Verhindern in Honduras wie anderswo auch die Ermordung unliebsamer Personen einschließen. Natürlich arbeitet Frau Stausberg eng mit Informanten vor Ort zusammen. In ihrem Märchenkommentar bezieht sie sich – na auf wen schon? – natürlich auf Christian Lüth, Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung in Tegucigalpa, der es über glaubwürdige d.h. der FNS nahestehende Informanten erfah-

ren haben will, dass „die wachsende Gewalttätigkeit“ in den Straßen von Honduras „eindeutig“ von den Zelayaanhängern ausgehe. Im Gespräch mit WELT ONLINE soll er geäußert haben: „Diese schießen auf die Polizisten, nicht umgekehrt, das hat es so noch nie gegeben; schon längst spekulieren hiesige Medien, dass Agitatoren aus Venezuela und Kuba dahinterstehen.“ Auf Herrn Lüth und Frau Stausberg ist also Verlass, wenn es gilt, Fakten für die eigenen Zwecke zurechtzubiegen. Wie Frau Stausberg journalistische Fähigkeiten zu bewerten sind, zeigt ein Vorfall aus dem Jahr 2006. Damals hatte sie einen Bericht über sog. „Ausschreitungen“ in der mexikanischen Provinz Oaxaca verfasst und darin vier Tote erwähnt „unter ihnen ein amerikanischer Mitarbeiter einer sich mit Indianerfragen beschäftigenden nordamerikanischen NGO, Indymedia.“ Nun ist aber Indymedia die gängige Abkürzung von Independent Media Center und hat nicht im entferntesten etwas mit Stausbergs Indianern zu tun. Eine Bezeichnung übrigens, die als rassistisch gilt, seit sich diese Völker als indigene oder Indigenas verstehen.

Ein Ausweg für Honduras in Sicht?

Präsident Zelaya befindet sich seit dem 21. September – 86 Tage nach dem Putsch – in Tegucigalpa in der brasilianischen Botschaft. Michelettis Putschtruppe war von dieser Entwicklung völlig überrascht worden. Die erst nach Stunden einsetzenden Reaktionen, die von einer Falscheinschätzung der Situation geprägt waren, richteten sich sowohl gegen die brasilianische Botschaft, die u.a. mit Giftgas und Ultraschall-Lärmgeräten angegriffen worden sein soll, wie auch gegen den Massenwiderstand der Bevölkerung. Schließlich griff man zum Mittel der Verhängung des Ausnahmezustandes für 45 Tage. Am 28. September attackierten Spezialeinheiten den Radio Globo sowie den TV-Sender Canal 36 und schalteten sie aus. Die Pattsituation sollte schließlich durch Gespräche zwischen den Delegationen beider Konfliktparteien aufgelöst werden. Ein Unterfangen, das scheitern musste, weil die Putschis-

ten eine Verzögerungstaktik verfolgten und zu keinerlei substantiellen Zugeständnissen bereit waren. Am 29. November, genau fünf Monate nach der gewaltsamen Entfernung des Präsidenten Zelaya, fanden unter massivem Einsatz von Militär und Polizeikräften Wahlen des Präsidenten, der Bürgermeister und Abgeordneten für die Nationalversammlung statt. Der Kandidat der Nationalen Partei, der Großgrundbesitzer Porfirio Lobo, der zwar mal in Moskau studiert hatte, aber ein Bourgeois geblieben ist, machte das Rennen. Weniger als 30 Prozent der rund 4,5 Millionen Abstimmungsberechtigten sollen sich beteiligt haben. Allerdings haben nur die USA, Panama, Costa Rica, Peru und Kolumbien den Abstimmungsprozess anerkannt und ein gewisser Dr. Harald Klein, der für die Friedrich-Naumann-Stiftung vor Ort war. In einem Interview mit Hildegard Stausberg ließ er sich befragen: „Herr Klein, waren diese Wahlen fair und sauber?“ Und darauf konnte vom freien Stiftungsdemokraten nur eine Antwort kommen: „Ja, das waren transparente, faire und saubere Wahlen.“ (WELT-Online vom 30.11.09) Keine guten Aussichten für die Bevölkerungsmehrheit in Honduras!

Überarbeitete und aktualisierte Fassung des Referats von der Jahreskonferenz
hd., Stand: 1.12.09

Uruguay: El pepe presidente

Hunderttausende Menschen feierten am 29. November den Sieg des Präsidentschaftskandidaten des Linksbündnisses Frente Amplio (FA), des 74jährigen Jose „Pepe“ Mujica, der seinen reaktionären Kontrahenten Lacalle im zweiten Wahlgang deutlicher als erwartet überrunden konnte. Angesichts der Turbulenzen in Honduras ist der Sieg der FA in Uruguay ein wichtiger Baustein für die weitere Entwicklung und Festigung eines anti-imperialistischen Blocks in Lateinamerika. Mujica kann sich auf eine Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments stützen. Die FA ist die stärkste Partei in 10 von 18 Verwaltungsbezirken (Departamentos) des Landes. Die Amtszeit der neuen Regierung beginnt am 1. März 2010.

Der Durchbruch der BNP

Unter der Führung von Nick Griffin ist in den letzten Jahren der Einfluß der BNP (*British National Party*) gewachsen. Mit den Kreistagswahlen und der Europawahl vom 4. Juni hatte die BNP ihren Durchbruch. Sie gewann einen Sitz im Kreistag von Lancashire und Sitze im Europaparlament in Nordwestengland und in Yorkshire. Die BNP hat jetzt auch ungefähr 60 Gemeinderatssitze. Ende 2007 hatte sie 10.000 Mitglieder. Vor kurzem wurde eine Mitgliederliste der BNP veröffentlicht – illegal beschafft – die 11.600 Mitglieder aufwies, einschließlich eines Angehörigen des House of Lords, also des britischen Oberhauses. Dieser Aufstieg der BNP verlangt nach einer Erklärung.

Der Faschismus begann in Großbritannien mit Oswald Mosleys *New Party*, einer Abspaltung von der Labour Party, wegen deren Unwillen, während der ökonomischen Krise von 1931 irgend etwas gegen die Massenarbeitslosigkeit zu unternehmen. Die Labour-Regierung kürzte sogar die Arbeitslosenentschädigung. Ramsey MacDonald verließ die Partei und führte, zusammen mit einigen Unterstützern, eine „Nationale Koalition“ an. Mosleys Partei wurde bald zur *British Union of Fascists*. Er bewunderte und kopierte Mussolini, seine BUF wurde größtenteils von ihm finanziert bis zum Aufstieg von Hitler an die Macht, als Mosley seine Gefolgschaft übertrug, den Antisemitismus übernahm und die Juden anzugreifen begann, speziell im Londoner East-End.

Mosley wurde unterstützt von bestimmten Zeitungen und Elementen in der herrschenden Klasse, die Mussolini und Hitler bewunderten wegen ihrer Unterdrückung der „Kommunistischen Gefahr“ und der Aktivitäten der Gewerkschaften. Aber der Faschismus wurde in Großbritannien nicht benötigt, da die Kommunisten keine Bedrohung darstellten und die Gewerkschaften seit dem Ende des 1. Weltkriegs bis zum Generalstreik von 1926 eine Niederlage nach der anderen erlitten hatten; der Aufstieg der Labour Party wurde unterbrochen durch den Verrat von MacDonald & Co.

Mosley wurde während des Krieges von 1939 bis 1945 interniert, er begann seine Aktivitäten aber wieder in den Nachkriegsjahren des Mangels und des Wiederaufbaus, nur dass er jetzt Einwanderer aus Westindien im Blickfeld hatte, die herübergebracht worden waren, um Lücken in der Arbeiterschaft zu füllen. Aber die verschiedenen faschistischen Gruppierungen blieben marginal bis zum Aufkommen der *National Front* in den 70er Jahren, die sich auf Einwanderer vom indischen Subkontinent einschossen. Diese waren geholt worden, um in der Textilindustrie zu arbeiten oder sie waren aus den frisch unabhängig gewordenen früheren britischen Kolonien in Ostafrika hinausgeworfen worden. Die Letzteren waren qualifizierte Arbeiter oder Fachleute aus der Mittelklasse, nicht ungebildete Bauern, wie es die Ersteren oft waren.

Die National Front wurde von der Linken bekämpft mit der Anti-Nazi League und Rock Against Racism, die von vielen der besten Bands und Musiker unterstützt wurden. Sie nutzten die Musik, um den jungen Leuten eine Botschaft zu senden. Zu dieser Zeit war das *British Movement* eine kleine extrem gewalttätige Neonazi-Gruppe. Die National Front zersplitterte letztendlich und der Aufstieg von Thatchers aggressiver rechtsgerichteter Politik machte die Tory-Partei attraktiv für manchen rechtsgerichteten Nationalisten und Rassisten.

Thatchers Ansichten und besonders ihre Anti-EU-Position, verbunden mit der desaströsen Einführung einer *Poll Tax* (Kopfsteuer), der mit einer massenhaften Zahlungsverweigerungsbewegung begegnet wurde, führte zu ihrer Absetzung. Seit damals haben nachfolgende Führer der Tories darum gekämpft, die Partei von einem Standort ganz rechts im politischen Spektrum zurück ins Zentrum zu bringen und der letzte, David Cameron, bemüht sich, dass sie mehr wie Blairs New Labour wird. Auf diese Weise ist Raum für eine rechtsgerichtete nationalistische und rassistische Partei entstanden. Das British Movement wurde zur BNP. Nick Griffin änderte ihr Image, indem er sich der älteren Neo-

nazi-Führer entledigte, und er warf die alte politische Nazi-Last über Bord, um respektabel zu erscheinen.

Da *New Labour* Thatchers Wirtschaftspolitik fortsetzt und sich bemüht, attraktiv für soziale Schichten zu werden, die normalerweise Tories wählten, hat sich Labour seiner traditionellen Anhängerschaft entfremdet. Dann kam im Laufe des Jahres heraus, dass sich Abgeordnete Häuser gekauft, sie ausgestattet haben und allgemein ihre Spesenzulagen mißbrauchten, um in Saus und Braus zu leben. Die Details wurden Tag für Tag im *Daily Telegraph* veröffentlicht, bevor sie zensiert werden konnten. So fanden die Wahlen am 4. Juni in einer Situation der Unzufriedenheit mit New Labour sowie der Auswirkungen der Banken- und Finanzkrise statt; übertroffen wurde das alles noch durch die Empörung über korrupte Praktiken der Parlamentarier.

Eine hohe Zahl von Stimmenthaltungen führte zu einem Kollaps der Unterstützung für Labour. Sie verloren die Mehrheit in den letzten vier Kreistagen (*county councils*), in denen sie noch eine hatten. Labour landete auf dem dritten Platz hinter den Tories und den Liberaldemokraten. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament wurde Labour Dritter hinter den Tories und der anti-europäischen UKIP (*UK Independence Party*). Für die Europawahlen ist das Land in Regionen aufgeteilt, in denen die Parteien mit Listen antreten. Im Gegensatz zu anderen Wahlen wird hier ein Proportionalsystem angewandt. So schaffte es die BNP, dass Nick Griffin in Nordwest-England gewählt wurde und ein anderer alter Nazi, Andrew Brons, in Yorkshire. Die Wahlbeteiligung lag nur bei 35 Prozent. Von diesen erhielt Griffin 8 Prozent und Brons 9,8 Prozent. Landesweit erhielt die BNP 6,2 Prozent, sie erhielt insgesamt 943.598 Stimmen. Die Gesamtzahl der Stimmen für die BNP in den zwei Regionen, wo sie Sitze errang, war niedriger als bei der letzten Wahl, aber wegen der niedrigen Wahlbeteiligung ausreichend, um diese Mandate zu erringen. Landesweit aber stieg die Anzahl der Stimmen für die BNP um 1,3 Prozent an.

Die BNP hat sich in bestimmten Städten in Lancashire im Nordwesten von England, wo jahrhundertlang Baumwolle hergestellt wurde, eine Basis geschaffen. Wie der Kohlebergbau und die Metallindustrie, ist auch diese Industrie verschwunden. Die einheimische Arbeiterklasse fühlt sich von Labour betrogen und die BNP kann auf Moslems vom indischen Subkontinent als das Problem zeigen – heute steht der Islam im Brennpunkt der rechtsgerichteten Rassisten. Während des Wahlkampfes gab es viele Aktivitäten gegen die BNP von anti-rassistischen Organisationen, den Gewerkschaften, wie auch von religiösen Führern. Alle großen Parteien warnten vor der BNP. Die Medien berichteten viel darüber und verdeutlichten, dass die BNP eine gefährliche faschistische Organisation ist. Dies war vermutlich auch in der Gegend von Barnsley in Yorkshire der Fall und in anderen Teilen des Landes, wo die BNP eine Ba-

sis aufgebaut hat. Aber es schien nicht zu wirken.

Seit den Wahlen fand eine Diskussion unter antifaschistischen und antirassistischen Aktivisten statt über die Notwendigkeit, neue Wege zur Bekämpfung der BNP zu finden. Sie Nazis zu nennen, Belege aus der Vergangenheit für das gewalttätige Benehmen von Griffin und anderen Prominenten der BNP herauszustellen, ihre Leugnung des Holocaust usw., das ist nicht genug. Aufgrund ihres neuen, respektablen Images glauben die Wähler das nicht oder in anderen Fällen interessiert es sie nicht. Die meisten Wähler der BNP, sogar einige ihrer Abgeordneten, sind ehemalige Wähler von Labour, manchmal ehemalige Mitglieder. Daher kann eine Taktik, den Menschen zu erzählen, sie sollten Labour wählen, nicht funktionieren, wenn sie Labour die Schuld für ihre Probleme geben. Es muß eine Alternative zu Labour auf der Linken geben; aber die-

jenigen, die es gibt, sind nicht glaubwürdig. Gegenwärtig gibt es mindestens drei antirassistische Organisationen; die Schaffung einer vereinigten Organisation wäre ein Anfang. Die bestehenden Alternativen zu Labour auf der Linken sind entweder undemokratisch, wie Arthur Scargills *SLP*, oder sie haben sich gespalten, wie die *SSP* in Schottland und *Respect*. In wenigen Monaten werden Wahlen zum Unterhaus stattfinden; sollte Labour zermalmt werden, wie es sicher der Fall sein wird, besteht die Möglichkeit, dass sie auseinander bricht, weil sie unter New Labour zu einer leeren Hülle geworden ist, von oben gesteuert, ohne Beteiligung der Mitglieder. Die Gewerkschaftsführer halten den Schlüssel zur Zukunft in der Hand – kann Labour wieder aufgerichtet werden oder fangen wir wieder mit einer neuen Partei an?

m.j. (17.11.09)

Hundertzwei Neuigkeiten zum Hitler-Attentäter Georg Elser



Georg Elser, geboren am 4. Januar 1903 in Hermaringen (Kreis Heidenheim), ermordet am 9. April 1945 im KZ Dachau.

Zum 70. Jahrestag von Georg Elser's Tat (am 8. November 1939) liegt jetzt eine völlig umgearbeitete und stark erweiterte neue Ausgabe der Georg-Elser-Biographie

vor. Der Biograph Hellmut G. Haasis hat aus seiner ersten Auflage von 1999 aus 280 Seiten nunmehr fast 400 Seiten gemacht. Seine zahlreichen Forschungsergebnisse der letzten Jahre fanden Eingang – allein 102 neue Erkenntnisse wurden verarbeitet und neues Bildmaterial beigelegt – sodass ohne weiteres von einem ganz neuen Buch besprochen werden kann. Zudem liest sich das Buch – trotz seiner Materialfülle und wissenschaftlichen Wert – äußerst spannend, fast wie ein Realkrimi.

Ausführlich geschildert werden die Lebensdaten des mutigen Schreiners von der Ostalb. Zudem bezieht Haasis ausgiebige soziale Milieustudien und Erläuterungen zum politischen Zeitgeschehen mit ein. Haasis gelingt es sehr anschaulich, die Gedankenwelt und Charakteristik Elserers darzustellen,

Rezension

v. a. anhand von Textanalysen der Verhörprotokolle, aber auch durch umfangreiche Zeugnisse seiner Zeitgenossen, der Familie, Freunden und seiner Peiniger.

Legenden um Elser werden schlüssig widerlegt, die verschlungene Rezeptionsgeschichte Elserers erhellt. Im völlig neuen ersten Kapitel wundert sich Haasis noch immer, dass selbst bei Wohlmeinenden Elser noch immer nur als „einfacher Schreiner“ gilt, als „schlichter Handwerksgeselle“. Darin sieht der Autor die Arroganz von Kopfarbeitern gegenüber Handarbeitern, die aber gerade durch ihren Tatendrang und ihre Konsequenz den letztlich inkonsequenten Intellektuellen überlegen waren. Elser wird dargestellt als ein früher, weitsichtiger Hit-

lertgegner mit hohen geistigen und technischen Fähigkeiten.

Elsers politische Stellung und Gedanken werden reflektiert. Für Haasis war er kein kommunistischer Fanatiker, wie man nach dem Krieg meinte, um den frühen Warner vor dem Krieg zu diskreditieren. Er war ein libertärer, ein freiheitlicher Sozialist, mit dem Wunsch, mit anderen zusammen ohne Hierarchie zu arbeiten. Elser war das Gegenstück zum autoritären Menschen, insofern ist er sehr modern. Elser übte gegen niemanden Zwang aus, Andersdenkende ließ er so, wie sie waren, aber er verschwieg seine Ablehnung gegenüber Hitler nicht.

Hier stellt Haasis ein ganz anderes Geschichtsbild dar, als dies der gegenwärtige Mainstream, etwa im Stuttgarter Haus der Geschichte, präsentiert. Haasis kritisiert zu Recht dabei, dass dort Veit Harlans Nazi-Propagandafilm *Jud Süß* und der ebenfalls aus Heidenheim stammende Rommel viel zu unkritisch dargestellt wurden: „*Seitdem wird das Licht um dieses ‚Haus der Geschichte‘ immer dunkler. (...) eine Verherrlichung von Hitlers Lieblingsgeneral Erwin Rommel: ‚Mythos Rommel‘. Elser findet in dieser Geschichtspolitik keine Würdigung.*“ (S. 110)

In dem ebenfalls neuen Schlusskapitel „*Elsers Persönlichkeit – ein Rätsel?*“ entwirft Haasis ein sehr tiefgehendes Psychogramm seines „Helden“. Dabei stützte er sich auf Aussagen von Elsers Geschwistern nach 1945, die von den Geschichtsschreibern nie ernst genommen wurden. So Elsers großzügige Gesten, seine Selbstlosigkeit, sein Drang, andern praktisch zu helfen, seine scharfe Beobachtungsgabe, seine Geduld, seine schauspielerische Fähigkeit, in widrigen Umständen durch Schweigen ungeschoren durchzukommen, nicht aufzufallen. Sogar sein Gegner Hitler bekundete ängstlichen Respekt vor Elser. Elsers Freundin Elsa, die acht Stunden von Hitler verhört wurde und hierbei mehrfach unter den Verhören zusammenbrach, bestätigte, dass Elser ein geschickter, sehr intelligenter Tüftler war.

8. November 1939 in München. Das Attentat war sorgfältig vorbereitet. In dreißig Nächten hatte Georg Elser im Pfeiler hinter dem Rednerpult eine Zeitbombe installiert. Doch Hitler hatte kurz bevor sie explodierte, früher als sonst, den Bürgerbräukeller verlassen. Noch während Hitler redete, hatte Elser bei Konstanz versucht, unbemerkt in die Schweiz zu gelangen und wurde dabei verhaftet. Er wurde an die Gestapo nach München ausgeliefert und dort nach schweren Folterungen zu einem Geständnis gezwungen. Die Gestapo suchte in endlosen Verhören nach den „*Hintermännern*“, denn sie wollten nicht glauben, dass Elser allein gehandelt hatte. Nach langer Haft wurde Elser am 9. April 1945 im KZ Dachau ermordet.

Elser war ein Handwerker und Einzelkämpfer, der früher als die meisten erkannte, dass der Kriegstreiber Hitler nur mit Gewalt gestoppt werden könne. Er passte in keine gängige ideologische Schublade. Seinen Widerstand begründete er in den Verhörprotokollen gegenüber der Gestapo in Berlin: „*Die seit Herbst 1933 in der Arbeiterschaft von mir beobachtete Unzufriedenheit und der von mir seit Herbst 1938 vermutete unvermeidliche Krieg beschäftigten stets meine Gedankengänge. ... Ich stellte allein Betrachtungen an, wie man die Verhältnisse der Arbeiterschaft bessern und einen Krieg vermeiden könnte. Die von mir angestellten Betrachtungen zeitigten das Ergebnis, dass die Verhältnisse in Deutschland nur durch eine Beseitigung der augenblicklichen Führung geändert werden könnten. Unter der Führung verstand ich die Obersten, ich meine damit Hitler, Göring und Goebbels. Durch meine Überlegungen kam ich zu der Überzeugung, dass durch die Beseitigung dieser drei Männer andere Männer an die Regierung kommen, die an das Ausland keine untragbaren Forderungen stellen, die kein fremdes Land einbeziehen wollen und die für eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft Sorge tragen werden.*“

Heiner Jestrabek

Hellmut G. Haasis, geboren 1942 in Mühlacker, studierte Theologie, Geschichte, Soziologie und Politik. Publizist, Verleger und Rundfunkautor. Veröffentlicht



lungen u.a.: *Spuren der Besiegten* (1984), *Gebt der Freiheit Flügel* (1988), *Edelweißpiraten* (1996), *Joseph Süß Oppenheimer, genannt Jud Süß Finanzier, Freidenker, Justizopfer* (1998), *Tod in Prag. Das Attentat auf Reinhard Heydrich* (2002), *Georg Elser schwäbisch bei der Gestapo. Ein Stück mit 20 Szenen* (2007), *Heisel Rein, der Gscheite Narr* (2008)

Preise: Thaddäus-Troll-Preis, Schubart-Preis, Civis-Preis.

Heiner Jestrabek ist Gründungsmitglied des Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim und Organisator von jährlichen Gedenkveranstaltungen.



Hellmut G. Haasis: „*Den Hitler jag ich in die Luft*“.

Der Attentäter Georg Elser
Nautilus, Hamburg, 384 Textseiten.

33 Fotos.

ISBN 978-3-894016-06-7.

19,90 Euro

Zieglers heiliger Zorn

Rezension

Für die Vereinten Nationen befasste sich Jean Ziegler mit dem Hunger und mit fehlenden Menschenrechten in aller Welt. Seine bittere Bilanz mündet in die fast verzweifelte Hoffnung, dass der berechtigte Hass des Südens auf den Westen zur rationalen Kraft wird.

„Erniedrigung, Ausgrenzung, Furcht vor dem Morgen sind das Schicksal hunderter Millionen Menschen. Besonders in der südlichen Hemisphäre. Für ihre Völker sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Charta der Vereinten Nationen nur hohle Phrasen.“ Wie lassen sich der in Jahrhunderten gewachsene Hass des Südens entschärfen, der Westen zur Wahrnehmung seiner Verantwortung bringen, der globale Dialog aufrechterhalten? „Wie lässt sich eine Weltgesellschaft schaffen, die versöhnt und gerecht ist, die die Identität, die Erinnerungen und das Lebensrecht eines jeden

Menschen achtet?“ Als einen Beitrag zur Antwort auf diese grossen Fragen versteht Jean Ziegler sein neues Buch. Wir müssten „der Tragödie ein Ende setzen“, sonst werden Wahnsinnige unseren Planeten mit in den Abgrund reissen.

Erbe des Kolonialismus

Das klingt pathetisch, vermessen im Anspruch. Doch es ist der Weltlage angemessen. Eine tiefe Sorge, dass wir die Chance zur Neuordnung verspielen, durchzieht den Text. Der durch vergangene und gegenwärtige Verbrechen eines selbstgerechten Westens provozierte Hass lähme heute die Arbeit der Vereinten Nationen. Exemplarisch schildert Ziegler das Scheitern der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban. Dort sollte auch das dunkle Erbe des Kolonialismus aufgearbeitet wer-

den. Abdelaziz Bouteflika betonte als einer der Staatschefs des Südens, dass „ohne Rachsucht“ angesprochen werden müsse, „was die einen erlitten und die anderen verübt haben“. Auf dieser Basis wäre Wiedergutmachung anzustreben, wären „die Funktions- und Gleichgewichtsstörungen eines Systems“ zu beseitigen, „das unbarmherzig auch weiterhin den Mächtigsten zu noch mehr Reichtum verhilft und die Schwächsten in alle Ewigkeit zum Elend verurteilt“. Darauf wurde in den Delegationen der Franzosen, Belgier, Briten, wie Ziegler berichtet, mit Hohn und Spott reagiert. Bouteflika habe mit diesem Paukenschlag nur versucht, die Aufmerksamkeit der algerischen Bevölkerung von der Not in seinem Land abzulenken und sie auf die verteuerten Feinde zu richten. Gedächtnisarbeits? Reue? Alles nur eine politische Erpressung, um dem Westen finanzielle und wirtschaftliche Zu-

Eine indische Stimme gegen unseren Wahn

Rezension

In seiner Weltkrisenanalyse streift Jean Ziegler die Klimafrage nur – bei Vandana Shiva steht sie im Zentrum. Eine ideale Ergänzung.

Auch hier wird eine „Mehrfachkrise“ in den Bereichen der Energie, der Ernährung und des Klimas analysiert, welche die kreative Kraft der ganzen Menschheit herausfordert. Akzeptiert wird keines der gegenwärtig vor allem gängigen „mechanistisch-industriell-kapitalistischen“ Rezepte, „die die Krise für die Armen und Randständigen vertiefen und den Reichen einen vorläufigen Ausweg bieten“. Nein also zum globalen Handel mit Verschmutzungsrechten, zur Atom-

und Gentechnologie, zu den gefährlichen Projekten des Geo-Engineering. Lösungen müssen „auch von unten und vom globalen Süden aus gesehen gerecht und dauerhaft“ sein. Die seit Jahrzehnten für die Umwelt, für Frauenrechte und für eine dezentralisierte Ökonomie streitende indische Physikerin und Philosophin weiss, wie leicht vermeintliche Hilfsangebote in neue Abhängigkeiten und angeblicher Fortschritt zu noch grösseren Zerstörungen führt. So stellt sie etwa mit Entschiedenheit fest: „Niemand gewinnt durch den globalisierten Handel mit Nahrung – ausser ein paar Grossunternehmen.“ Und das belegt sie mit Argumenten, Zahlen und Erfahrungen aus den

jüngsten (Fehl-)Entwicklungen in Indien überzeugend.

Mit der Erde leben

Die von ihr initiierte Navdanya-Bewegung praktiziert seit zwei Jahrzehnten auf einem Musterbetrieb konsequent biologisch ausgerichtete Landwirtschaft. Samenbanken der Gemeinschaft schützen und fördern die Vielfalt. Damit wurde auch die Basis für einen umfassenden Kampf gegen die Agrarkonzerne gelegt. „Im Laufe ihrer Evolution hat die Menschheit über 80000 verschiedene Pflanzen gegessen. Mehr als 3000

geständnisse abzurufen! „Das roch verdächtig nach kolonialer Verachtung.“ Statt eines Dialoges, wie ihn Kofi Annan erhofft hatte, hagelte es Beleidigungen und Vorwürfe. „Türenknallend verliessen Delegierte den Saal, kamen zurück, brüllten, gingen wieder.“ Später wurde an einer Folgekonferenz in Genf keines der Konfliktthemen auch nur erwähnt; die Schlussresolution blieb „ein Monument sinnentleerter, realitätsblinder Diplomatie“.

„Zivilisation“, „Fortschritt“

Das folgende Kapitel - „Sarkozy in Afrika“ - entlarvt mit kommentierten Originalzitaten die unglaubliche Ignoranz eines Repräsentanten unserer Weltregion. 2007 wandte sich der französische Staatspräsident im Audimax einer Universität in Dakar mit einer Rede an die Jugend des Kontinents. Es habe unter den Kolonialisten auch schlechte Menschen gegeben, räumte er ein. Andere aber wollten das Gute befördern. Sie „glaubten, eine zivilisatorische Mission zu erfüllen“. Das wollte offenbar auch

Sarkozy bei seinem Auftritt: „Das Drama Afrikas liegt darin, dass der afrikanische Mensch noch nicht genügend in die Geschichte eingetreten ist. Der afrikanische Bauer, der seit Jahrtausenden mit den Jahreszeiten lebt, dessen Lebensideal der Einklang mit der Natur ist, kennt nur die ewige Wiederkehr der Zeit, die von der ewigen Wiederholung der gleichen Gesten und gleichen Worte geprägt ist.“ In dieser Vorstellungswelt sei jedoch „kein Platz für das menschliche Abenteuer, für die Idee des Fortschritts“, und genau dies, „gestatten Sie einem Freund Afrikas, das zu sagen“, sei das Problem. Dann habe Sarkozy „vor einem fassungslosen Publikum“ noch sein Agrarrezept zum Besten gegeben: „Wollt ihr, dass auf afrikanischem Boden nie mehr ein Kind verhungert? Dann bemüht euch um eine selbstversorgende Landwirtschaft.“ Bei deren Entwicklung werde Frankreich helfen.

Doudou Diène, ein senegalesischer Intellektueller, der sich für die Vereinten Nationen mit zeitgenössischen Formen des Rassismus befasst, stellte „mit flammendem

Zorn“ fest, diese Rede habe „eine tiefe Kränkung“ verursacht. In seiner Argumentation folge Sarkozy direkt dem rassistischen Schrifttum früherer Jahrhunderte. Diène sei „einer der massvollsten, sanftmütigsten Menschen“, den er kenne, ergänzt Ziegler. Er teilt dessen Zorn. Ausgerechnet der Vertreter eines der reichen OECD-Staaten, die mit ihrer Agrar-Dumpingpolitik „systematisch die Nahrungsmittel produzierende Landwirtschaft Afrikas“ zerstören, tritt als grosser Lehrmeister auf! „Und ein paar Kilometer weiter arbeitet der Wolof-, Tukuleur- oder Bambara-Bauer täglich zwölf Stunden unter glühender Sonne mit seiner Frau und seinen Kindern, ohne die geringste Aussicht auf ein erträgliches Existenzminimum zu haben.“

Bolivien - eine Hoffnung

Ziegler, der sich vom Verlag zuerst als „Bürger der Republik Genf“ vorstellen lässt und die Maschinerie der Vereinten Nationen bestens kennt, weiss um seine Privilegien.

Fortsetzung auf Seite 26

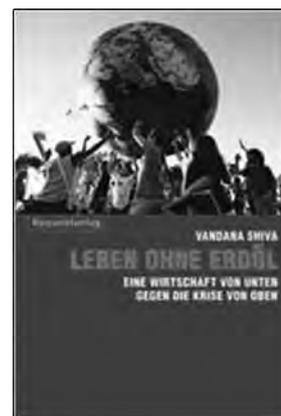
davon wurden regelmässig verwendet. Doch heute verlassen wir uns auf bloss acht Nutzpflanzen, um 75 Prozent des Nahrungsmittelbedarfs auf der Welt zu decken.“ Für die Anpassung an nicht vermeidbare Klimaveränderungen werden Erhalt und Weiterentwicklung lokaler Sorten von enormer Bedeutung sein. Wie prekär die Lage für die mehrheitlich nach wie vor in der Landwirtschaft tätigen Menschen im Süden ist, verdrängen wir in unseren Diskussionen um Bio oder Nicht-Bio gern. Nahrung, die über Tausende von Kilometern hinweg importiert worden ist, kann ökologisch gesehen ganz einfach nicht biologisch sein. Die industrialisierte und auch im Süden zunehmend auf Export ausgerichtete Agrarökonomie „hat über eine Milliarde Menschen in den Hungertod getrieben - und zwei Milliarden in die Fettleibigkeit“. Bio-Etiketten mögen für Leute, die fernab von der Erzeugung ihrer Nahrung leben, eine Hilfe sein. Garantien für eine Systemalternative sind sie nicht. Dazu müssten wir alle

bewusster „mit der lebendigen Erde“ umgehen. Im globalen Rahmen zerstört auch „pseudobiologischer Anbau“ zunehmend Kleinbetriebe, entwirrt Gemeinschaften, behandelt „Bauern als Arbeiter und Leibeigene statt als souveräne Produzenten“ - sofern sie nicht ganz vertrieben oder gar getötet werden, wie schon viele von denen, die Widerstand leisten. „Biolandwirtschaft“ wurde in Indien für multinationale Unternehmen vor allem dank Land attraktiv, welches von der Regierung zwangsenteignet wurde. Zurzeit läuft dieser Prozess im Punjab ab.

Dynamik der Zerstörung

Druck erzeugt die Industrialisierung allgemein. Indien sei heute hin- und hergerissen zwischen einer nachhaltigen Kultur, die tief in Traditionen wurzelt, und der „ungerechten Kultur der fossilen Brennstoffe“ - einem überholten, veralteten Entwicklungsmodell. Hier können wir

nur bestätigen, was die Autorin ihren Landsleuten beizubringen versucht: Dass das Auto eine gefährliche heilige Kuh für Indien und für uns alle ist. Autobahnen bezeichnet Vandana Shiva als „Schnellstrasse zur Diktatur“. Und wieder bleibt sie die Begründungen nicht schuldig. Mit angeblich billiger Tata-Nano-Mobilität wird der Appetit auf Land und die Dynamik der Zerstörung gesteigert. Agrosprit macht die Perspektive nicht



Fortsetzung auf Seite 26

Er nutzt sie als Anwalt der Armen, deckt Manöver der Mächtigen auf, setzt auf Bewegungen von unten. Personen zeigt er stets in ihren gesellschaftlichen Rollen. Dies zuweilen mit schneidender Schärfe, oft aber auch mit spürbarer Liebe oder trotz Distanz differenziert. Seine konsequente Solidarität mit den Schwächeren im Süden wird nie unkritisch. Eliten kooperieren global und Korruption gehört zum Kapitalismus, den er klar für das Kernproblem hält. Hoffnungsvoll sind für ihn Entwicklungen wie die in Bolivien, wo mit der Wahl von Evo Morales ein neues Identitätsbewusstsein erwacht sei. „Morales hat einen historischen Bruch mit der kannibalistischen Weltordnung vollzogen und dem Westen eine bittere Niederlage zugefügt.“ Das strahle auf den ganzen Kontinent aus, gebe Kraft für weiteren Widerstand und für ungeahnte schöpferische Leistungen. Aber auch hier sei „ein genaues Mass anzulegen: Ist die fortwährende Aufwertung indigener Politik und Kultur, geboren aus dem Hass auf den Westen, mit den universellen Rechtsgrundsätzen vereinbar?“ Eine der stärksten Passa-

gen ist die Schilderung der Eindrücke vom 1. Mai-Fest des Jahres 2007 in La Paz, ein Jahr nach dem Entscheid, die Kontrolle der Bodenschätze und damit der Reichtümer des Landes zum besseren Nutzen für die Bevölkerung zu übernehmen. Morales blickte auf den entscheidenden und wohlvorbereiteten Schritt zurück, dankte Freunden in Norwegen, Algerien und Venezuela: „Sie haben uns geholfen, gute Verstaatlichungsverträge aufzusetzen“. Und dann gedachte er der Märtyrer, die in Bolivien und anderswo im Kampf „gegen die Invasoren, die Zinnbarone und gegen den Sechzehn-Stunden-Tag“ gestorben waren. Erinnert euch! „Unvermittelt verstummt der Präsident. Andächtig verharrt die Menge. Kein donnernder Applaus.“ Da geht es wieder um die „heilige Wunde“, welche - als Zitat von Aimé Césaire - schon in der ersten Zeile den Ton des Buches bestimmt. Einen langen, blutigen Krieg hat der expandierende Kapitalismus geführt. Und der geht weltweit weiter. Fanatismus und Rassismus sind nicht verschwunden. Auch in Bolivien bleibt die Lage ernst, wie das letzte Kapitel mit Blick auf den Hintergrund separatistischer

Strömungen und die Ungeduld der eigenen Bewegung zeigt.

Als eine junge Frau wissen wollte, was der Weisse neben ihr von ihrem Präsidenten und dessen Rede halte, habe er „mit der etwas lächerlichen Feierlichkeit des gesetzten europäischen Sozialdemokraten“ gesagt, dieser 1. Mai in La Paz sei der schönste in seinem Leben gewesen. „Ein armer Mensch wie wir, ein Bauer“, sei jetzt Präsident und er habe „dem Imperialismus getrotzt“, erwiderte sie mit gesenkten Augen. „Eine verstohlene Handbewegung. Dann verschwindet sie in der Menge.“

haste

Jean Ziegler: **Der Hass auf den Westen.**

Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren. Aus dem Französischen von Hainer Kober. Bertelsmann, München 2009, 288 Seiten, 20 Euro



besser, im Gegenteil. Mit wiederholtem Bezug auf Gandhi argumentiert sie gegen „den Lebensstil und die Wirtschaftsweise derjenigen 20 Prozent der Menschheit, die bisher 80 Prozent der Ressourcen verbraucht haben“. Mögen uns die verwendeten Begriffe einer östlichen Philosophie zuweilen fremd sein, die durch sie gestützten Erkenntnisse sind es nicht. „Was für Gaia gut ist, ist auch gut für die Armen und für unsere Zukunft.“ Wenn sich ganze Dorfgemeinschaften gegen ihre Entwurzelung wehren, wenn sie ihr Leben als materiell und spirituell befriedigend einschätzen, dann sollten ihre Rechte und ihre Wahlfreiheit respektiert werden. Gleichberechtigung und Gerechtigkeit könne nicht als Abstraktum aus „irgendwelchen Konferenzsälen importiert werden“. Gerade heute hat Würde mit Genügsamkeit zu tun. „Ich habe nie geglaubt, dass die Arbeit mit Erde oder das Feuermachen würdelos sei. Es ist ihre Entbehrlichkeit, welche den Leuten ihre Würde

und ihr Selbstwertgefühl raubt.“ Sie könnten ohne die von oben und ausen kommenden „Zwänge der Handelsliberalisierung“ einen besseren Weg gehen.

haste

Vandana Shiva: **Leben ohne Erdöl.**
Eine Wirtschaft von unten gegen die Krise von oben.

Aus dem Englischen von Lotta Suter. Rotpunktverlag, Zürich 2009, 260 Seiten, 32 Franken

Anzeige

Tataren und andere Feinde der Menschheit

In diesem Heft geht es um Vorurteile und Feindbilder. Die Fremdenangst wird seit dem Mittelalter von Bilder beherrscht, Bilder von „Tataren“, „Vandalen“, „Hunnen“, in der Zeit des Kalten Krieges von den „Russen“.

In dieser Broschüre werden Tataren vorgestellt – die Tataren im (Feind-)Bild, aber auch die wirklichen Tataren. Kurze Artikel beschäftigen sich mit Hunnen, Vandalen und anderen.

Mieste Hotopp-Riecke & Reinhard Pohl:

Tataren

Feindbilder und Fremdenangst

2009, 48 Seiten, 2 Euro

Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel,

Fax: 0431 / 570 98 82

www.brd-dritte-welt.de

Kommunismus in Österreich

Kurze Geschichte der KPÖ – geschrieben von einem Ihrer Chefs

Aktueller Zustand der Partei: Heute zerfällt der Rest der Partei praktisch in drei Gruppierungen: die „Wiener KPÖ“ mit den meisten Bundesländern. Bewegungsorientiert mit wenig Basis in der Arbeiterschaft, versteht sich als Teil der europäischen Linken. Nach einer Reihe von minimalen Wahlerfolgen in den letzten Jahren geht es, abgesehen von lokalen Erfolgen, wieder in die null Komma Josef Bedeutungslosigkeit.

Die „Grazer KPÖ“ (Steiermark) verbindet mit der übrigen Partei ein CSU-CDU Verhältnis, wobei die Steirer über eine Reihe von ausgezeichneten Erfolgen bei Wahlen verfügen (z.B.: Stadtrat in Graz, Vertretung im Landtag etc.). Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in den Kommunen und Betrieben, wo sie eine erfolgreiche realpolitische Arbeit betreiben, wobei sie revolutionäre Inhalte meist in den Hintergrund rücken! Die Steirer orientieren auf die KPs in Portugal und Griechenland. Am besten zu charakterisieren als Caritas-KP mit stalinistischen Relikten. Diese Spaltung spiegeln die kommunistischen Studenten wider, die bei der letzten Wahl mit zwei getrennten(!) Listen antraten.

Der KSV hegt auch einige Sympathie für die **KI (Kommunistische Initiative)**. Diese Gruppierung verließ nach heftigen Attacken auf die KP-Spitze die Partei und gründete eine eigene Splittergruppe mit Kominternambitionen. Existiert nur in Wien mit gewissem Einfluß unter Arbeitern mit Migrationshintergrund. Ideologie: Marxismus-Leninismus.

Andersrum, ich möchte mit dem für mich spannendsten Kapital beginnen:

die KPÖ und die Finanzen

Das bestgehütetste Geheimnis der KP auf den diversen Parteitagungen waren die Finanzen. Ein für eine kleine Partei riesiger Parteiapparat in diversen Immobilien, eine Tageszeitung

mit eigener Druckerei, Schulungs- und Erholungsheime verschlangen Unsummen. Die Mitgliedsbeiträge konnten dazu nur einen Bruchteil beitragen. Diese Finanzen wurden nie offengelegt, es gab auch nie Kritik daran – es gab Vermutungen unter einfachen Parteimitgliedern – aber aus Rücksicht auf den Klassenfeind: Stillhalten.

Kurzum die Partei konnte jährlich mit cirka sieben bis acht Millionen Euro kalkulieren! Wie kam es dazu? Hauptsächlich jüdische, der Partei treu ergebene Geschäftsleute aus der englischen Emigration gründeten schon bald nach dem zweiten Weltkrieg Firmen, die im Ostgeschäft tätig wurden. Sie vermittelten und fädelten Geschäfte mit dem Westen ein, indem sie besonders sensibel auf Besonderheiten der Planwirtschaft eingehen konnten. Und so entstand allmählich ein Imperium von rund einhundert(!) Firmen (z.B.: im Erdölhandel, bei der Auftragsvermittlung der staatlichen VÖEST mit der DDR usw.), das auch in der österreichischen Wirtschaft tausende Arbeitsplätze sicherte. Nach Ende des Realsozialismus war deren Arbeit obsolet geworden und das Imperium löste sich allmählich auf. Nach Baier ist dabei keine einzige Firma in Konkurs gegangen. Eine besondere Rolle spielte die Firma *Novum*, die hauptsächlich DDR-Geschäfte einfädelte. Diese wurde nach 1989 von der berüchtigten Treuhand als DDR Firma beansprucht und in einem langjährigen Prozeß das riesige Vermögen der KPÖ als Rache der Sieger enteignet. Dazu aber später noch.

Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhang die Rolle des parteieigenen Verlagshauses Globus bleiben. Dieses druckte die Tageszeitung *Volksstimme* und bot nach 1945 vielen in Österreich unerwünschten emigrierten Literaten und Künstlern die Möglichkeit zu publizieren und bewahrte sie so davor in Vergessenheit zu geraten.

Der Autor stellt jedem Großkapitel sozusagen als Einführung die

gesamtgemeinschaftliche Entwicklung voran und bettet so die Parteientwicklung in einen interessanten historischen Kontext!

Die Darstellung der Parteigeschichte in der *Ersten Republik* folgt mit einigen wenigen Ausnahmen (die Rolle der Frauen) der bisher üblichen Parteigeschichte. Am 3. November 1918 gründete eine Splittergruppe die KPDÖ (*Kommunistische Partei Deutsch Österreich*). Sie ist damit die drittälteste K-Partei der Welt. Die in der Arbeiterschaft verankerten Linksradikalen saßen damals in Haft und schlossen sich erst später zögerlich der KP an. In den Wirren der nachholenden bürgerlichen Revolution erlebte die Partei einen Aufschwung – Gründung der Roten Garde, Teilnahme trotz Widerstand der Sozialdemokratie an den Arbeiterräten. Es gelang aber nicht bedeutende Teile der wortradikalen Sozialdemokratie zu gewinnen und so kam der Katzenjammer der 20er Jahre. Aufreibende Fraktionskämpfe veranlassten die Parteiführung sogar die Komintern um Hilfe zu ersuchen! So wurde Dimitrow kurzfristig Vorsitzender der KPÖ. Dieser beauftragte den späteren langjährigen Vorsitzenden Johann Kopenig mit dem Parteivorsitz. Er erreichte in mühevoller Kleinarbeit eine Konsolidierung auf tiefstem Niveau.

Walter Baier beschönigt dabei die Rolle Kopenigs und der Parteiführung. Er war Stalinist – alle verrückten Direktiven die vom Moskauer Büro kamen wurden kritiklos übernommen: Sozialfaschismus, Volksfront etc. Und darin besteht auch eine Schwäche des Buches, dass theoretische Streitfragen, wie Einheitsfront versus Volksfront negiert werden. Diese Frage etwa spielte im Agieren gegen den Faschismus eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung zwischen den Revolutionären Sozialisten und der KPÖ. Leider sucht man auch die Konzepte der verschiedenen Fraktionen in der KPDÖ vergeblich (so gab es etwa eine kleine Gruppe, die mit der KPDÖ und Bucharin sympathisierte).

Die radikale Phrase verbunden mit dem ständigen Zurückweichen vor der Reaktion durch die SDAPÖ führte schließlich zur katastrophalen, wenn auch bewaffneten Niederlage der österreichischen Arbeiterschaft im Februar 1934 und zur Etablierung der *austrofaschistischen Diktatur*. Die Zeit der Illegalität begann für die KPÖ bereits im Mai 1933 – sie konnte sich sozusagen in Etappen auf die immer brutaler werdende Unterdrückung vorbereiten. Nach dem Februaraufstand zerfiel die Sozialdemokratie, enttäuschte Anhänger traten der KP bei, viele Kämpfer flüchteten in die CSR und später in die Sowjetunion, wo sie oft ein trauriges Schicksal erleiden mussten. Andere kämpften an der Seite der spanischen Republik gegen den Francofaschismus und wurden anschließend vielfach in grausamen französischen Lagern interniert.

Nach 1938 wurden viele führende Köpfe der Partei zur Emigration gezwungen. Kommunisten leisteten praktisch als einzige Gruppe heldenhaften organisierten Widerstand gegen Hitler! Die Parteispitze ging dabei oftmals zu leichtfertig bei der Organisierung des Widerstandes vor – dies hatte eine unvergleichlich hohe Zahl an Opfern unter den Kadern zur Folge. Ein Aspekt, den der Autor leider gänzlich außer Acht lässt.

Wurde bisher in den parteioffiziellen Darstellungen das Hauptaugenmerk auf die sowjetische Emigration gelegt, so findet sich hier eine andere Gewichtung. Er stellt die zahlenmäßig starke Gruppe der „Westemigranten“ der „Ostemigration“ gegenüber und sieht darin bereits den Keim der kommenden Auseinandersetzungen und Parteispaltung 1968. Die in demokratischen Verhaltensnormen eingeübte und aus zahlreichen Intellektuellen bestehende Emigration in Frankreich, Belgien, England usw. traf nach 45 auf die den „demokratischen Zentralismus“ (sprich Stalinismus) praktizierenden Führungskadern aus Moskau. Politisch dominierten schlussendlich immer die Moskautreuen.

Exkurs: Nationale Frage

Im Einklang mit der am VII. Weltkongress der KI erfolgten Rechts-

wendung zu sog. Volksfronttheorie veröffentlichte der Jurist Alfred Klahr 1937 im illegalen Theorieorgan Aufsätze „Zur nationalen Frage in Österreich“ und schuf damit unter Anlehnung an den Stalin'sche Nationenbegriff eine intellektuelle Begründung einer sich konstituierenden österreichischen Nation. W. Baier sieht darin eine der „Sternstunden des österreichischen Kommunismus“. Ganz so klar lässt sich diese Aussage nicht begründen. Nach dem Zerfall der Monarchie blieb ein kleiner Reststaat „Deutschösterreich“ übrig. Volksabstimmungen in einigen Bundesländern sprachen sich für den Anschluss an Deutschland oder die Schweiz aus und repräsentierten damit die vorherrschende Volksmeinung. Die Alliierten verboten allerdings diese Bestrebungen! Für den überwiegenden Teil der austromarxistischen Linken blieb der Anschluss ein vorrangiges und elementares Ziel. Und selbst noch nach der Okkupation durch Hitler begrüßten führende Sozialdemokraten und Repräsentanten der katholischen Kirche dies als organische Zusammenführung!

Klahrs Verdienst seiner Arbeit war die Begründung eines Kampf begriffes für den nationalen antifaschistischen Widerstand. In der Illegalität wurde die Herstellung der Souveränität Österreichs zum einigenden Band der verschiedenen im Ausland lebenden Kreise der Emigranten.

Die äußerst komplexe *Nachkriegssituation* in all ihren Facetten gibt der Autor präzise wider. Das besetzte Österreich war ein Spielball der Großmächte in der Neuordnung Europas. Mit der Installierung des „Cordon sanitaire“ schloss die Sowjetunion sozialistische Experiment für Österreich aus. Demilitarisierung und Neutralität waren vorrangig. Bei wichtigen Entscheidungen wurden die KP-Granden oft links liegen gelassen. Durch die kritiklose Treue zum großen Bruder und das Schweigen zu den Verbrechen der sowjetischen Besatzung wurde die KP zur „Russenpartei“.

Nach anfänglicher Nachkriegseuphorie folgte eine Niederlage auf die andere. Der Versuch eine Entnazifizierung durchzuführen scheiterte. Der 20. Parteitag der KPDSU und die anschließende Ungarnkrise lösten, verglichen mit anderen Parteien

in der KPÖ tiefere und nachhaltigere Krisen aus. Eine Ursache erklärt er treffend: „Einerseits war der Stalinismus für die KPÖ nie ein ideologische Problem allein gewesen. Das stellte eine der Lebenslügen der Partei dar. Hunderte ihrer Mitglieder waren in der Sowjetunion in den 30er Jahren umgekommen. Unter denen, die aus dem sowjetischen Exil heimkehrten, befanden sich Täter, Opfer und nicht wenige Menschen, auf die beides zutraf.“ (s.115f.).

1965 wird Franz Muhri zum Parteivorsitzenden gewählt und gleichzeitig beginnt eine kurze Epoche des Aufbruchs.

Ausführlich abgehandelt werden die 68-Ereignisse in der CSSR und deren Auswirkung auf die kleine aber in Europa wichtige Partei. Die Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus im Nachbarland brachte eine Kräfteverschiebung zugunsten der Reformkräfte um Ernst Fischer und Franz Marek. Die KPÖ verurteilte den Einmarsch! Baier sieht in deren politischer Richtung die Vorwegnahme des Eurokommunismus. Seine Präferenz für diese Richtung begleitet den Leser nun bis zum Ende, was durchaus nicht immer Objektivität garantiert. In diesem Zusammenhang werden einige wichtige Knotenpunkte der Parteientwicklung unter retrospektivem Wunschenken betrachtet, was in historischen Abhandlungen tunlichst vermieden werden sollte. Außerst fragwürdig ist m.E. die Analyse des *demokratischen Zentralismus*, wenn Baier die diktatorische Übertragung bolschewistischer Normen des Parteilebens auf die westeuropäischen KP's in den zwanziger Jahren verteidigt und diese gleichzeitig als einer der Ursachen der Parteispaltung im Zuge des Prager Frühlings sieht.

Der schlussendliche Sieg der Marxisten-Leninisten 1969 brachte große Verluste. Zahlreiche Intellektuelle traten aus der Partei aus oder wurden ausgeschlossen, ein Großteil des Gewerkschaftsflügels spaltete sich ab und der KZ-Verband verließ ebenfalls die Partei.

Die *70er Jahre* brachten unter Studenten und einigen Jugendlichen einigen Zuwachs und füllten damit die Reihen der dezimierten Partei auf. Aus dem KSV (Studenten) kam ein schier unerschöpfliches Reservoir an Kadern und Redakteuren. Ebenso wurde die Gewerkschaftsfraktion

bei Betriebsratswahlen und Arbeitskämpfen gestärkt. Die Anprangerung der Entdemokratisierung aller Gesellschaftsbereiche durch die „Sozialpartnerschaft“ punktete nur bei den Studenten.

Den Neuen sozialen Bewegungen stand die Partei im Wesentlichen relativ hilflos gegenüber. Nur in der Friedensbewegung wurde die Arbeit der Kommunisten gewürdigt. Gerade im Agieren der Partei diesen Bewegungen gegenüber findet man einige retrospektive Bewertungen, die so eigentlich keinen Platz haben- aber auch erfreuliche Selbstkritik.

Die KPÖ entwickelt in dieser Zeit, ausgehend von der bekannten Stamokap-Theorie die „Antimonopolistische Demokratie“ als Etappenziel zum Sozialismus. Der Autor sieht darin unerklärlicherweise einen Schritt in Richtung Realpolitik(!?), obwohl m.E. der Pakt mit dem Kleinkapital eine Nebelschwadenideologie war.

Die KPÖ verabschiedet das Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“, ein wie der Verfasser meint äußerst widersprüchliches Konzept! Einerseits die Distanzierung vom Eurokommunismus, andererseits die halbherzige Betonung bürgerliche Freiheiten und trotzdem die Vorbildwirkung der Sowjetunion. Bemerkung: Die Betonung der österreichischen Nation in vielen KP-Schriften, immer auch als Abgrenzung gegen den Deutschnationalismus grenzte oft an Chauvinismus.

In den 80er war die anachronistische Treue zur SU der Kitt der Partei. Der Langzeitoffensiv des Kapitals hatte weder die Gewerkschaft noch die SP etwas entgegenzusetzen! Die realistische Einschätzung und Warnungen der KP blieben ohne Widerhall. Am Ende stehen die Privatisierung der meisten staatlichen Betriebe und die marktradikale Wirtschaftspolitik. Mit der Zerschlagung der Verstaatlichten wurden die Position der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien entscheidend geschwächt.

Gorbatschows Reformen und das Chaos in der KPÖ

In den folgenden Kapiteln ist der Autor sichtlich um objektive Darstellungsweise der verschiedenen Fraktionen bemüht; dies gelingt

ihm jedoch nicht immer. Die Reformen Gorbatschows weckten in der Partei, vor allem deren verjüngter Führungsetage große Erwartungen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kehrte das Führungsduo Silbermayr/Sohn mitsamt einigen Kadern und Intellektuellen der Partei den Rücken. Es folgten tiefgreifende strukturelle Änderungen.

Etwas später wird unser Autor Parteichef und bleibt dies in der tiefsten Krise der Bewegung bis zum Jahre 2006. Die Finanzkrise endet wie erwähnt mit der Enteignung der Partei und gleichzeitig liefern sich „Marxisten-Leninisten“ und „Reformer“ einen erbitterten durch persönliche Untergriffe gekennzeichneten Schlagabtausch. Sieger bleiben die Reformer, hauptsächlich durch die unerwartete Unterstützung durch die Grazer (Steirer), die sich entscheiden bei der KPÖ zu bleiben, allerdings ohne Mitarbeit in deren obersten Gremien! Ein paar Kuriositäten seien erwähnt. Auf dem Parteitag 2003 traten 76 Kandidaten zur Wahl zum Bundesvorstand an – von diesen wurden nur 7 gewählt. Als die KPÖ 2004 einen Delegiertenparteitag nach Linz einberief, beruft die Kommunistische Initiative einen Gegenparteitag nach Niederösterreich ein und will gleichzeitig die Linzer Tagung durch ein bürgerliches Gericht verbieten! In Linz kommt es endgültig zur organisatorischen Trennung!

Baiers Werk ist eigentlich ein Abgesang auf die KPÖ. Er sieht für den Kommunismus und die Sozialdemokratie keine wirkliche Zukunft. Beide seien nicht mehr zeitgemäß. Er plädiert demgegenüber für einen „Integralen Sozialismus“ in Anlehnung an Otto Bauer, allerdings in zeitgemäßer Form. Kurz gesagt: Aufgehen der KPÖ in einer breiten linken Bewegung, die vor allem die Neuen sozialen Bewegungen und linke Sozialdemokraten umfasst! Also: Eurokommunismus plus Neue soziale Bewegungen! Er nennt als Beispiel die Nordisch-Grünen Linken. Realistischerweise sieht er dafür in Österreich derzeit keinen Ansatz. Meine Meinung: Der Eurokommunismus ist längst am Abstellgleis der Geschichte gelandet und soziale Bewegungen, so wichtig und erfreulich sie auch sind, kom-

men und gehen. Und neben Eurokommunismus und Stalinismus gibt es auch Varianten revolutionärer Politik. Eurokommunismus heißt Sozialdemokratisierung und somit einen Schritt nach rechts.

Fazit

Trotzdem auf jeden Fall eine lezenswerte kurze Darstellung der Geschichte der KPÖ eingebettet in den historischen Rahmen. Schade nur, dass andere kommunistische und revolutionäre Strömungen nicht behandelt werden.

F. S.

Walter Baier:

Das kurze Jahrhundert- Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008

Edition Steinbauer.

Broschur, 304 Seiten, 42 Abbildungen

ISBN: 978-3-902494-39-9

22,50 Euro



Zum Autor: Walter Baier: geboren 1954 in Wien, Sohn eines kommunistischen KZ-Überlebenden, 1972 Beitritt zur KP, 1977 Vorsitzender der moskautreuen Studenten, wenig später ZK-Mitglied, 1994 bis 2006 Chef der KP, heute arbeitet er in den Gremien der Europäischen Linken als einer deren Vordenker und ist Herausgeber der Zeitschrift „transform!“. Aktuell: Versuch der Neubelebung der Parteizeitung „Volksstimme“ als Monatsorgan.

Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken und das Ringen um die Einheitsorganisation, Teil II

Spurensuche auf dem Weg von Bremen über Moskau und Paris nach Barcelona und zurück.

Wenige Tage nach dem ersten Moskauer Schauprozess gegen die alte Garde der Bolschewiken kamen Anfang September 1936 die deutschen Exilschriftsteller in einer Versammlung der deutschen Kommission des Sowjet-Schriftstellerverbandes unter Leitung von Georg Lukács, Johannes R. Becher und Friedrich Wolf zu einer Art „Geheimprozess“ in Moskau zusammen, um „Abweichler“, „Parteifeinde“ und „Opportunisten“ in den eigenen Reihen auszumachen und zu „liquidieren“.⁴¹ Der Kunstschlosser und Redakteur Peter Kast (d.i. Carl Preissner, 1894-1959), im ersten Weltkrieg wegen Befehlsverweigerung verhaftet, seit 1918 Mitglied der KPD und von 1928 bis 1932 zusammen mit Erich Wollenberg Redakteur und Herausgeber der „Roten Fahne“, des Zentralorgans der KPD, sah sich dem Vorwurf

ausgesetzt, ein „Doppelzüngler“ zu sein und die „Parteidisziplin“ verletzt zu haben – u.a. wegen seiner Beziehungen zu den wegen „konterrevolutionär-trotzkistischer Tätigkeit“ aus der Partei ausgeschlossenen oder verhafteten und durch das Sondertribunal des NKWD später verurteilten GenossInnen wie Carola Neher, Zenzi Mühsam, Erich Wollenberg, Hans Günther, Heinrich Meyer und Karl Schmückle. Preissner verteidigte sich mit dem Hinweis, dass er „die trojanischen Hyänenmethoden“ der Trotzlisten schon in Berlin um 1930 durchschaut habe. Und in Bremen hätte er zuvor „seinen eigenartigen Begriff von Parteidisziplin“ im Kampf gegen „die Rechten, unter Führung von Ehlers und Deisen“, beweisen können. Außerdem gehörte er nach 1918 zu den „vier Genossen, die an der Wasserkante, in Bremen, als einzige die Parole ‚Heraus aus den Gewerkschaften – hinein in die Arbeiterunion‘ nicht befolgten. Wir blieben in den Gewerkschaften und wären deshalb seinerzeit beinahe ausgeschlossen worden“.⁴²

Preissner entging der Verhaftung, indem er seinen Kritikern unter

den Moskauer Emigranten durch ein Ausreisegesuch nach Spanien zuvorkam und dort noch 1936 Mitglied der Internationalen Brigaden wurde. In Spanien traf er auf seine alten Bremer Mitstreiter aus den Reihen der Linken, die Verfolgung und KZ-Haft überlebt hatten und später in der „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ (KGF) und in der KPD das spontane Verlangen nach Einheit der Arbeiterparteien in Bremen ab 1945⁴³ mit prägen sollten: Hans Mikisch, Wilhelm Knigge und Heinz Schramm (d.i. Heinrich Windt, genannt Schramm, 1901-1963). Letzterer, vor 1933 Sekretär der Roten Hafenarbeiter Gewerkschaft, ab 1934 zusammen mit Hans Mikisch und Georg Buckendahl Mitglied der illegalen KPD-Bezirksleitung, übernahm in Spanien als Kommandeur zunächst das Bataillon „Hans Beimler“ (Mai-Juli 1937) und im Januar 1938 das nach Edgar André benannte Bataillon der 11. Internationalen Brigade.⁴⁴ Sie waren zuvor den Verhaftungswellen entgangen, die 1936 in Bremen zu zwei öffentlichen Hochverratsprozessen vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht gegen mehr als 170 KPD-Genossen und -Sympathisanten führte (Waldheim-Prozess; Lührs-Prozess).⁴⁵ Der zu ihnen gehörenden großen interfraktionellen Jugendgruppe um Heinz Strelow, Harry Naujoks, Konrad Blenkle, Georg Gumpert, Gustav Böhrnsen, Georg Stockmann, Walter von Perlstein, Edgar Bennert, Henryk Oliver, Klaus und Maria Bücking (Krüger) und den Dannat-Geschwistern wurde u.a. vorgeworfen, folgendes Flugblatt gegen die NS-Intervention im Spanischen Bürgerkrieg verteilt zu haben:

„Deutsche Mütter! 5000 deutsche Söhne sendet der Verräter Adolf Hitler als Kanonenfutter nach Spanien!“

Und möglicherweise gehörten sie in Paris – dem Bestimmungsort zur Durchreise nach Spanien – mit dem aus dem KZ Dachau geflohenen Reichstagsabgeordneten Hans Beimler und den Bremern Wilhelm Knigge (Max) und Josef Miller (Rohde) zu

41– Georg Lukács u.a., *Die Säuberung*. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, herausgegeben von Reinhard Müller, Reinbek 1991. Zu den Teilnehmern zählten neben den oben zitierten u.a. Willi Bredel, Hugo Huppert, Ernst Ottwalt, Alfred Kurella, Gustav Regler, Ernst Fabri. Häresien und Abweichungen von der „Generallinie“ wurden ebenso untersucht wie Wohnungsbesuche, Freundschaftsbeziehungen oder gemeinsames Kartenspiel und Kinobesuche, was dem Bremer Carl Preissner vorgeworfen wurde. Selbst Georg Lukács forderte die „Liquidation der Schädlinge“. Hierzu und zu Carl Preissner (Pseud.: Karl Kast) vgl. auch David Pike, *Deutsche Schriftsteller im sowjetischen Exil 1933-1945*, Frankfurt/M. 1981, S.84ff., S. 471f.

42– Lukács, a.a.O., 1991, S. 527 ff., 534ff.

43– Peter Brandt, *Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/46*, Hamburg 1976, S. 100ff., 179ff.

44– Angela Berg, *Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg*, Essen 2005, zitiert auf den Seiten 76-115, erstmals ausführlich aus den Berichten der Politikommissare über die Politik- und Kulturarbeit der 11. Brigade in den Jahren 1937 und 1938, die dokumentieren, wie schwierig für die in Spanien wirkenden Ausländer es war, Überzeugungsarbeit gegenüber Andersdenkenden zu leisten. Das betraf auch und besonders die von Hans Beimler mit geprägte Miliztruppe, die Columna Durruti (ebenda, S.99). Verfasser der Protokolle waren u. a. Paul Merker, Karl Mewes (Fritz Arndt), Walter Janka, Anton Ackermann und Franz Dahlem. Kommandeure wie Schramm mussten sich immer wieder mit der Bestrafung einzelner Soldaten für Vergehen wegen Zechprellerei, Trunkenheit oder Gehorsamsverweigerung auseinandersetzen und Umerziehung (reeduccion) anordnen (ebenda, S. 138ff.).

45– Inge Maršolek/Rene Ott, *Bremen im 3. Reich*, Bremen 1986, S. 245ff.; Jörg Wollenberg u.a., *Antifaschistischer Widerstand in Bremen 1933-1945*, Bremen 1981 (Universitätsdruck) S. 64ff.

denen, die den deutschen Exilgruppen im Lutetia-Kreis der „Deutschen Volksfront“ unter der Präsidentschaft von Heinrich Mann halfen, eine Übersichtskarte über die frühen Konzentrationslager zusammenzustellen – mit den von ihnen durchlaufenen Bremer Lagern in Mißler, Ochtumsand und Langlütgen und den ihnen bekannten im Freistaat Oldenburg mit Ahrensböök, Vechta und den Emslandlagern (Esterwegen): eine Karte in Folio-Format, die während der Olympischen Sommerspiele im August 1936 in Deutschland von Franzosen und deutschen Widerstandskämpfern verbreitet wurde. An deren Zusammenstellung war das vom Leiter der SAP-Auslandsgruppe, Walter Fabian (Kurt Sachs), gegründete „Bureau de Documentation“ in Paris mit dem Zeitungsausschnittdienst ebenso beteiligt wie die KPD(O)-Emigranten oder die Herausgeber des „Pariser Tageblatts“ und des „Neuen Tagebuchs“, Georg Bernhard und Leopold Schwarzschild.⁴⁶ In Berlin beteiligte sich eine Gruppe kritischer Sozialdemokraten und Kommunisten um Hermann Brill und Otto Brass an dieser Flugblattaktion, die sich nach 1935 als „Deutsche Volksfront“ mit einem „Zehn-Punkte-Programm“ konstituiert hatte und eng mit der Widerstandsgruppe aus den Kreisen der KPD(O) und „Neu Beginnen“ um Walter Uhlmann, Wolfgang Abendroth, Richard Löwenthal und Karl Frank und der illegalen KPD-Leitung in Berlin mit Anton Ackermann und Elli Schmidt kooperierte.⁴⁷ Möglicherweise bestand schon Kontakt zur neuen illegalen KPD-Landesleitung um den ehemaligen Bremer Bezirksleiter Robert Stamm, Adolf Rembte, Herbert Wehner und Käthe Lübeck (Popall). Zahlreiche Mitglieder dieser Gruppe wurden am 27. März 1935 verhaftet, unmittelbar nachdem Stamm den Kontakt zum einstigen SPD-Parteisekretär von Berlin und Reichstagsabgeordneten Franz Künstler aufgenommen hatte.⁴⁸ Nach Wehners Bericht für den Komintern fielen damals über 500 KPD-Funktionäre in die Hand der Gestapo.⁴⁹

Spanien war ihre Hoffnung und Paris eine Enttäuschung

Zusammen mit dem Sozialdemokraten Walter Rother-Romberg, der

ab Juni 1945 im Auftrag des Londoner Exilvorstands und des „Büro Schumacher“ den Aufbau der SPD in der Bremer Region leiten sollte, erlebten sie als Mitglieder der Internationalen Brigaden in Spanien, wie die Einheit des Abwehrkampfes der Linken für die soziale Revolution und den „liberären Kommunismus“ im Bürgerkrieg durch die Auseinandersetzung der anarchosyndikalistischen Bewegung der CNT und der anarchistischen FAI mit den Sozialisten in der UGT und der PSOE, den Kommunisten der PCE und ihrer marxistischen Abspaltung, der antistalinistischen POUM, immer wieder belastet, bedroht und schließlich durch die geheimpolizeilichen Untaten einiger Funktionäre beendet wurde.⁵⁰ Nicht unbeteiligt an dieser Entwicklung war Wilhelm Knigge (Pseud. Max), der in Paris an der Umorientierung der Volksfront-Politik der Komintern und der KPD während des Spanischen Bürgerkrieges unter Walter Ulbricht mitwirkte; einer Politik, die von Anfang an auf entschiedenen Widerstand aus den Kreisen der KPD(Opposition) stieß. Knigge reiste in Ulbrichts Auftrag im Dezember 1937 nach Moskau, um den ehemaligen Bremer Wilhelm Pieck für den

Kurswechsel und die Fortsetzung der „Trotzkistenbekämpfung“ in Spanien zu gewinnen.⁵¹ Der von Walter Ulbricht im Oktober 1936 verfasste „Aufruf zur Versöhnung des deutschen Volkes für Frieden, Freiheit und Wohlstand, gegen 3000 Millionäre“ hatte zuvor für Verwirrung gesorgt, weil er die „werktätigen Anhänger des Nationalsozialismus“ mit einbezog und damit an die in der Weimarer Republik erprobte Taktik anknüpfte, auch Vertreter der Rechtsradikalen für die Volksfront zu gewinnen. Selbst in der KPD-Parteisitze stieß Ulbricht damit auf Widerspruch, insbesondere bei Dahlem und Pieck. Der vornehme Heinrich Mann charakterisierte den auf Liquidation der Volksfront orientierten Ulbricht am 29. Oktober 1937 in einem Brief an Lion Feuchtwanger als „ein vertracktes Polizeigehirn“. Er „sieht über seine persönlichen Intrigen nicht hinaus, und das demokratische Verantwortungsgefühl, das jetzt erlernt werden muss, ist ihm fremd.“⁵² Und der inzwischen durch Ulbricht entmachtete Willy Münzenberg hielt am 8. März 1938 seine Eindrücke über das Scheitern der Volksfrontbewegungen im Exil fest: „Nie war jedenfalls der Gegensatz zwischen deutschen Kommunisten und Sozialisten so groß wie jetzt. Obendrein

46– Zum KZ Mißler und ersten Ansätzen der Bildung einer Einheitsfront zwischen Kommunisten, Sozialisten und Anarchosyndikalisten vgl. Jörg Wollenberg, Gleichschaltung, Unterdrückung und Schutzhaft in der roten Hochburg Bremen: Das Konzentrationslager Mißler. In: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), Herrschaft und Gewalt. Frühe Konzentrationslager 1933-1939. Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945, Band 2, Berlin 2002, S. 245-273. Dort wird u.a. auf das KAPD- und FAUD- Mitglied Jan Onasch verwiesen (S.263), der den Genossen trotz ständiger Misshandlungen und Morddrohungen im KZ immer wieder Mut machte, indem er den KZ-Wächtern zurief: „Wenn ihr mich aufhängt, dann bitte so hoch, dass ihr mich bequem am Arsch lecken könnt.“ (Vgl. den Bericht im „Scheinwerfer“, der illegalen Zeitung der Transportarbeiter Bremens, vom August 1933 und die mündlichen Berichte von Albert Flachmann über seine Erlebnisse in Mißler). Onasch und Schramm blieb es nicht erspart, am 8. Oktober 1933 mit prominenten Sozialdemokraten (Alfred Faust) und Kommunisten (darunter August Raschen) an einer Fahrt aus dem KZ Ochtumsand in den Arbeiterstadtteil Bremen-Gröpelingen teilzunehmen, um dort der Fahnenweihe der NSDAP-Ortsgruppe in der Lindenhofstraße beizuwohnen und darüber in der Presse zu berichten (BNZ, 13.10.1933).

47– Herrmann Brill, Gegen den Strom, Offenbach 1946, S. 7-87; Langkau-Alex, Deutsche Volksfront 1932-1939, 2004, Bd. 2, S. 294-310; Rüdiger Griepenburg, Volksfront und deutsche Sozialdemokratie, Marburg 1971; Theodor Bergmann, „Gegen den Strom“, 2001, S. 283-296.

48– Käthe Popall, Geschichte erzählt. Bremer Arbeiterbiographien, 1985, S. 56-68.

49– Horst Duhnke, Die KPD von 1933-1945, 1972, S.104f.; Hartmut Soell, Der junge Wehner, 1991, S. 344ff.

50– Vgl. hierzu neben den zahlreichen Zeitzeugenberichten zusammenfassend Walther L. Berncker, Krieg in Spanien 1936-1939, Darmstadt 2005 (2. erweiterte Auflage); Robert Schmidt, Das Rot-Schwarze Spanien. Zur Rolle des Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg, Aachen 1986; Patrik von zur Mühlen, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Bonn 1983; Manuel Tunón de Lara u.a., Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt/M. 1987 (Barcelona 1985); Der spanische Bürgerkrieg mit (zeitgenössischen) Aufsätzen von August Thalheimer, Waldemar Bolze, Joaquin Maurin u.a., München 2002 (herausgegeben von der Gruppe Arbeiterstimme); Karl Korsch, Gesamtausgabe, Band 5, 1996.

51– Ursula Langkau-Alex, Deutsche Volksfront 1932-1939, Berlin 2004, Band 2, S. 390f.

52– Zitiert nach Sternburg 1990, S. 394f.; vgl. auch Langkau-Alex 2004, Bd. 2, S.362

schürt man täglich die Gegensätze. Glauben Sie mir, ohne menschliche Treue und ohne Wahrhaftigkeit geht es nicht. Die Deutschen müssen erst lernen, untereinander die Treue zu halten, ehe sie dazu übergehen können, die Massen aufzurufen, ihnen treu zu sein ... Ich befürchte, dass auf lange Zeit ernsthaft Einheitsbestrebungen unfruchtbar geworden sind. Ich sprach hier lange Zeit mit Feuchtwanger, der sich reizend benahm und mir jede Hilfe und Unterstützung anbot ... Bitte schreiben Sie mir bald, welcher Tag Ihnen und Heinrich am besten passt“, um das Glück noch einmal in Monte Carlo herauszufordern.⁵³

Ob der Gründer des linken Presse- und Filmimperiums und Initiator der Volksfrontbewegung aus Enttäuschung über die politische Entwicklung sich anschließend auf der Flucht vor der deutschen Besatzungsarmee in Frankreich selbst erhängte oder ob die Gestapo oder sowjetische Agenten ihn im Herbst 1940 im Waldstück Le Cagnet bei Montagne ermordeten, bleibt bis heute ungeklärt.⁵⁴ Einigen seiner Mitstreiter gelang die Flucht. Andere landeten mit Carl Preissner (alias Peter Kast) und Waldemar Bolze nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges 1939/40 als Flüchtlinge in den französischen Internierungslagern Le Vernet, Gurs oder im „Camp de Milles“. In Milles beteiligte sich Preissner u.a. mit Max Ernst und Friedrich Schramm am Kulturprogramm, u.a. am nachgestellten Berliner Kabarettprogramm „Die Katakombe“ von Max Schlesinger,

um die unzulänglich untergebrachten Internierten zu erheitern und durch rechtzeitige Flucht dem Transport in die deutschen Konzentrationslager zuvorzukommen.⁵⁵ Diese Kunst des Überlebens war auch ein Ergebnis der erstaunlichen Erfahrungen, die sie zuvor in Spanien gesammelt hatten.

Der Anarchosyndikalismus als Kulturbewegung und die CNT als Motor für die soziale und kulturelle Revolution

Mit Recht hat Hans Manfred Bock in seiner Pionierstudie darauf hingewiesen, dass die spezifische Wirkung des Syndikalismus und Linkskommunismus nicht an den gescheiterten Versuchen der Eroberung der Staatsmacht abzulesen ist, sondern eher an der tief reichenden kulturellen Prägung ihrer Anhänger durch eine antiautoritäre Sozialismus-Auffassung, die sich aus der Erfahrung mit und der Kritik an der Bürokratisierung der großen Arbeiterorganisationen ableitete.⁵⁶ Und es ist sicher kein Zufall, dass diese kulturorientierte Wirkung nicht nur deutsche Anarchosyndikalisten 1936 zum Engagement im Spanischen Bürgerkrieg auf republikanischer Seite führte. Die von der größten Organisation des libertären Kommunismus in Europa, der Confederación Nacional del Trabajo (CNT), wesentlich getragene und geprägte soziale und kulturelle Revolution im Spanien des

Bürgerkriegs faszinierte ebenso die „Zwischengruppen“ um die SAP⁵⁷ und die KPO⁵⁸ wie die deutsche und internationale Sozialdemokratie. Und die Hauptlast des Abwehrkampfes trugen die von Kommunisten mehrheitlich geprägten Internationalen Brigaden, deren Überlebenskampf von der Waffenhilfe der UdSSR und Mexikos abhing, weil selbst Volksfrontregierungen in Europa sich jeglicher direkten Unterstützung versagten und über einen Nichtinterventionspakt mit Deutschland auf das „europäische Appeasement“ setzten, ohne damit die militärische Intervention von Hitler und Mussolini zu verhindern.⁵⁹

Noch vor dem Bürgerkrieg hatte die CNT auf ihrem Kongress in Saragossa vom 1. bis 15. Mai 1936 ein Rahmenprogramm verabschiedet, das die „Organisation der neuen Gesellschaft nach der revolutionären Tat“ beschrieb, dabei auf die Förderung und Pflege „schöpferischer, künstlerischer, wissenschaftlicher oder literarischer Tätigkeit“ setzte und für die Experimentierfreudigkeit in einer Gesellschaft plädierte, „die auf der freien Prüfung und der Freiheit beruht, alle Ausdrucksformen des menschlichen Lebens zu tolerieren“. Dazu gehöre auch, „bestimmte Stunden am Tag für Ausstellungen, Theateraufführungen, Filmvorführungen oder Vorträge zu reservieren, die allen Freude und Zerstreuung bringen“.⁶⁰ Wie schon bei den Bremer Linken, so wurde der Bildung und Kultur eine zentrale Aufgabe bei der Realisierung des „freiheitliche Sozialismus“ zugewiesen. Ein Modell, das auf die Erziehungsvorstellungen von Francisco Ferrer zurückgriff, der schon 1901 eine freie Schule in Barcelona gegründet hatte und dessen Theorie der „Bund Entschiedener Schulreformer“ 1923 für die deutschen Pädagogen mit einer Übersetzung zugänglich machte.⁶¹ Und zum Abschluss des ausführlichen Programmentwurfes heißt es: „Diese Schrift darf nicht als etwas Endgültiges angesehen werden, ... als unverrückbare Norm für die Aufbauarbeit des revolutionären Proletariats ... Jeder, der sich klug, mutig und befähigt fühlt, möge unsere Arbeit verbessern“.⁶²

Einige Monate später gab es kaum einen Vertreter der deutschen und internationalen Linken in Spanien, der von den Erfolgen der sozialen und kulturellen Revolution unter den schwierigen Bedingungen

53– Der Brief Münzenbergs vom 8.3.1938 an Nelly Mann wird aus dem Heinrich Mann-Nachlass zitiert von Kirsten Jüngling, Nelly Mann, 2008, S. 94f.

54– Harald Wessel, Münzenbergs Ende, 1991, S. 218-245; Babette Gross, Willi Münzenberg, 1969, S. 334ff.; Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der Geschichte 1990 (2. Auflage), S.145f.

55– André Fontaine, Le Théâtre au Camp des Milles, Hivèr 1939/40, in : Les Camps de Provence, S. 141-163.

56– Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus, Darmstadt 1993, S. 492

57– Vgl. u.a. die Berliner Ausgabe der Schriften von Willy Brandt, Bd. I, S. 306-344 mit Berichten und Analysen zum Bürgerkrieg in Spanien vom Mai bis Oktober 1937.

58– Vgl. u.a. August Thalheimer, Aufzeichnungen über den Aufenthalt in Katalonien vom 19.11. bis 4.12. 1936; Waldemar Bolze, Drei Monate an der Huescafront (April-Juni 1937), in: Der Spanische Bürgerkrieg, hrsg. von der Gruppe Arbeiterstimme, 2002, S.83-104, S.154-178

59– Vgl. Patrik v. z. Mühlen, Spanien war ihre Hoffnung, Bonn 1983, S. 44ff.

60– Das „Rahmenprogramm“ ist abgedruckt in: Ökonomie und Revolution. Texte von Diego Abad de Santillán & Julio Peiro, Berlin (Karin Kramer Verlag) 1975, S.143-160.

61– Francisco Ferrer, Die moderne Schule, Berlin 1923, erneut nachgedruckt im Karin Kramer Verlag 1970 und 1975. Bezeichnend für die Gedenkkultur der Linken in Barcelona ist, dass Ferrer gemeinsam mit Durruti und Ascaso im November 1936 in Barcelona am Rande des Friedhofes auf dem Montjuic beigesetzt wurde – mit der Grabinschrift: „!Ferrer!. !Ascaso!. !Durruti!. Simbolizan y nos recuerdan a tantos anónimos que dieron sus vidas por los ideales de libertad y de justicia social.“

62– Ökonomie und Revolution, a.a.O., S.160

des Bürgerkriegs nicht begeistert war. „Das antifaschistische Spanien“, berichtet z.B. Willy Brandt im Juli 1937, war auch „das Spanien der kulturellen Revolution. Die breiten Massen drängen danach, lesen und schreiben zu lernen und zu lehren. Die jungen Soldaten verschlingen gute Literatur und theoretische Bücher im Schützengraben. Im Hinterland entstehen prächtige kulturelle Zentren. Das spanische Mädel wird freier. Die antikulturelle Macht der Kirche ist gebrochen“.⁶³ In der Tat gelang es während des Bürgerkrieges, das Kultur- und Bildungswesen entscheidend voranzutreiben. Schnell wurde ein „Rat für die neue Einheitsschule“ gegründet. Als wichtige Einrichtung zur Verbreitung der Kultur entstand schon im April 1936 auf Anregung aller Parteien der Volksfront die „Cultura Popular“, deren Arbeit von dem Arbeiterbund für Kultur und Sport und der Jugendfront (Frente de la Juventud) getragen wurde. Sie begannen ihre Alphabetisierungskampagnen mit der „Antifaschistischen Schulfibel“ und organisierten „mobile“ Vortragsprogramme. „Kulturecken“, „Soldatenheime“ mit eigenen Unterrichtsräumen und Büchereien, Schulungsclubs für einzelne Brigaden und Bataillone; – aber auch in Krankenhäusern, Fabriken oder landwirtschaftlichen Kooperativen – wurden erfolgreich aus dem Boden gestampft. Zahlreiche Bibliotheken entstanden, Festivals wurden organisiert. Buchveröffentlichungen, Film- und Schallplattenproduktionen sorgten für die Verbreitung der „Cultura Popular“ auch im Schützengraben.⁶⁴ Die mobilen Einsatzgruppen der „Cultura Popular“ erreichten die weit entfernten Dörfer und Frontabschnitte. „Innerhalb eines Jahres“, so Manuel Tuñón de Lara in seinem materialreichen Überblick zu Kultur und Kulturen, „richtete die ‚Cultura Popular‘ in Madrid und Valencia 1.097 Bibliotheken ein, die Mehrzahl davon bei Fronteinheiten und in Kasernen“. Volksuniversitäten entstanden. Die „Autonome Universität“ von Barcelona strahlte Funkkollegkurse aus. Die Bilanz für den schwierigen Zeitraum von Mai 1937 bis zum August 1938 ergibt: Einrichtung von 167 „Soldatenheimen“, 362.000 Stunden Einzelunterricht und 531.000 Stunden Gruppenunterricht, 75.000 Soldaten lernen

Lesen und Schreiben, mehr als 20.000 Reden und Vorträge werden gehalten und 600 Filmvorführungen veranstaltet, 1.400 Frontbibliotheken eingerichtet – neben 1.000 Büchereien in Kasernen und Krankenhäusern.⁶⁵ Eine außerordentliche Bedeutung gewann die Filmarbeit im Spanischen Bürgerkrieg. Es kamen nicht nur ausländische Filmemacher nach Spanien wie



der Niederländer Joris Ivens (Spanish Earth, 1937), der Russe Roman Karmen (Ispania, 1936/37); der Franzose André Malraux (Éspero, 1939). Es entstand zugleich eine eigene Kinoproduktion. Die CNT beherrschte bis zum Juni 1937 die kollektivierte spanische Filmindustrie und ließ 1936/37 mindestens 31 Dokumentarfilme und acht Spielfilme drehen. Sie übernahm mit ihren in Barcelona eingeschriebenen 250.000 Mitgliedern auch die 116 Lichtspieltheater in der Hauptstadt Kataloniens.⁶⁶

Was trotz aller Kontroversen zwischen Sozialisten, Kommunisten und Anarchosyndikalisten Spanien zur Hoffnung für die deutsche und internationale Linke machte, waren

die schnell realisierten ersten Erfolge einer breit angelegten sozialen Revolution, geprägt von Ausgangsbedingungen, die nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs ungleich ungünstiger erschienen als die an inneren Widersprüchen in den Lagern der Arbeiterbewegung und am Verrat der Führung der MSPD gescheiterte Novemberrevolution in Deutschland oder die von den Militärs und Freikorps zerschlagenen Räterepubliken in Bremen und München wie auch im Ruhrgebiet. Spanien hatte seit dem Juli 1936 sein Gesicht verändert. Die Macht der Kirche, der Großgrundbesitzer, der Großunternehmer und Banken war im ersten Ansturm genommen worden. Bis dahin galt Spanien als ein Land mit schier unüberwindbaren Gegensätzen. Seine Sozialstruktur hatte sich seit dem Feudalzeitalter kaum geändert. Zwei Drittel der Bevölkerung lebten von der Landwirtschaft. 50.000 Großgrundbesitzer standen zwei Millionen besitzlosen Landarbeitern gegenüber. Andererseits gab es in Katalonien, in Asturien und im Baskenland moderne Industriezentren. Die Kapitalmehrheit der großen Gruben, Hüttenwerke, Schiffswerften und Textilfabriken lag jedoch zum größten Teil in britischen, amerikanischen, französischen oder deutschen Händen. Die spanischen Gewerkschaften zählten dagegen zu den bestorganisierten und radikalsten Europas. Noch vor der sozialistischen Gewerkschaft Unión General de Trabajadores (UGT) mit rund 1,5 Millionen Mitgliedern stand die anarchistische Arbeiterbewegung, die anarcho-syndikalistische CNT mit 2 Millionen Mitgliedern. Beide Organisationen bildeten die Basis der republikanischen Arbeitermilizen, die sich sofort und energisch den Putschisten um Francisco Franco im Juli 1936 entgegenstellten, die Soldaten und Polizisten entwaffneten und die Kasernen stürmten. Der Sturm der Söldnerarmee Francos auf Madrid konnte

63– Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien. Referat Brandts auf der Sitzung der erweiterten Parteileitung der SAP, 5. Juli 1937 in Paris. Zitiert nach der Berliner Ausgabe, Band I, S.322. Dazu: Walther L. Bernecker, Willy Brandt y la Guerra de España, in: Revista de Estudios Políticos 29, 1982, S. 7-25.

64– Vgl. dazu Antoine de Saint Exupéry, Gesammelte Schriften, Bd.3, 1959, S.100f.

65– Manuel Tuñón de Lara, Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt/M. 1987, S.471ff.

66– Vgl. W. M. Hamdorf, in: Filmdienst 15/1996, S. 36-40.

dank der Unterstützung der Internationalen Brigaden im November 1936 abgewehrt werden. „No pasarán – Sie werden nicht durchkommen“, lautete die Parole, die die kommunistische Abgeordnete Dolores Ibárruri („La Pasionaria“) prägte. Die Arbeiter-Milizen übernahmen in Großstädten die Macht, und die Landbevölkerung in Andalusien setzte schnell weitgehende, vorher für unmöglich gehaltene soziale Veränderungen durch. Die spontane Abwehr des Militärputsches ging in einigen Regionen wie in Andalusien, Aragón, Katalonien und Asturien bruchlos über in eine soziale Revolution. Unternehmen und Lati-fundien wurden besetzt und enteignet, Kirchen teilweise angezündet. In Barcelona bildete die Übernahme der Industriebetriebe und öffentlichen Einrichtungen durch die Belegschaften die Regel. 70 Prozent der gesamten Industrie und des Handels wurden in Katalonien sozialisiert. In Aragón entstanden 450 kollektiv bewirtschaftete landwirtschaftliche Betriebe mit 500.000 Bauern. „Nicht befehlen, überzeugen“, lautete das von dem an der Seite von Durruti kämpfenden deutschen Schriftsteller Carl Einstein (1885-1940) formulierte Prinzip des Handelns der Anarchosyndikalisten und Linksozialisten. In vielen Dörfern schaffte man das Geld ab. Frauen trugen Overalls und Gewehre. Die Befreiung der Frau wurde zu einem zentralen Lernprozess innerhalb der Revolution. Prostitution und Werten wurden abgeschafft. Krawatten und Hüte verschwanden. Das Kernziel der syndikalistischen Theorie schien selbst im Bürgerkrieg in großen Teilen des Landes realisiert: Die spanische Arbeiterklasse hatte sich – für kurze Zeit – aus eigenen Kräften von der Ausbeutung durch das kapitalistische Lohnsystem befreit. Und dennoch sollte sich die „unge-

legene Revolution“ in Spanien spätestens seit 1937 mit der Hexenjagd auf die „unkontrollierten“ Anhänger der POUM zu einem Kampfplatz einer zerbrochenen Solidarität zwischen Sozialisten, Kommunisten und Anarchosyndikalisten entwickeln. Der blutige Mai (1937) in Barcelona bedrohte nicht nur die Weiterexistenz der Volksfrontregierung in Spanien, sondern auch den Brückenbau aller linken Exilgruppen mit Bürgerlichen im Pariser „Lutetia-Kreis“. Der Spanische Bürgerkrieg und die parallel dazu laufenden Moskauer Prozesse läuteten das Ende der „Deutschen Volksfront“ zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau ein.⁶⁷ Als erste verließen die Zwischengruppen aus den Reihen der SAP und KPO das Bündnis. Diese spalteten sich im Februar 1937 durch die Auseinandersetzung über die Politik Stalins. Walter Fabian und Erwin Ackerknecht gründete nach dem Ausschluss im März 1937 die Gruppe „Neuer Weg“. Der Repräsentant der Bremer Linken, Paul Frölich, gab als ausgeschlossener Mitgründer der KPD für diese Gruppe die erste vollständige Ausgabe der 1918 im Zuchthaus verfassten kritisch-solidarischen Schrift über die „Russische Revolution“ von Rosa Luxemburg heraus – in Paris im Jahr 1939 als zentrale Programmschrift für eine glaubwürdige linke Bündnispolitik, die Luxemburgs Axiom verpflichtet bleibt: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – und mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“.⁶⁸

Es war der Stalinismus, der den Gründern der Sowjetunion den Prozess machte, während die westlichen Demokratien und Volksfrontregierungen dem spanischen Kampf mit verschränkten Armen zusahen, der

damals den Glauben vieler Menschen an den sowjetischen Weg zum Sozialismus zerstörte. Die spanischen Faschisten vor sich, Hitlers Bomber über sich und Stalins NKWD im Rücken, diese Zerreißprobe haben zahlreiche Linke schon in Spanien nicht überstanden. Einige von ihnen gingen nach Spanien zum „bedrohten Freund, nachdem sich Rußland als der entartete herausgestellt hatte“, wie der Schriftsteller Gustav Regler, Teilnehmer an dem eingangs zitierten Geheimprozess in Moskau und Schwiegersohn des Bremer Linken vom Barkenhoff aus Worpsswede, Heinrich Vogeler, notierte. In Spanien mussten sie freilich erleben, dass die Tradition des britisch-französischen Appeasements zur Verweigerung einer Waffenhilfe für die bedrohte Republik führte und im Münchner Abkommen vom September 1938 mit Hitler und Mussolini kulminierte. Dieser Freifahrtschein der Westmächte für Hitlers Zug gen Osten besiegelte das Ende der Spanischen Republik, weil sich die düpierte Sowjetunion durch diese kurzfristige Friedfertigkeit gegen die NS-Diktatur gezwungen sah, aus dem System der kollektiven Sicherheit auszuscheren, die Waffenhilfe für die Spanische Republik einzustellen und das Arrangement mit Nazideutschland im August 1939 (Hitler-Stalin-Nichtangriffspakt) einzugehen.⁶⁹ Unmissverständlich hat Adolf Hitler diese für Außenstehende kaum durchschaubare, nicht nur das linke Lager verwirrende Politik in einem Gespräch mit dem Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig, dem Schweizer Historiker Carl Jacob Burckhardt, schon vorher so beschrieben: „Alles, was ich unternehme, ist gegen Russland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden“.⁷⁰

Den von der sowjetischen Waffenhilfe abhängigen Mitgliedern der internationalen Brigaden und spanischen Anhängern der Republik blieb ein weiteres schweres Schicksal nicht erspart. Sie wurden nach dem Ende des Bürgerkriegs als Flüchtlinge in Lagern in Südfrankreich interniert und von dort nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche

67– Vgl. Ursula Langkau-Alex, *Deutsche Volksfront 1932-1939, Band I-III*, Berlin 2004, vor allem Bd. II, S. 155-204.

68– Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke, Band 4*, Berlin 1974, S.359 (hier noch als Fußnote 3 verborgen); Annelies Laschitzka (Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung), *Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskriptes „Zur Russischen Revolution“ und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin*, Berlin 1990. Schon 1948 hatte Peter Blachstein im Friedrich Oetinger-Verlag eine Neuauflage herausgegeben, die auf die erste vollständige Ausgabe der politischen Emigranten von 1939 zurückgriff. Blachstein gehörte zu der aus der SAP ausgetretenen Gruppe „Neuer Weg“.

69– Vgl. Christoph Kleßmann, *Alptraum der Koalitionen – Britisch-französische Appeasement und Hitler-Stalin-Pakt*, in: Menetekel. Das Gesicht des Zweiten Weltkrieges. Nürnberger Gespräch zum 50. Jahrestag der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von Jörg Wollenberg, Krakau/Nürnberg 1991, S. 81f.

70– C. J. Burckhardt, *Meine Danziger Mission 1937-1939*, München 1960.

Wehrmacht in die Konzentrationslager der Nationalsozialisten verschleppt, sofern sie nicht rechtzeitig in ein neues Exilland ausweichen konnten. Zerrieben zwischen den Erwartungen einer sozialen Revolution und der Verteidigung der Republik endete die „Hoffnung Spanien“ mit einer zerbrochenen Linken. Für die deutschen Antifaschisten trugen diese Ereignisse am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zur weiteren Polarisierung bei. Die Machteroberung Hitlers von 1933 konnte weder in Österreich, im Saarland noch in Spanien – trotz aller Einheitsbekundungen und Volksfrontbündnisse – korrigiert, geschweige denn rückgängig gemacht werden. Gerade der Kampfplatz Spanien zeigt die ganze Tragödie einer Generation, die in den Faschismus geriet und ihm trotz aller Formen des Widerstands erlag. „Wir wussten, ob wir kämpften oder die Zeitung lasen, dass die Freiheit verlor. Nicht nur in Spanien.“ Denn „der Bürgerkrieg verwirrte und entzweite seine Helden“. Das schrieb Wolfgang Koepen in einer Besprechung der „Ästhetik des Widerstands“ von Peter Weiss. Weiss hatte die Zerschlagung der Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919 zum Ausgangspunkt gewählt und den Spanischen Bürgerkrieg mit Picassos Kunstwerk „Guernica“ in den Mittelpunkt seines dreibändigen Jahrhundertromans „Die Ästhetik des Widerstands“ (1975-1981) gestellt, um über die radikale Infragestellung und Selbstüberprüfung der traditionellen Arbeiterbewegung zu einer Beschreibung der gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart zu gelangen, die innerhalb der Linken endlich auf die „Deformierung durch Autorität“ und die „Zerstörung der Selbstständigkeit“ verzichten sollte. Nur so könne „das alte zähe Muster“ der auf Raub, Plünderung und Imperialismus begründeten Gesellschaft verabschiedet und Rosa Luxemburgs in Bremen seit 1911 immer wieder diskutierter „kategorischer Imperativ“ zum Sieg verholfen werden: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, sagt das Kommunistische Manifest, und es versteht unter Arbeiterklasse nicht etwa einen sieben oder auch zwölfköpfigen Parteivorstand, sondern die aufgeklärte Masse des Proletariats in eigener Person. Jeder Schritt vorwärts im Emanzipations-

kampf der Arbeiterklasse muss zugleich eine wachsende Verselbständigung ihrer Masse, ihre wachsende Selbstbetätigung, Selbstbestimmung und Initiative bedeuten.“⁷¹ Endlich müsse „auch Platz sein für den Lautréamont und Rimbaud des Kommunismus!“⁷²

Postscriptum: (So) Viel Anfang war nie ...

Unter den Exilvertretern und den aus den Konzentrationslagern befreiten Antifaschisten waren die Einsichten über die Zukunft eines neuen unabhängigen und sozialistischen Deutschland zunächst weit verbreitet. Sie verschwanden jedoch wie viele andere Denkschriften mit der Eskalation des Kalten Krieges nach 1947/48 in den Schubladen. Noch 1946 waren Parolen wie „Freiheit und Frieden durch Sozialismus“ nicht zu übersehen, wie der britische Sozialist Fenner Brockway in seinem Deutschen Tagebuch vom Mai 1946 notierte.⁷³ „Sozialismus, die Gegenwartsaufgabe“ verkündete Kurt Schumacher immer wieder nach der Befreiung, während die KPD am 11. Juni 1945 angesichts von „Ruinen, Schutt und Asche“ vorsichtiger dafür plädierte, erst einmal die bürgerliche Revolution von 1848 zu vollenden und eine Wiederholung der Fehler von 1918 zu vermeiden. Die Forderung nach einer

Einheitsfront der Arbeiterbewegung, von Willy Brandt und August Enderle im schwedischen Exil gemeinsam mit Kommunisten wie Karl Mewes und Herbert Warnke vertreten, versank schnell im blinden Antikommunismus. Dieses Konzept wurde bald auch von den SED-Vertretern aufgegeben, die im skandinavischen Exil noch mit den Sozialdemokraten zusammengearbeitet und in der SBZ/DDR wichtige Funktionen übernommen hatten (z.B. Karl Mewes, Erich Glückauf, Josef Miller, Wolfgang Steinitz, Herbert Warnke, Max Seydewitz).⁷⁴ Schnell bestimmten die selbsternannten oder eingesetzten fremdgesteuerten Kader erneut die wieder zentralistisch orientierte Politik von oben. Der im Widerstand und im Buchenwalder Manifest vom unabhängigen Sozialisten Hermann Brill geforderte Neubeginn im Aufruf „Frieden, Freiheit und Sozialismus“ scheiterte bald nach seiner Weimarer Gründung des „Bundes demokratischer Sozialisten“ vom 8. Mai 1945 am Widerstand des ZK der KPD unter Walter Ulbricht.⁷⁵ Und dem vom Sekretär im Zentralkomitee der KPD nach 1945, Anton Ackermann, eingebrachten Vorschlag eines „deutschen Weges zum Sozialismus“ widerfuhr das gleiche Schicksal.

In der systematischen Unterdrückung der Eigeninitiativen von unten hatten die Bremer Linken eine

71– Rosa Luxemburg am 28. August 1911, in: *Gesammelte Werke, Band 3*, Berlin 1973, S. 38. Dazu Jörg Wollenberg, *Pergamonaltar und Arbeiterbewegung. „Linie Luxemburg-Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der historischen Fehler“* (Peter Weiss), in: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 5/2005

72– Letzte Notiz von Peter Weiss nach Abschluss der „Ästhetik des Widerstands“, in: *Notizbücher 1971-1980*, Frankfurt/M. 1983, S.722. Comte de Lautréamont (d. i. Isidore Lucien Ducasse, 1846-1870), ein verfemter französischer Autor des Bösen mit den „Gesängen des Maldoror“ von 1869, und Arthur Rimbaud (1854-1891) zählen als Vorläufer der Surrealisten zu den Literaten des revolutionären Illuminismus und des Symbolismus und gelten als „Schleusenmeister der Literatur von morgen“ (André Gide).

73– Fenner Brockway, *German Diary*, London 1946, S.124

74– Vgl. u. a. Jan Peters, *EXILLAND SCHWEDEN. Deutsche und schwedische Antifaschisten 1933-1945*, Berlin 1984; Jörg Wollenberg, *Wie Emigranten in Schweden über die Zukunft Deutschlands dachten*, in: Reinhard Kühnl/Eckart Spoo (Hg.), *Was aus Deutschland werden sollte. Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten*, Heilbronn 1995, S. 138-146.; Einhart Lorenz u.a. (Hg.), *Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933-1950*, Hamburg 1998; Klaus Misgeld, *Die Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten in Stockholm 1942-1945*, Stockholm 1978; *Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933-1945*, hrsg. von Werner Mittenzwei, Bd. 5, Frankfurt/M 1981; Dieter Günther, *Gewerkschafter im Exil. Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden von 1938-1945*, Marburg 1982; Dieter Nelles/Armin Nolzen: *Adam Trott zu Solz' Treffen mit Willy Brandt in Stockholm im Juni 1944*, in: *Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939-1945*, Göttingen 2003, S. 243-259.

75– *Buchenwalder Manifest* vom 13. April 1945, zitiert nach Hermann Brill, *Gegen den Strom*, 1946, S.100, unterschrieben von 44 Sozialdemokraten und Kommunisten aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Belgien, der CSR und dem Saarland. Dazu auch die Rede von Brill auf dem 1. Buchenwalder Volkskongress, 23.4.1945 (Overesch, Hermann Brill, 1995, S. 150-153).

wesentliche Ursache für die Niederlage im Kampf um eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft gesehen. Hier gilt es anzuknüpfen und in der Bildungsarbeit eigenverantwortliche Tätigkeit und Selbstbestimmung wieder einzuüben. Nur so ließe sich eine sozialistische Republik von unten erreichen. Hat jedoch ein solcher Ansatz überhaupt angesichts des „Strukturkonservatismus“ in der Arbeiterbewegung eine Chance auf Realisierung? Ist man in den Führungsetagen bereit, über notwendige Veränderungen nachzudenken?

Angesichts der Fehler und des Versagens der kommunistisch orientierten Arbeiterbewegung fasste Peter Weiss – in Kenntnis der Schriften von Rosa Luxemburg und neben Antonio Gramsci auch von August Thalheimer und Heinrich Brandler – lange vor 1989 noch einmal seine Reflexionen über die Opfer des Faschismus und Stalinismus, vor allem die Widersprüche im sowjetkommunistischen Lager in Folge des Spanischen Bürgerkrieges, der Moskauer Prozesse und des Hitler-Stalin-Paktes zusammen:

„Die Forderung kam auf uns zu: zu unterscheiden zwischen den Morden der Faschisten und den Morden, die auf unsrer Seite begangen wurden. Hinter den faschistischen Morden sahen wir ein für immer mörderisches System, in dem es nur einen einzigen Änderungsversuch gab, welcher nicht aussichtslos war: der Angriff mit dem Ziel der völligen Vernichtung. Die Verbrechen im Namen des Kommunismus, so ungeheuerlich sie auch waren, ließen sich zurückführen auf historisch bedingte Deformationen: sie konnten, auf dem Weg der Vernunft, zu einer Klärung gebracht werden. Während der Faschismus für immer verdammt werden musste, waren im Kommunismus die Ausartungen unterm Druck einer kollektiven Paranoia zu verurteilen, doch wir konnten uns eine Zeit vorstellen, in der die Despotie ausgemerzt, die Bleikammern geöffnet, die Hintergründe der Unmenschlichkeit dargelegt, die Opfer rehabilitiert sein würden: dafür

kämpften wir. Manchmal aber fürchteten wir, dass alles schon allzu sehr vom Wahnsinn zerfressen und verwildert war, als dass es noch ein objektives Denken, ein Eingreifen in die eigne Geschichte geben könnte. Wir waren schrecklich bedroht.



Denkmal für die Verteidiger der Bremer Räterepublik 10.1.-4.2.1919
1922 von Bernhard Hoetger geschaffen
1933 von den Nationalsozialisten zerstört

Wir mussten uns noch einmal entscheiden. Zwischen zwei Schrecklichkeiten zogen wir die eine vor, die vielleicht noch einen Ausweg, eine Möglichkeit zur Verbesserung enthielt. Starr vor Schrecken mussten wir unsre Wahl treffen – doch ich verstand Hodann, der sich von dieser Partei abwandte“.⁷⁶

Sich wie der Arzt und Sexualpädagoge Max Hodann von der Partei abzuwenden, muss auch nach dem „Geschichtsbruch“ von 1989/90 und der Öffnung der „Bleikammern“ nicht heißen, den Sozialismus insgesamt auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Erinnerungsarbeit – als konstruktive Form der politisch bewussten Aneignung von Geschichte für die Gegenwart und Zukunft, die die Frage nach den Opfern des Fa-

schismus und Stalinismus nicht ausklammert – bedeutet für Peter Weiss keinesfalls, das Projekt Sozialismus aufzugeben. Der „russische Sonderfall“, so schon August Thalheimer, die „allmächtige Regierungsmaschine des alle Seiten dieser Gesellschaft beherrschenden Zwanges“ ist zu überwinden „und stattdessen das freiwillige von der Selbstdisziplin geleitete, zur selbstverständlichen Gewohnheit gewordene und bewusste kollektive Handeln“ zu fordern.⁷⁷ Aus der dialektischen Begriffsfassung „eines Anfanges des Sozialismus“, in dem der „Widerspruch des Ausgangspunktes“, aber auch des „noch nicht Erreicht-habens des Endpunktes“ enthalten ist, ergibt sich die Aufgabe, „nicht fortzusetzen, wo die Russen aufgehört haben, sondern neu anzufangen“. Soweit August Thalheimer in einem erst 1971 veröffentlichten Manuskript „Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst“.

Und Peter Weiss, der uns in seiner Bildungsreise mitten durch die Kriege der Klassen vornehmlich auf den Spuren der konspirativen Arbeit und inneren Konflikte der deutschen kommunistischen Zellen – auch im Exil, vor allem in Frankreich, Spanien und Schweden – führt, hält resümierend fest: „Europa ist ein einziger Friedhof von betrogenen, verratenen und gemordeten Hoffnungen. Von der Strangulierung des Spanischen Bürgerkriegs, der Preisgabe der Widerstandsbewegung nach dem 2. Weltkrieg, der Verschacherung der westlichen Kommunistischen Parteien durch den Marshallplan, bis zur Aufteilung in die Großmachtblöcke Ost und West, wölbt der Dunghaufen Europa seine Fäulnis immer höher, stinkend zum Himmel.“⁷⁸ Im Schlussband der Romantrilogie konstatiert Peter Weiss dazu: „Dies war das Furchtbare, dass die Partei, deren Aufgabe es gewesen wäre, für die Befreiung der Kultur zu wirken, ihre schöpferischen Denker vernichtete und nur die Schablonen noch gelten ließ. Sie alle, die sich um Luxemburg versammelt hatten, waren Fürsprecher einer Revolution gewesen, die die guten Fähigkeiten der Menschen zur Entwicklung bringen sollte, und so wie der Faschismus eingeschlagen hatte auf die differenzierten Leistungen von Kunst und Literatur, so war auch vom Zentrum des Kommunismus die Destruktion der Intellektuellen angeordnet worden.“⁷⁹

Ein herausragender und intimer Zeitzeuge dieser Ereignisse, Heinrich

76– Peter Weiss, Notizbücher 1971-1980, Bd. II, 1981, S. 722 f.

77– August Thalheimer, Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst, Bremen 1971, S.10f.

78– Notizbücher 1960-1971, II, S. 851

79– Peter Weiss, Ästhetik des Widerstands, Band 3, Teil I, S. 151

80– Mitschrift eines Referats von Brandler in seiner Wohnung, Archiv Jörg Wollenberg, Nachlass Heinz Kundel, S. 1-17

Brandler (1881-1967), hat wenige Wochen vor seinem Tode (in Gegenwart der Bremer und Hamburger Genossen der „Gruppe Arbeiterpolitik“) die wesentlichen Kritikpunkte dieser Entwicklung noch einmal zusammenzufassen versucht. In einem unveröffentlichten Manuskript⁸⁰ geht er dabei von der Frage aus, warum schon vor dem Faschismus der Kampf um die Einheitsfront scheiterte und die Volksfrontpolitik als alternativer Ansatz zu bekämpfen war. Der Mitbegründer der Bremer Linken und der KPD wurde als Nachfolger von Paul Levi im Vorsitz der KPD zum Sündenbock für die „verratene Revolution“ vom Oktober 1923 mit ihrer gescheiterten Bündnispolitik erklärt. Vergeblich versuchte Brandler anschließend, mit seinem Weggefährten August Thalheimer als Oppositioneller die inzwischen stalinisierte KPD „zurückzuerobern“. Aber, so Brandler, „wir standen immer unter dem Vorwurf, wir seien Luxemburgianer mit allen ihren Fehlern“. Dabei habe er seit seinen Bremer Jahren ab 1904 gelegentlich gegen Rosa Luxemburg argumentiert, besonders was die Gewerkschaftsbürokratie und den Massenstreik betraf. Und mit den Bremer Linken um Johann Knief sei er im Herbst 1916 der Kritik von Rosa und Jogiches entgegengetreten, „daß wir uns zu sehr mit der Bremer ‚Arbeiterpolitik‘ solidarisierten“ und zu wenig mit dem Spartakusbund. „Wir haben zwar die ganze Zeit zu den Linksradikalen um Rosa Luxemburg, Mehring usw. gehört, das bedeutet aber nicht, daß wir ihre Politik, die auch Lenin kritisierte

und wie sie in der Juniusbroschüre vertreten wurde, in allen Fragen unterstützten, was damals in der Arbeiterpolitik abgedruckt wurde, die wir unterstützten“. Brandlers Kritik an den Arbeiter- und Soldatenräten, die er wegen ihrer wenig kämpferischen Politik und der Zustimmung zur Nationalversammlung als „Angst- und Sorgenräte“ charakterisierte, veranlasste ihn Ende Januar 1919, die Rolle der Räte als selbständige Staatsorgane der Revolution zu begründen und dazu die Broschüre „Durch Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus“ vorzulegen. Auf dem ersten Kongress der Betriebsräte der Gewerkschaften Deutschlands von 1920 konkretisierte Brandler in Auseinandersetzung mit Rudolf Hilferding (USPD) seine politische Einheitsfronttaktik (mit den Arbeitern durch Wahlen in den Betrieben) in einer Rede, auf die er in seinen zahlreichen Referaten auf den Betriebsrätekonferenzen in Bremen, Hamburg, Sachsen, Thüringen und Rheinland-Westfalen immer wieder zurückgriff – „Referate, die ich noch 1922, als ich nach der Amnestie nach dem Rathenau-Mord (aus Moskau, J.W.) zurückkam, gehalten habe“. (S. 17) Orientiert an den eigenen Erfahrungen als Gewerkschaftssekretär des Bauarbeiter-Verbandes in Bremen und Chemnitz vor 1914 setzte Brandler stets auf den Masseneinfluss der reformistischen Gewerkschaften und vertraute nicht allein der Partei. Deshalb sprach er sich 1920 mit Paul Levi gegen die „Schaffung der Kommunistischen Internationale als einer zentralen Einheitsorganisation für die Entwicklung des Weltkom-

munismus und der Weltrevolution, die von Moskau aus ... die Führung übernimmt“, aus. (S. 6) Denn „mein Standpunkt ist – und davon bin ich immer ausgegangen: Nur wenn man den entscheidenden Teil der Arbeiterklasse für die revolutionären Ziele gewinnen kann, nicht nur für die Propaganda, sondern daß sie in der Tat sich dafür einsetzen, dann ist die Revolution möglich“. (S.6) Schon 1916 hätte er sich, so Brandler in seinen Erinnerungen von 1967, gegen Paul Frölichs Artikelserie in der Bremer Arbeiterpolitik zu Gewerkschaftsproblemen gewandt und Frölichs Appell „Schluß mit den reformistischen Gewerkschaften, sie hindern nur die Arbeiterschaft“ bekämpft. Deshalb habe er dem Chefredakteur Johann Knief mitgeteilt, auf eine weitere Mitarbeit zu verzichten: „Wegen dieses Artikels habe ich dann abgelehnt. Aber Knief hat mir dann geschrieben, so wichtig sei doch diese Sache nicht. Worauf ich ihm antwortete: ‚Für Dich ist es nicht wichtig als Schulmeister. Du weißt nicht um die Bedeutung dieser Gewerkschaften auch im Krieg und nach dem Kriege‘. Und ich habe keine Zeile für die ‚Arbeiterpolitik‘ geschrieben“. (S. 3)

Heinrich Brandler ging davon aus, dass Wolfgang Abendroth das Vorwort zu diesem „Nachruf zu Lebzeiten“ verfassen würde. Abendroth, ehemaliges prominentes Mitglied der KPD(O), war nach 1945 als „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer“ (Jürgen Habermas) bei aller leidenschaftlichen Kritik am Stalinismus mit seinen früheren Fraktionsfreunden nicht ins Lager des Antikommunismus übergelaufen. Er setzte trotz aller Niederlagen der sozialistischen Arbeiterbewegung weiter auf den Weg zu Humanität und Sozialismus. 1967 verfasste er in der „Neuen Kritik“, Heft 44, einen Nachruf auf Brandler, der folgendermaßen endete: „Ihm ist es stets um die Sache des Sozialismus, nicht um seinen persönlichen Ruhm, gegangen, seit er schon vor der Jahrhundertwende als junger Arbeiter in die Gewerkschaftsbewegung und die damals noch revolutionäre Sozialdemokratie eingetreten war. So wird Heinrich Brandlers Charakter ein Vorbild für neue Generationen der sozialistischen Bewegungen bleiben, gleichgültig, ob man im einzelnen alle seine Entscheidungen billigt oder nicht“.⁸¹

Jörg Wollenberg

81– Nachgedruckt in W. Abendroth, Die Aktualität der Arbeiterbewegung, hrsg. von J. Perels, 1985, S. 174f.

August Thalheimer Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben von
Heiner Jestrabek.

Bestellungen an:
T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Mumia Abu-Jamal

Exekution nach 27 Jahren Todestrakt?

„Eure Ideen selbst sind Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, wie euer Recht nur der zum Gesetz erhobene Wille eurer Klasse ist, ein Wille, dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen eurer Klasse.“ Der Satz aus dem aus dem Kommunistischen Manifest hat sich in den 160 Jahren seit er von Marx und Engels veröffentlicht wurde, in der Justizgeschichte bürgerlicher Demokratien vielfach bestätigt, auch durch politisch gewollte, im Wissen um die Unschuld der Opfer herbeigeführte und vollstreckte Todesurteile – wie 1927 in den USA trotz weltweiter Proteste und Massenkundgebungen mit der Hinrichtung von Sacco und Van-zetti. Fast ausschließlich sind Angehörige der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung betroffen, besonders wenn sie als Mitglieder kommunistischer, sozialistischer oder anarchistischer Organisationen gelten, oder wie Mumia Abu-Jamal zum afroamerikanischen Widerstand in den USA gehören. Niemand kann sagen, ob es Tage, Wochen oder wenige Monate sein werden, bis durch den obersten Gerichtshof der USA, den U.S. Supreme Court, über sein Schicksal entschieden wird.

Recht statt Gerechtigkeit

Bestätigung des Todesurteils oder lebenslange Haft – juristisch geht es jetzt nur noch darum, nachdem alle Bemühungen seiner Anwälte, die Wiederaufnahme seines Verfahrens zu erreichen, gescheitert sind. Der Oberste Gerichtshof der USA kann, seiner Funktion entsprechend, nur darüber entscheiden, ob entweder der Verlauf eines Verfahrens oder aber ein Urteil, oder sowohl das eine wie das andere gegen die US-Verfassung verstoßen oder nicht. Zum einen also: das Verfahren 1982 gegen Mumia als verfassungswidrig einstufen und von einem zuständigen Gericht neu verhandeln lassen.

Das hat der Supreme Court in seiner Entscheidung vom 6. April 2009 bereits getan: Der Antrag der Verteidigung auf ein neues und faires Verfahren, wie es seit Jahren auch von Menschenrechtsorganisationen und internationaler Solidaritätsbewegung gefordert wird, wurde ohne jegliche Begründung verworfen. Die Antwort an Mumias Anwalt Robert Bryan bestand aus zwei Worten: „Antrag abgelehnt“.

Zum anderen, und bei der jetzt anstehenden Entscheidung geht es nur noch darum: Bestätigung oder Aufhebung des Urteils vom 3. Juli 1982 wegen angeblicher erwiesener Ermordung des Polizisten Daniel Faulkner; entweder, wie von der Staatsanwaltschaft gefordert, Bestätigung der Todesstrafe, oder Neuverhandlung – aber lediglich über das Strafmaß. Sollte der Supreme Court letzteres entscheiden, würde der Fall an das zuständige Gericht in Philadelphia zurückverwiesen, dessen 12-köpfige Jury, da die Wiederaufnahme des Verfahrens bereits höchstinstanzlich abgelehnt wurde, nur noch zwischen Bestätigung der Todesurteils und lebenslanger Haft zu entscheiden hätte. Sollte der Supreme Court dagegen das damalige Urteil bestätigen, könnte der Gouverneur von Pennsylvania, Ed Rendell, vor-mals Staatsanwalt, der gegen Mumia ermittelt hat, umgehend den Hinrichtungsbefehl unterzeichnen und Mumia mit Hilfe der Giftspritze umbringen lassen. Mumia befindet sich also in höchster Gefahr. Darauf weist auch sein Anwalt Robert Bryan in jedem seiner letzten Rundschreiben hin. Er weiß aufgrund seiner Erfahrungen mit der US-amerikanischen Justiz und aufgrund seiner Einschätzung der derzeitigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den USA, dass die Frage, ob Mumia hingerichtet wird oder überlebt, zu seinem Nachteil entschieden werden kann. Entsprechend informiert er über den jeweiligen Stand des Verfahrens, nimmt



nicht nur juristisch, sondern auch politisch Stellung, und bereit, soweit ihm das finanziell möglich ist oder ermöglicht wird, viele Länder, um auf Versammlungen oder Kundgebungen seiner Überzeugung von Mumias Unschuld Ausdruck zu geben, für seine Freilassung einzutreten und zur Aktivierung der internationalen Bewegung für die Abschaffung der Todesstrafe beizutragen.

Klassenjustiz

Seit dem 9. Dezember 1981 ist Mumia Abu-Jamal Haft, verurteilt wurde er am 3. Juli 1982. Vergeblich beanstanden bis heute seine Anwälte den Verlauf des Verfahrens. Die Jury, die im Schnellverfahren Mumia als Mörder des erschossenen Polizisten Daniel Faulkner ausmachte, entsprach in ihrer von der Staatsanwaltschaft manipulierten Zusammensetzung weder den gerichtlichen Vorgaben, noch berücksichtigte sie die zahlreichen Hinweise, die Mumia entlasten und auf einen anderen Täter hinweisen. Der vorsitzende Richter Sabo, der dem damals mittellosen Mumia das Geld für eine qualifizierte Verteidigung verweigerte, wurde bekannt durch seinen Ausspruch „Ich werde ihnen helfen, diesen Neger zu grill-

len“ (Zeugenaussage des Gerichtsbeamten Terri Maurer-Carter: „*Yeah, and I'm going to help them fry the nigger.*“)

Seitdem ist Mumia im Todesstrakt, Häftlingsnummer AM 8335. Seine Zelle im G-Block, einem besonders gesicherten Gefängnis innerhalb des Gefängnisses SCI Greene von Waynesburg, einer Provinzstadt südlich von Pittsburgh im US-Bundesstaat Pennsylvania: ein Betonkäfig von wenig mehr als 2 x 3 Metern, wie die von mehr als 3000 anderen Gefangenen in den Todestrakten der USA. Hinrichtungstermine und Aufschiebung der Exekution, 27 Jahre Isolation, unterbrochen nur von gelegentlichen Besuchen und den kurzen Zeiten täglichen Hofgangs in einem verdrahteten Käfig, den Mumia in seinen Berichten mit einem Hundezwinger vergleicht. Albert Camus, 1961: „*Um das rechte Verhältnis herzustellen, müsste die Todesstrafe gegen einen Verbrecher verhängt werden, der sein Opfer zunächst warnt, dass er es an einem bestimmten Tag auf schrecklichste Weise ermorden wird, und es von diesem Moment an viele Jahre lang in seiner Gewalt gefangen hält. Ein solches Ungeheuer wird man im privaten Bereich nicht finden.*“

Mehrfach im Lauf der 27 Jahre stand die Hinrichtung Mumias unmittelbar bevor: zunächst unmittelbar nach seiner Verurteilung, dann 1995 und 1999. Berufungsanträge seiner Verteidigung und internationale Proteste konnten sie bislang verhindern.

Der Prozess gegen Mumia Abu-Jamal und das Todesurteil gegen ihn gelten als Beispiel für Rassismus und Klassenjustiz. Wir halten es für notwendig, zu differenzieren: bei der Klassenjustiz handelt es sich um eine gesellschaftliche Einrichtung – wie Militär, Polizei und Medien unabdingbar zur Machtsicherung der herrschenden Klasse; beim Rassismus um eine Ideologie, die der Durchsetzung ihrer Interessen oder Rechtfertigung ihrer Handlungen dienlich sein kann. In einem Grußwort vom 4. Januar 2008 an die Rosa-Luxemburg-Konferenz warnt Mumia Abu-Jamal, bezogen auf die Schwäche der Arbeiterbewegung in den USA, vor einem „*Rassen-Bewusstsein, das das Klassenbewusstsein bis in die heutige Zeit überlagert*“. Abgesehen von der Übertragbarkeit seiner Warnung auch auf deutsche Verhältnisse hat die Klärung dieser Frage zur Konsequenz: Mumia

ist nicht nur Opfer der Rassenjustiz, dem als Afroamerikaner Unrecht geschieht – er wurde zum Tod verurteilt und alle Revisionsanträge seiner Verteidigung werden bis heute verworfen, weil er in den USA politisch Widerstand geleistet hat und leistet. Mumia wurde verfolgt, längst bevor er verurteilt wurde, weil er sich mit der Black-Panther-Bewegung gegen die Unterdrückung der Unterschichten, die in den USA zu großen Teilen aus „*Farbigen*“ bestehen, gewehrt hat. Die internationale Solidaritätsbewegung tritt vor allem deshalb für Mumia ein, weil er sich politisch nicht unterwirft.

DER SPIEGEL auf Seiten der US-Justiz

Am 24.8.2009 veröffentlichte DER SPIEGEL unter dem Titel „*Die Feuer der Hölle*“ einen fünfseitigen Artikel seiner Korrespondentin und Leiterin des Spiegel-Büros in Washington, Cordula Meyer. Abgesehen von falsch wiedergegebenen oder nicht genannten (weil Mumia möglicherweise entlastenden) Tatsachen sowie Aussparen wichtiger Zusammenhänge wird der Eindruck erweckt, Abu-Jamal und sein Anwalt hätten doch etwas zu verbergen und der Verurteilte befände sich zu Recht in der Todeszelle (Warum sich Mumia und seine Verteidigung dann seit Jahrzehnten um die Wahrheit in einem neuen Verfahren bemühen, bleibt ausgeblendet). Ihre Darstellung des Tatverlaufs entspricht der Version der Staatsanwaltschaft, die sie in Person von Bezirksstaatsanwalt Hugh Burns aus Philadelphia zitiert: „*Ich kann mir keinen eindeutigeren Fall vorstellen.*“ Statt sorgfältiger Recherche wird auf rührselige Weise das nach Meinung der SPIEGEL-Autorin bislang von der Öffentlichkeit ignorierte Schicksal der Polizistenwitwe Maureen Faulkner präsentiert, die „*will, dass Mumia stirbt*“, weil sie, solange er lebt, weiterhin „*Feuer der Hölle*“ erleiden müsse. Zitat aus Cordula Meyers Artikel: „*Maureen fing an, sich zu wehren. Sie schrieb Briefe, sie organisierte einen Marsch von Polizisten zum Regierungssitz von Pennsylvania. Dort trafen sich Maureens Freunde und die*

Mumia-Unterstützer: ‚Lasst Mumia frei‘, riefen die einen, ‚tötet ihn jetzt‘, die anderen. Im Frühjahr 1995 veröffentlichte Mumia Abu-Jamal sein erstes Buch: ‚... aus der Todeszelle: Live from Death Row‘. Maureen mietete ein Flugzeug mit einem Banner, das über dem Gebäude von Mumias Verlag kreiste. ‚Addison-Wesley unterstützt Polizistenmörder‘ stand auf dem Banner.“ Unterschlagen wird schlicht, dass keineswegs Maureen Faulkner den Marsch zum Regierungssitz organisieren und schon gar nicht das Flugzeug mit dem Banner mieten konnte, wohl aber die über 300.000 Mitglieder starke, als rassistisch geltende Polizeiorganisation „*Fraternal Order of Police*“ (FPO). „*Mumia ist der Held. Und Danny Faulkner war nur ein weißer Polizist im rassistischen Amerika*“ – so lautet der Schlusssatz des Artikels, der bereits drei Tage nach seinem Erscheinen von den „*Philadelphia Daily News*“ begrüßt wurde als „*Wendepunkt für Maureen's Bemühungen, die Propagandamaschine von Abu-Jamal zu besiegen*“ („*a turning point in Maureen's effort to overcome the Abu-Jamal propaganda machine*“).

Platziert ist der SPIEGEL-Artikel in der Rubrik Kultur, unter dem Stichwort „*Mythen*“. „*Mythen*“, denen alle anhängen, die sich engagieren – in diesem Fall für einen „*Polizistenmörder*“, dem sie glauben die angemessene Strafe – Hinrichtung durch die Giftspritze – ersparen zu müssen. Die SPIEGEL-Redaktion, die den denunzierenden Artikel abgesehen hat, nennt stellvertretend für die weltweite Bewegung, die sich für Mumia einsetzt, nur wenige Namen: „*Ende März ehrte die Berliner Akademie der Künste den Todeskandidaten mit einer großen Solidaritätsveranstaltung. Auf dem Podium saßen Robert Bryan, der ehemalige FDP-Innenminister Gerhart Baum und Günter Wallraff. Bryan sprach über Rassismus. Baum sagte, die Menschenwürde werde mit Füßen getreten. Wallraff sagte, dass es auch um Abu-Jamals Botschaft gehe, die eines ‚Humanisten‘ und ‚Pazifisten‘.*“ Worum es dem SPIEGEL über das (selbstverständlich unausgesprochene) Absegnen des Todesurteils hinaus offenbar geht ist die Disqualifizierung jeglicher kritischer Denkansätze und aller sozialen und politischen Anläufe, die

der – durch den sogenannten Mainstream gesetzten – Normierung gesellschaftlichen Bewusstsein entgegenstehen.

DER SPIEGEL liegt damit Trend. Es bedarf keiner Gleichschaltung der bürgerlichen Medien, sie vollzieht sich als eigenständiger Prozess, der keiner Verordnung mehr bedarf. Die Preisgabe bürgerlicher Werte und der Verfall bürgerlicher Kultur sind bedingt durch den Niedergang des Bürgertums selbst. „Was beweist die Geschichte der Ideen anders, als dass die geistige Produktion sich mit der materiellen umgestaltet?“ (Manifest) Um seine gefährdete ökonomische Basis, begründet im privaten Eigentum an den Produktionsmitteln, zu sichern, bedarf es zunehmender Kontrolle und erhöhten Einsatzes an Machtmitteln. Die mit den bürgerlichen Revolutionen durchgesetzten und in den Verfassungen bürgerlicher Staaten verankerten Wertvorstellungen müssen im Interesse der Eigentumssicherung an den Produktionsmitteln Schritt für Schritt – dem Fortschreiten der Krise entsprechend – preisgegeben werden.

Solidarität

„1989 veröffentlichte ‚die Feder‘, das damalige Mitgliedermagazin der IG Medien, 1989 den ersten Solidaritätsaufruf für Mumia Abu-Jamal“ heißt es im Wochenendgespräch der „jungen Welt“ vom 10.10.2009, und weiter: „Auf der Bundesdelegiertenversammlung der dju (Deutsche Journalisten Union) hatten die etwa 100 Delegierten den Aufruf geschlossen unterzeichnet. Danach ist er in vielen anderen Gewerkschaften des DGB unterstützt worden.« In dem Zusammenhang sei hinzuweisen „auf die heutige zunehmende Passivität vieler Kollegen – nicht nur in dieser Frage. Das Hemd, heißt es, ist uns näher als der Rock. Ein fragwürdiger, letztlich entsolidarisierender Satz, wenn damit gemeint ist: erst ich, dann du, oder: erst wir, dann ihr. Gerade angesichts der zunehmenden Probleme seit Einführung der Hartz-Gesetze und der Agenda 2010, durch Betriebsstilllegungen, Etatkürzungen, Entlassungen.

Viele gewerkschaftlich Aktive in der Mumia-Solidarität haben sich inzwischen zurückgenommen zugunsten der Fragen, die sie unmittelbar betreffen. Als

Organisation aktiv sind heute fast nur noch das Internationale Verteidigungskomitee (IVK), Rote Hilfe, Soligruppen und der P.E.N. Dabei kommt es gerade jetzt darauf an, über den eigenen Tellerrand hinauszusehen, uns auch übergreifender sozialer und politischer Fragen anzunehmen, auch international. Die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeitenden und Unterdrückten als einziger Ausweg. Auch für Mumia. Wenn sich die Gewerkschaften seiner wieder annähmen – das würde auch von den US-Botschaften wahrgenommen werden.“ Oder, mit den Worten von Mumia Abu-Jamal: „Wenn du andere unterstützt, wirst auch du Unterstützung erfahren.“

»Die Stimme der Stimmlosen« –

so wurde Mumia bereits vor seiner Verhaftung genannt. 27 Jahre Todeszelle haben ihn nicht zu Verstummten bringen können: „It’s a question of your mind. Du musst durchschauen, warum das so läuft, du musst politisch dafür arbeiten, dass sich das
Fortsetzung auf Seite 42

Anzeige



**Der Staat zielt auf die Köpfe,
wir zielen auf Solidarität.**

Die Rote Hilfe ist eine strömungsübergreifende linke Solidaritätsorganisation. Unsere Unterstützung gilt all denjenigen, die aufgrund ihres politischen Engagements von staatlicher Repression betroffen sind. Jeder Mitgliedsbeitrag, jede Spende ist Ausdruck von Solidarität, hilft und ermutigt trotz Repression weiter zu kämpfen. Solidarität muss auf vielen Schultern ruhen.
Darum:

**Mitglied werden in der Roten Hilfe!
Solidarität ist eine Waffe!**



ROTE HILFE e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen
T: 0551 / 770 80 08
F: 0551 / 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:
Kto-Nr.: 19 11 00 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund

Beitrittserklärung – Einzugsermächtigung

Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e.V.
Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von:

- Monatlich Normalbeitrag € 7,50 / anderer Beitrag € _____
- Vierteljährlich Normalbeitrag € 22,50 / anderer Beitrag € _____
- Halbjährlich Normalbeitrag € 45,- / anderer Beitrag € _____
- Jährlich Normalbeitrag € 90,- / anderer Beitrag € _____
- Monatlich Solibeitrag € 10,- / Jährlich Solibeitrag € 120,-

Der Mindestbeitrag beträgt € 7,50 monatlich. Der ermäßigte Mindestbeitrag (für SchülerInnen, Erwerbslose usw.) beträgt € 3,- monatlich. Die Mitgliedschaft beginnt erst mit der Überweisung bzw. Abbuchung des ersten Mitgliedsbeitrages.

- Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.
- oder**
- Ich zahle per Dauerauftrag auf das Konto der Roten Hilfe e.V. mit dem Betreff „Mitgliedsbeitrag“
Kto-Nr.: 19 11 00 462, BLZ 440 100 46, Postbank Dortmund
- Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert
- Ich möchte den email-Newsletter der Roten Hilfe beziehen, der aktuell über Repression berichtet

Vorname, Name _____
 Straße, Hausnummer _____
 PLZ, Ort _____
 Telefon _____ e-mail _____
 Konto-Nr _____ BLZ _____
 Name, Ort des Geldinstituts _____
 Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Zur Lebensgeschichte von Mumia Abu-Jamal

Am 24. April 1954 wird Wesley Cook zusammen mit seinem Zwillingbruder Wayne als in Philadelphia geboren, in den »PJs«, Sozialsiedlungen, »wo die armen Kinder wohnen«, Nichts deutet darauf hin, dass aus Wesley Cook eines Tages Mumia werden wird.

»Kurz darauf bekamen sie einen kleinen Bruder, Billy. Sie hatten außerdem ältere Brüder und eine Schwester aus einer früheren Ehe von Ma'am Edith. Alle zusammen jauchzten und brüllten sie, quälten Fliegen und verloren Bälle. Sie prügeln sich um Zimmer und Spielzeug, zankten sich um Fahrräder und Rollschuhe und wuchsen sauber und wohlgezogen heran. Es war, was Edith nie gekannt hatte, aber aus der Sehnsucht in ihrem Herzen heraus für ihre Kinder schuf: Es war eine Familie.

Und die PJs waren eine einzige große Mutter, Mütter überall, bereit, einen Hintern zu verschonen oder ein paar Tränen zu trocknen. Die Töne, die Geräusche, die Gerüche waren südlisch, denn hier lebte ein Volk, das es – zweimal sogar, einmal aus Afrika, dann aus den Südstaaten – in die Fremde verschlagen hatte, das aber, und das war wie ein Wunder, immer noch wunderbar intakt war. Ein Ort, wo Kinder Kinder sein konnten.«

Auch als es während der Grundschul- und Highschoolzeit von Wesley, der gern und gut lernt und viel liest, in Philadelphia unruhiger wird, weil mit dem Schließen großer Werften viele Arbeitsplätze verloren gehen, mit schlimmen sozialen Folgen vor allem für die schwarze Bevölkerung, deren Protest von der Polizei niedergeknüppelt wird, hält sich der Junge zurück, »verpasste ein Ereignis, das ihm die ersten politisch motivierten Prügel in seiner Karriere als Aktivist eingetragen hätte.«

Ein Lehrer aus Kenia, bei dem er ein wenig Suaheli lernt, spricht die Schüler mit afrikanischen Namen an: aus Wesley wird Mumia. »Es gab noch weitere bemerkenswerte Lehrer an der Ben-Franklin-School. Mr. Hamilton hingte an den Wänden Bilder von Malcolm X auf, und Mr. Moss lehrte seine Schüler, dass die Afrikaner nicht einfach nur Opfer, sondern auch Baumeister waren, die lange vor der Sklaverei und bevor auch nur der Gedanke an Europa aufkam, ein kulturelles Erbe an Bildung und großen Reichen geschaffen hatten. Und diese engagierten schwarzen Lehrer akzeptierten den natürlichen Widerspruchsgeist ihrer Studenten, vertieften ihn und gaben ihm eine Richtung. Sie wussten, dass dort, wo es Geschichte gibt, immer auch Kraft ist.«

Mumia ist 14, als er zusammen mit drei Freunden auf einer Wahlkampfveranstaltung gegen den »Rassentrennung für immer« fordernden Präsidentschaftskandidaten Wallace demonstriert: »Den weißen Gegendemonstranten mit ihrem ‚Haut ab, Nigger!‘ antworten sie mit ‚Black Power!‘

»Black Power!« – das war der Auslöser. Es waren nie einfach nur Schwarze, die den Hass weißer Rassisten auf sich zogen, sondern es war schwarze Macht. Plötzlich wurden die Jungen geboxt, getreten und geschlagen. Am Ende verfielen sie auf die alberne Idee, um Hilfe zu rufen: »Polizei! Hilfe! Polizei!«

Und die Polizei kam: »Hier habt Ihr eure Hilfe, Nigger!« Sie prügeln die Jungen noch ein weiteres Mal, ganz methodisch, mit Schlagstöcken und Latten, gefolgt von routinierten Tritten mit schweren Stiefeln. Dann legten sie ihnen Handschellen an und nahmen sie fest – wegen »tätlichen Angriffs«. Die Männer in Blau waren so gewissenhaft, so professionell, so engagiert bei der Arbeit, dass die vier Teenager auf dem Weg ins Gefängnis zuerst ins Krankenhaus gebracht werden mussten.

Mumia hatte keine Ahnung, wie schlimm er aussah. Auf alle Fälle war er enorm erleichtert, als er ein vertrautes Gesicht, das nach ihm Ausschau hielt, den Flur der Notaufnahme herunter näherkommen sah. Ma'am!

Sie streifte ihn mit einem Blick, eilte aber kopfschüttelnd vorbei. »Das ist nicht mein Junge«, sagte sie. Er war so schlimm verprügelt worden, dass nicht einmal seine Mutter ihn wiedererkannte.

Zwei Tage später bei der richterlichen Vernehmung hörte der Richter sich die Zeugenaussage des Polizisten an und verzog bedenklich die Miene. »Tätlicher Angriff? Das Gesicht dieses Jungen hat Ihre Faust angegriffen? Verfahren eingestellt!« Es war die erste Tracht Prügel, die Mumia von der Polizei bezog, und die letzte Begegnung mit einem wohlwollenden Richter.«

Mumia schließt sich der Black Panther Party an, wird mit 15, im Sommer 1969, Mitarbeiter an ihrer Zeitung, verantwortlich für Informationen aus Philadelphia. Auf seine Artikel werden schon bald die Führer der Partei aufmerksam – aber auch das FBI unter J. Edgar Hoover: »Vertraulich: Wir müssen der Negerjugend und den Gemäßigten klar machen, dass sie, falls sie auf revolutionäre Lehren hereinfallen sollten, tote Revolutionäre sein werden.«

In welchem Umfang der 15jährige bespitzelt wird, stellt sich später im Laufe der Prozesse wegen der Mordanklage gegen ihn heraus: »Mumias FBI-Akte füllte sich bald mit detaillierten Berichten über jede Rede, jedes Telefongespräch, jede Konfrontation mit den Gesetzeshütern, die ihn auf Schritt und Tritt verfolgten.«

Das FBI greift zunehmend härter gegen die Panthers durch, viele werden festgenommen, darunter auch Bobby Seale. Als 1969 der Vorsitzende der Chicagoer Panthers, Fred Hampton, von der Polizei in seinem Bett ermordet wird, fliegt Mumia hin, um über den Mord zu berichten. Auf der Gedenkveranstaltung für Hampton in Philadelphia erklärt er, durch den Mord habe sich für ihn Mao Tse-tungs Feststellung bestätigt, »die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen. 12 Jahre später sollte diese Formulierung in einer Anhörung vor Gericht, bei der der soeben schuldig gesprochene Mumia nicht nur als »Polizistenmörder«, sondern – schlimmer noch – als unverbesserlicher Revolutionär präsentiert wurde, dazu benutzt werden, um seine Verurteilung zum Tod durchzusetzen.«

Aus dem Prozessprotokoll der Verhandlung gegen Mumia vom 3. Juli 1982: »Der Staatsanwalt: »Mr. Jamal, ich möchte Sie fragen, ob Sie sich daran erinnern im Januar 1970 gesagt zu haben, ich zitiere: »Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.« Erinnern Sie sich daran, Sir?« Der Angeklagte: »Das war ein Zitat aus dem Werk des Vorsitzenden Mao Tse-tung aus der Volksrepublik China. Es ist vollkommen klar, dass die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt, denn andernfalls würde es Amerika heute nicht geben. Gerade Amerika hat schließlich den Indianern die politische Macht nicht mit Hilfe von Gott, nicht mit Hilfe des Christentums, nicht durch Güte weggenommen; sondern mittels der Macht, die aus Gewehrläufen kommt.«

Die »Stimme der Stimmlosen« wurde Mumia Abu-Jamal aufgrund seiner zahlreichen Radioreportagen vor seiner Verhaftung genannt, weil er, wo immer sich Gelegenheit dazu ergab, versuchte denen Gehör zu verschaffen, denen in unseren Gesellschaften die Mittel vorenthalten werden, sich zu äußern. Weder das Todesurteil noch 19 Jahre Todeszelle haben ihn zum Schweigen bringen können. ■

Terry Bisson, »on a move – Die Lebensgeschichte von Mumia Abu-Jamal«, Atlantik Verlag, Bremen 2001

ändert.“ Woche für Woche erscheinen seine Stellungnahmen. Wie vor Redaktionsschluss dieser Arbeiterpolitik-Ausgabe am 7.11.2009 in der „jungen Welt“ mit dem einleitenden Satz: „Wenn an der Wallstreet die Champagnerkorken knallen, gab es in Harlem noch nie einen Grund zum Feiern.“ Mumia schreibt ohne Rücksicht auf die Konsequenzen, die seine Stellungnahmen für ihn selbst haben. Die jetzt unmittelbar anstehende Frage lautet: Tod oder Leben. Worum es, sollte die Hinrichtung ausgesetzt werden, weiterhin geht, ist ein Leben in Freiheit.

10.11.09

Abdruck aus der Arbeiterpolitik, Nr. 3, November 2009

Arbeiterpolitik

Bezugsadresse der Arbeiterpolitik:
GfSA e.V.
Postbox 106426
D-20043 Hamburg

Anzeige

Antifaschistisches Blatt
Info

Nr.84 | Herbst 2009



Rechte Resultate

Wahlen von Dresden bis Brüssel

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: mail@antifainfoblatt.de
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Ökosozialistische Konferenz, Sa 13. – So 14.3.2010, Kassel

Wenn das Wort Globalisierung überhaupt eine Bedeutung gewinnen kann, dann die der heute erreichten Globalität kapitalistischer Destruktivität.

Karl Hermann Tjaden

Auch die herrschende Politik macht den Wandel des Klimas zum Thema. Sie bestreitet jedoch den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Produktions- und Lebensweise und den uns alle bedrohenden ökologischen Katastrophen. Während aber die Regierungskonferenzen tagen, macht die NATO schon Nägel mit Köpfen: die zu erwartenden Flüchtlingsströme aus neuen Dürrezonen oder Überschwemmungsgebieten werden als Gefahr für die Stabilität Europas betrachtet und sollen gegebenenfalls auch militärisch zurückgewiesen werden. Wie in einem Brennglas verdichten sich im Bereich der Ökologie die gesellschaftlichen Widersprüche auf internationaler Ebene: die Interessen der herrschenden Klasse widersprechen den Gattungsinteressen. Die unmittelbar ökologischen Folgen des Klimawandels erzeugen somit auch massive globale politisch-gesellschaftliche Folgen, denen man auch nur auf globaler Ebene begegnen kann. Es handelt sich um eine **Herausforderung für einen neuen Internationalismus**.

Das Ziel unserer Veranstaltung soll es sein, in der Kooperation von verschiedenen linken, antikapitalistischen, sozialistischen, kommunistischen Strömungen, Bewegungen und Parteien konkrete Forderungen und Strategien zu entwickeln, um international gegen die fortgesetzte Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und die kapitalistische Aufrüstung, die mit Sozialabbau und Überwachungsstaat einhergeht, vorzugehen. Wir wollen gemeinsam nach Ansatzpunkten für eine internationale demokratische Zusammenarbeit suchen, wie sie etwa in der Ökosozialistischen Erklärung von Belém vorausgesetzt wird. Der technische Machbarkeitswahn der bürgerlichen Ideologen verkennt, dass es um gesellschaftliche

Verhältnisse geht, die es zu ändern gilt. Es ist erforderlich, ein weltweites Forderungsprogramm aus den sozialen und ökologischen Bewegungen, aus den Gewerkschaften und antikapitalistischen Organisationen zu entwickeln.

Die soziale Dimension der ökologischen Krise erfordert eine internationale Solidarität von unten, um die kapitalistische Globalisierung von oben zurückzudrängen. Diese Solidarität muss auf ein neues Verhältnis von Ökonomie und Ökologie gerichtet sein, das allein mit dem Ende der verantwortungslosen, auf blinder Profitlogik beruhenden kapitalistischen Herrschaft über die Natur und die Menschen erreicht werden kann. Dazu gehört ein neues Verständnis von Arbeit und Produktivität, welches das Verhältnis von Arbeiten und Leben und die Wirkungen von Erwerbsarbeit auf Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen berücksichtigt. Vielleicht übersteht der Kapitalismus die nächste ökologische Krise – was aber kann die Linke hier und heute tun, um nicht die absehbare Katastrophe, sondern ein menschenwürdiges Leben im Einklang mit der Natur anzusteuern? Wie lässt sich diese Herausforderung für einen neuen Internationalismus praktisch-politisch aufgreifen und umsetzen?

Um von vornherein den Eindruck eines Organisationen-Bündnisses zu vermeiden, betonen wir hiermit, dass es uns um ein konstruktives Zusammenwirken von Menschen aus unterschiedlichen Richtungen der antikapitalistischen Linken geht.

Dr. Michael Rieger (SALZ e.V. – Literaturwissenschaftler), Peter Schüren (Geschäftsführer der Bildungsgemeinschaft Soziales, Arbeit, Leben & Zukunft © SALZ e.V., Soziologe).

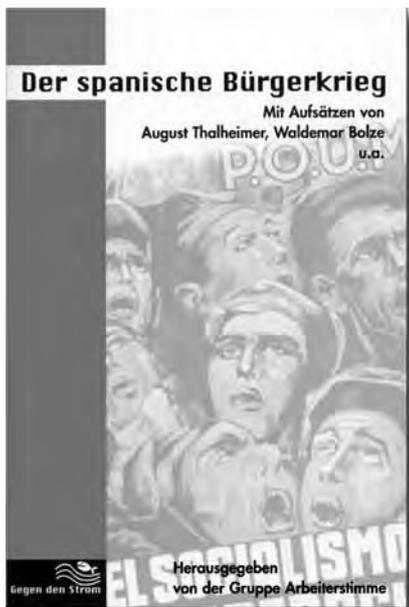
Voranmeldung:
salzkreis@yahoo.de oder per Fax an 02381 – 373 34 98 (SALZ).
Postanschrift:
Bildungsgemeinschaft SALZ e.V.,
Oberonstr. 21,
59067 Hamm.

Voranmeldungen für die Ökosozialistische Konferenz sind auf Grund des beschränkten Platzangebotes dringend empfohlen!
Voranmeldung Konferenzgebühr allgemein: 25 €, Tageskasse Konferenzgebühr allgemein: 30 €

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

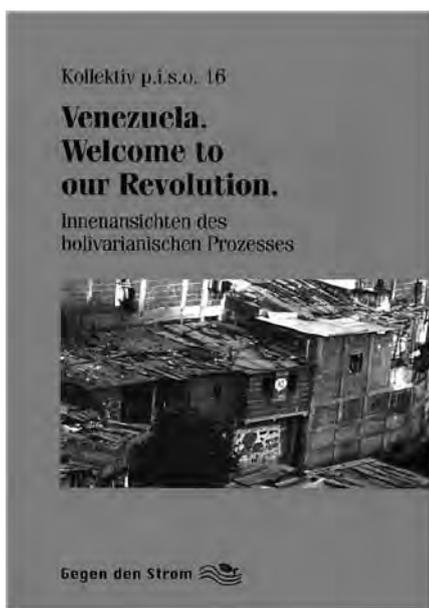
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München
gds-verlag@gmx.de

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg